

Timo Wollmershäuser, Marcell Göttert, Christian Grimme, Carla Krolage, Stefan Lautenbacher, Robert Lehmann, Sebastian Link, Wolfgang Nierhaus, Ann-Christin Rathje, Magnus Reif, Pauliina Sandqvist, Radek Šauer, Marc Stöckli, Klaus Wohlrabe und Anna Wolf

ifo Konjunkturprognose Sommer 2019: Deutsche Konjunktur ohne Schwung

Die deutsche Wirtschaft kühlt sich seit Anfang letzten Jahres spürbar ab. Allerdings ist die konjunkturelle Entwicklung gespalten. Das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe, in dem etwa ein Viertel der Wertschöpfung erwirtschaftet wird, steckt in einer Rezession. Wirtschaftspolitiken, die über Abschottung, Sanktionen und Androhungen versuchen, die globalisierte Wirtschaftsordnung zu verändern, haben die Verunsicherung weltweit steigen, die Industriekonjunktur abkühlen und den Welthandel einbrechen lassen. Gleichzeitig verzeichnen die größtenteils binnenorientierten Dienstleistungsbereiche und die Bauwirtschaft robuste und teilweise kräftige Zuwächse. Allerdings mehren sich mittlerweile die Anzeichen, dass sich die industrielle Schwäche allmählich über den Arbeitsmarkt und tiefe Wertschöpfungsketten auch auf die Binnenkonjunktur überträgt. Im laufenden Jahr wird mit einer Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 0,6% gerechnet. Unter der Annahme, dass die vielfältigen Abwärtsrisiken nicht eintreten, wird sich die Konjunktur im kommenden Jahr wieder etwas beschleunigen. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung wird voraussichtlich 1,7% betragen, was aber durch einen Kalendereffekt in Höhe von 0,4 Prozentpunkten überzeichnet wird. Die konjunkturelle Grunddynamik, ausgedrückt als Jahresverlaufsrate, fällt mit 1,4% relativ schwach aus, so dass die deutsche Wirtschaft ohne Schwung in das kommende Jahr gehen dürfte. Der Beschäftigungsaufbau wird sich in beiden Jahren deutlich verlangsamen.

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

1.1 ÜBERBLICK

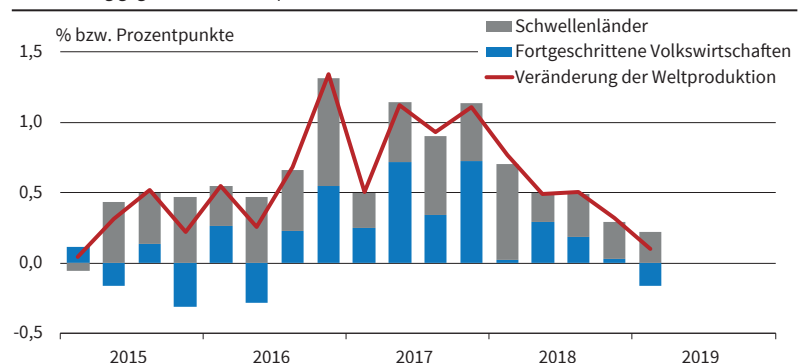
Die Weltkonjunktur kühlt sich seit dem vergangenen Jahr ab. Dies spiegelt sich vor allem in einer Schwä-

che der Industrieproduktion wider, die in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften besonders ausgeprägt ist. Zu Beginn dieses Jahres ist sie dort sogar gesunken (vgl. Abb. 1.1). Bemerkenswert ist dabei die Entwicklung in den USA. Während die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im vergangenen Jahr, wohl auch als Folge spürbarer Steuererleichterungen, noch lebhaft expandierte, fiel sie im ersten Quartal

2019 das erste Mal seit anderthalb Jahren. Einerseits dämpften der Verwaltungsstillstand und die Kältewelle vorübergehend die Nachfrage nach Konsumgütern und damit die Produktion. Andererseits ging die Herstellung von Ausrüstungsgütern zurück, die im Produktionsprozess vieler handelbarer Güter gebraucht werden und die in der Folge der zuvor eingeführten Handelszölle nun im geringeren Umfang nach China verkauft werden. Auch in Japan ging die Pro-

Abb. 1.1

Wachstumsbeiträge zur Weltproduktion
Veränderung gegenüber dem Vorquartal



Quelle: CPB Netherlands Bureau of Policy Analysis; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

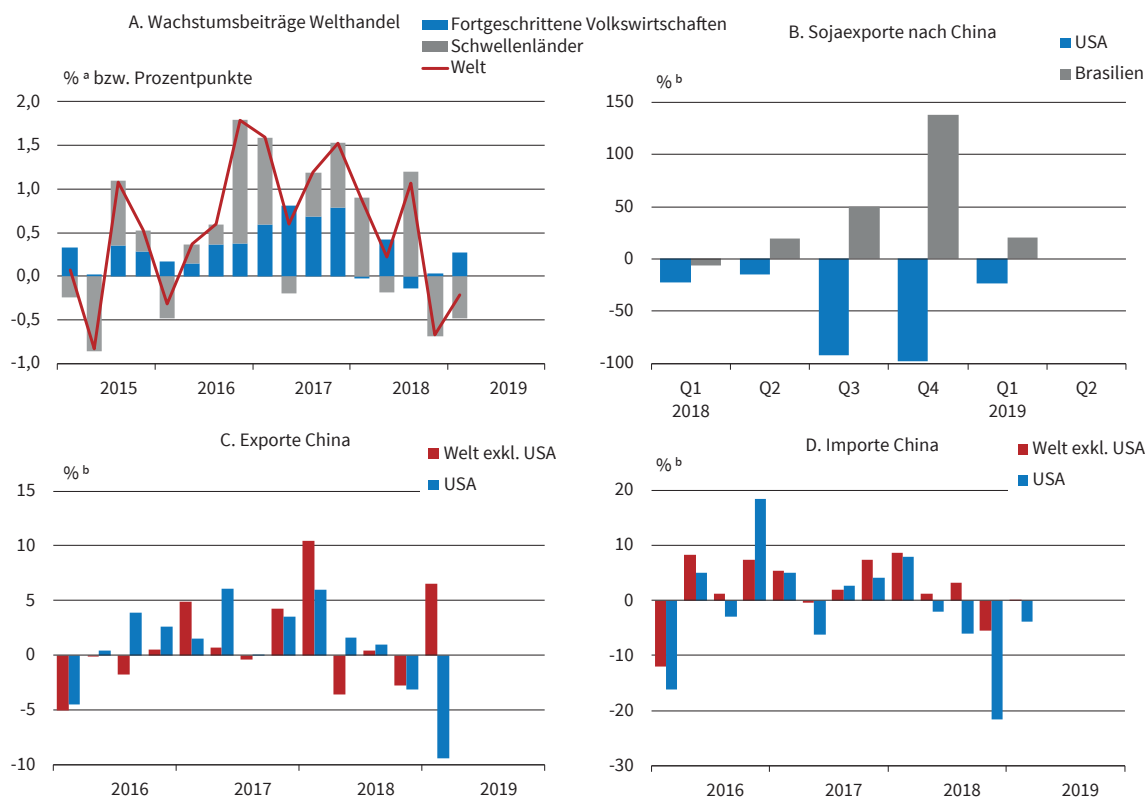
duktion Anfang 2019 spürbar zurück. Hier dürften sich ebenfalls die Zollstreitigkeiten zwischen den USA und China bemerkbar gemacht haben, da der chinesische Bedarf an verschiedenen Vorleistungsgütern, die Japan im großen Umfang liefert, spürbar zurückging. Dagegen legte die Produktion im Euroraum zu Jahresbeginn deutlich zu. Allerdings ist dies vor dem Hintergrund der zum Jahresende 2018 kräftig gefallenen Produktion zu bewerten, die im Zusammenhang mit den Problemen bei der Zertifizierung von Neuwagen stand.

Die Industrieschwäche in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurde erneut von einem Rückgang des Welthandels begleitet (vgl. Abb. 1.2 A). Dabei macht sich der handelspolitische Konflikt zwischen den USA und China mittlerweile deutlich bemerkbar. So reduzierte sich der Handel zwischen den beiden Ländern drastisch (vgl. Abb. 1.2 C und Abb. 1.2 D). Bestimmte Waren können zwar durch Einfuhren aus anderen Ländern substituiert werden, wie zum Beispiel die verstärkte chinesische Einfuhr von Sojabohnen aus Brasilien (vgl. Abb. 1.2 B). Andere Beispiele, wie die aktuelle Diskussion um die US-Einfuhr von Seltenen Erden aus China, zeigen aber, dass eine kurzfristige Umlenkung des Handels eher die Ausnahme ist. Aber auch der internationale Handel Japans, dessen

Wertschöpfungsketten eng mit China verflochten sind, leidet unter dem Konflikt. So konnte Japan sehr viel weniger Chemikalien, Maschinen und Transportgeräte nach China verkaufen. Dagegen expandierte der Handel des Vereinigten Königreichs lebhaft. Dies dürfte aber im Zusammenhang mit dem verstärkten Lageraufbau stehen, der eine Folge des wahrscheinlicher werdenden harten Brexit sein dürfte. Auch der Warenaustausch des Euroraums mit dem Rest der Welt zog nach dem stagnierenden zweiten Halbjahr 2018 wieder etwas an. Dazu trugen vor allem gestiegene Ausfuhren in die Schweiz und die Türkei bei.

Ungeachtet der sich abschwächenden Industriekonjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Konjunktur in den dortigen Dienstleistungsbereichen noch immer dynamisch (vgl. Abb. 1.3 oben). Diese wird weiterhin durch einen stetigen Beschäftigungsaufbau, kräftige Lohnzuwächse und steigende Konsumausgaben beflügelt. Obwohl sich die Industrie inzwischen weniger dynamisch entwickelt, werden vor dem Hintergrund des vorherrschenden Fachkräftemangels qualifizierte Beschäftigte gehalten. Dieses Horten von Arbeitskräften dürfte auch erklären, warum sich die Übertragung von Schwankungen in der Industrie auf die Dienstleistungsbereiche in den vergangenen Jahren abge-

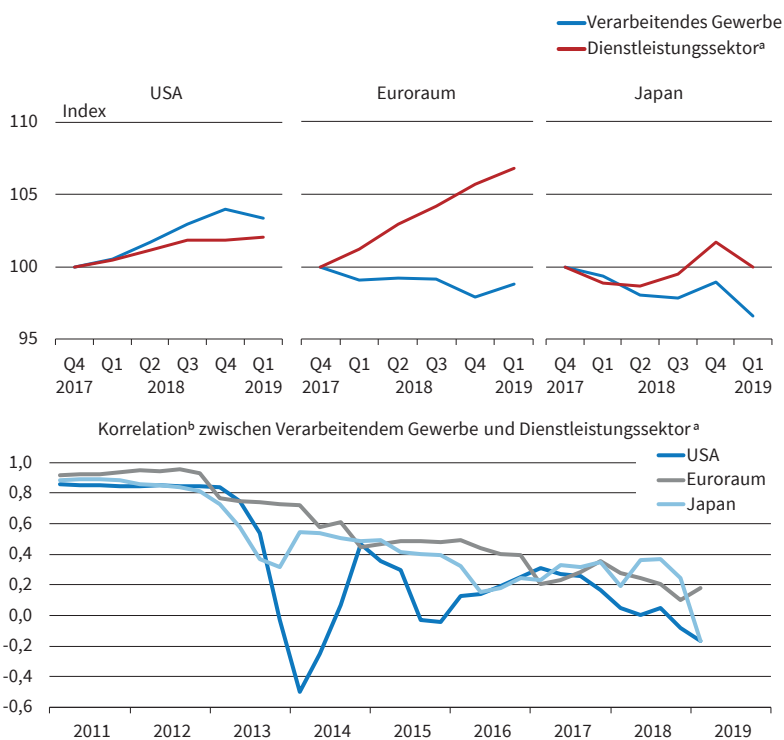
Abb. 1.2
Indikatoren zur Entwicklung des Welthandels



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal. ^b Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: CPB Netherlands Bureau of Policy Analysis; U.S. Department of Agriculture; Brazilian Ministry of Development, Industry and Foreign Trade; China General Administration of Customs; China Customs Statistics Information Center; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 1.3

Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors



^a Dienstleistungen gemessen in den USA durch Arbeitsstunden im Dienstleistungssektor, im Euroraum durch den Umsatz im Dienstleistungssektor und in Japan durch Aktivität im tertiären Sektor.

^b Rollierende Korrelation der Vorjahresveränderungsraten über 16 Quartale.

Quelle: Japanese Ministry of Economy, Trade and Industry; Federal Reserve; BLS; Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

schwächt hat (vgl. Abb. 1.3 unten und Organisation for Economic Co-operation and Development 2019).

Die schwache konjunkturelle Grundtendenz wurde im ersten Quartal 2019 allerdings durch einen überraschend starken Anstieg des Weltbruttoinlandsprodukts überdeckt (vgl. Abb. 1.4 A). Während die Schwellenländer eher moderat expandierten, legte die wirtschaftliche Entwicklung vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften kräftiger zu, als es die Frühindikatoren nahegelegt hatten (vgl. Abb. 1.5). Die Gründe hierfür sind zum Teil auf den Handelskonflikt zurückzuführen, zum Teil sind sie aber auch länderspezifisch. Zwar war die Binnennachfrage in den USA und Japan schwächer als im Schlussquartal 2018. Diese Verlangsamung führte aber dazu, dass die Importe deutlich zurückgingen, so dass sich der Großteil des jeweiligen Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts rein rechnerisch aus dem Außenbeitrag ergab. In den USA fiel die Einfuhr bedingt durch nur noch sehr langsam steigende Konsumausgaben und stagnierende Ausrüstungsinvestitionen (vgl. Abb. 1.4 B). Maßgeblich hierfür dürften der Verwaltungsstillstand und die Kältewelle zu Jahresbeginn sowie der Handelskonflikt zwischen den USA und China gewesen sein. Der Handelskonflikt hat auch gravierende Folgen für Japans Exportwirtschaft, so dass sowohl Aus- als auch Einfuhr schrumpften, ersteres nur weniger stark. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen nur noch geringfügig, während der private

Konsum stagnierte, wohl auch wegen der schwachen Lohnentwicklung (vgl. Abb. 1.4 D.).

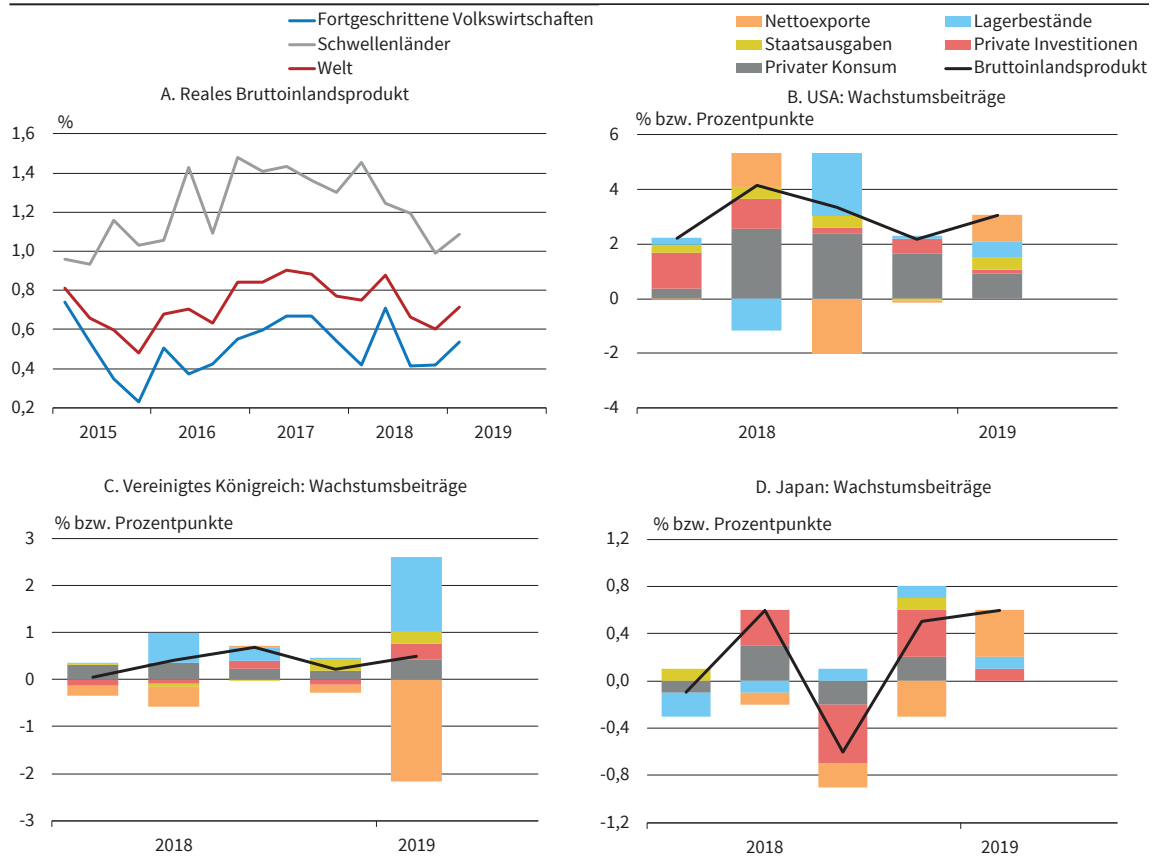
Dagegen expandiert die Binnennachfrage im Vereinigten Königreich und im Euroraum recht kräftig und führte zum Anstieg der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Produktion. Im Vereinigten Königreich legte der private Konsum sowie die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe kräftig und die Ausrüstungsinvestitionen moderat zu. Dies dürfte aber infolge eines wahrscheinlicher werdenden harten Brexit vor allem mit einem verstärkten Lageraufbau in Verbindung stehen (vgl. Abb. 1.4 C und Office for National Statistics 2019a).¹ Der Jahresauftakt im Euroraum war durch eine Reihe von Sonderfaktoren geprägt, die die schwache konjunkturelle Grundtendenz, vor allem in der exportorientierten Industrie, überzeichneten. Dazu zählen neben günstigen Witte-

nungsbedingungen für den Bausektor auch Nachhol-effekte im Zuge des Auflösens der WLTP-Problematik (vgl. Abschnitt 3).

Der Anstieg der Verbraucherpreise ließ zwischen November 2018 und Februar 2019 nach, bevor die Inflation im März erneut anzog (vgl. Abb. 1.6 A). Diese Bewegung ist vor allem auf die Entwicklung des Rohölpreises zurückzuführen, der im ersten Quartal deutlich anzog. Der Aufwärtsdruck auf die Preise entstand durch Verknappungen des Ölangebots aufgrund einer geringeren Ölförderung in mehreren OPEC-Staaten und in Russland, Förderausfällen in Venezuela und verschärften Sanktionen der USA gegenüber dem Iran (vgl. Abb. 1.6 B). Dagegen bleibt die Kerninflation, die den Anstieg der Verbraucherpreise ohne Berücksichtigung der Energie- und Nahrungsmittelkomponenten messen, in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Durchschnitt unverändert bei etwa 1,5% (vgl. Abb. 1.6 C). Dahinter stehen jedoch unterschiedliche Entwicklungen. Die Kerninflation in den USA und im Vereinigten Königreich liegt aktuell bei etwa 2%, und damit im Einklang mit den Inflationszielen der Notenbanken. Dagegen liegen sie im Euroraum (1,0%) und in Japan (0,5%) deutlich darunter. In den Schwellenländern ist die Kerninflation

¹ Darüber hinaus kam es zu einem explosiven Anstieg der Einfuhren sowie der Bruttoanlageinvestitionen. Eingeführt wurde vor allem nichtmonetäres Gold, das bei den Bruttoanlageinvestitionen im Bereich »acquisition less disposal of valuables« gegengebucht wird (vgl. Office for National Statistics 2019b).

Abb. 1.4
Indikatoren zur realwirtschaftlichen Entwicklung in der Welt
 Veränderung gegenüber dem Vorquartal



Quelle: Nationale Statistiken; DG ECFIN; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

rate seit Oktober 2018 wieder rückläufig. Dazu hat vor allem die Türkei beigetragen. Dort war die Kernrate auf zuletzt 16% gesunken, nachdem sie im vergangenen Jahr infolge der starken Abwertung der türkischen Lira auf knapp 25% gestiegen war (vgl. Abb. 1.6 D).

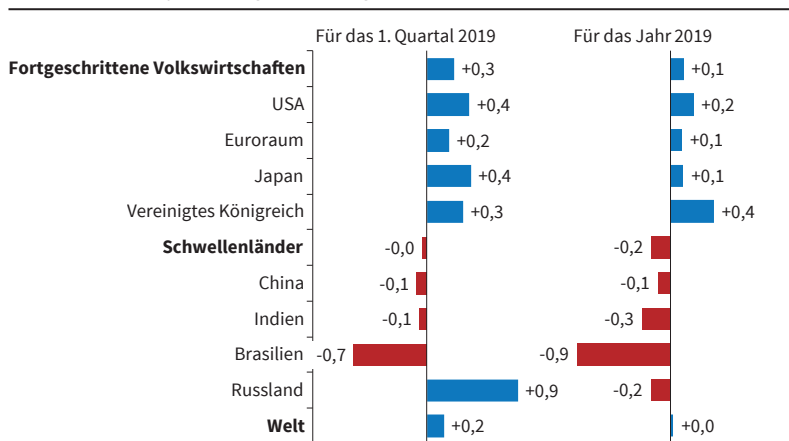
Viele Zentralbanken reagierten auf die konjunkturelle Abschwächung mit einer Ausweitung ihres expansiven Kurses. So setzten die US-amerikanische

Federal Reserve und die Bank of England den zuvor eingeschlagenen Normalisierungskurs aus und kündigten an, die Leitzinsen zunächst nicht weiter anzuheben. Zudem beschloss die Federal Reserve den Abbau ihres Bestands an US-Staatsanleihen ab Oktober 2019 nicht weiter fortzusetzen. Auch die Europäische Zentralbank hat ihren geldpolitischen Kurs in den vergangenen Monaten wieder gelockert. Unter

anderem wurde die Zinswende auf frühestens Mitte 2020 verschoben. Die Bank of Japan setzt ihren Kurs einer ultralockeren Geldpolitik fort.

Das Aussetzen der Normalisierung der US-Geldpolitik hat auch zu einer gewissen Entspannung der Finanzierungsbedingungen in vielen Schwellenländern geführt (vgl. Abb. 1.7 A). Noch im Sommer 2018 wurde dort internationales Kapital abgezogen, und die Währungen werteten deutlich ab (vgl. Abb. 1.7 B, C und D). In den vergangenen Monaten kam es wieder zu Kapitalzuflüssen, sinkenden Ka-

Abb. 1.5
Revision der Prognose der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts
 Differenz zur ifo Konjunkturprognose Frühling 2019; in Prozentpunkten

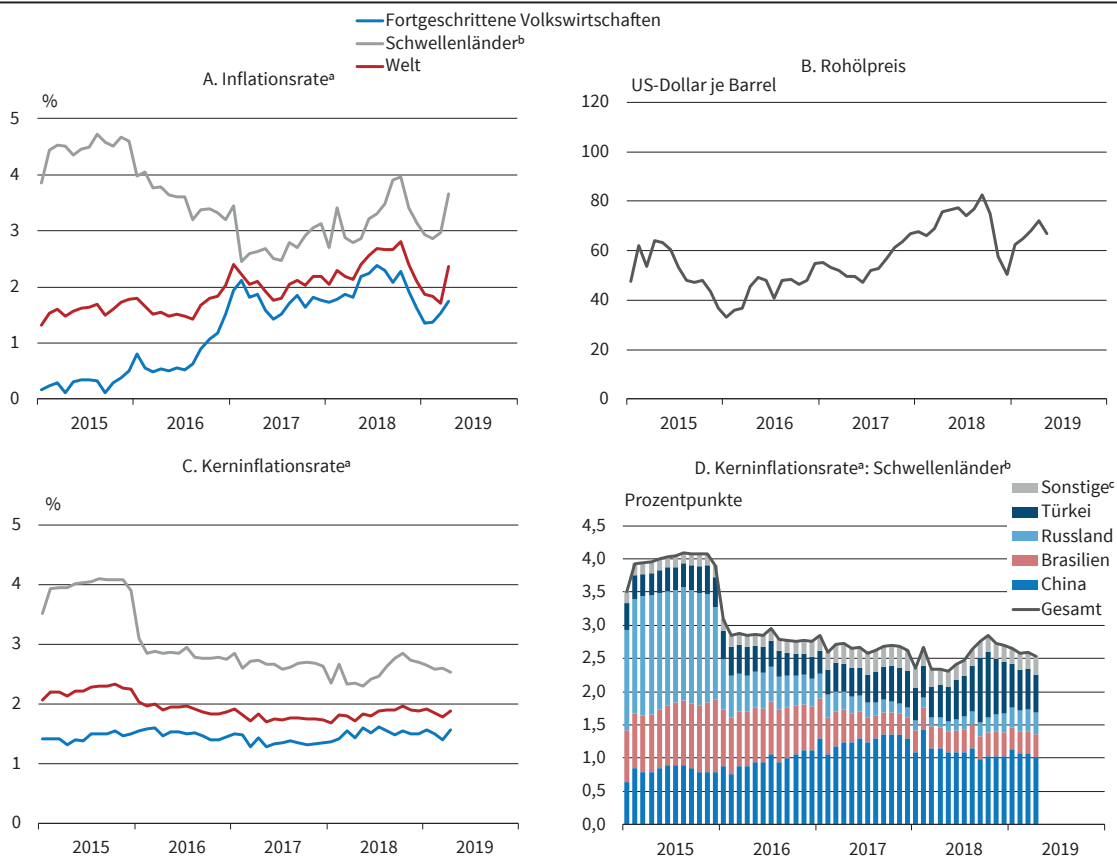


Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 1.6

Indikatoren zur Preisentwicklung in der Welt



^a Gewichtungen basierend auf nominalem BIP des Vorjahres.

^b Reihe zu Indien nicht vorhanden. ^c Sonstige: Mexiko, Polen, Ungarn.

Quelle: Internationaler Währungsfonds; OECD; Energy Information Administration; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

pitalmarktzinsen, und in manchen Ländern werteten die Währungen teilweise wieder etwas auf.

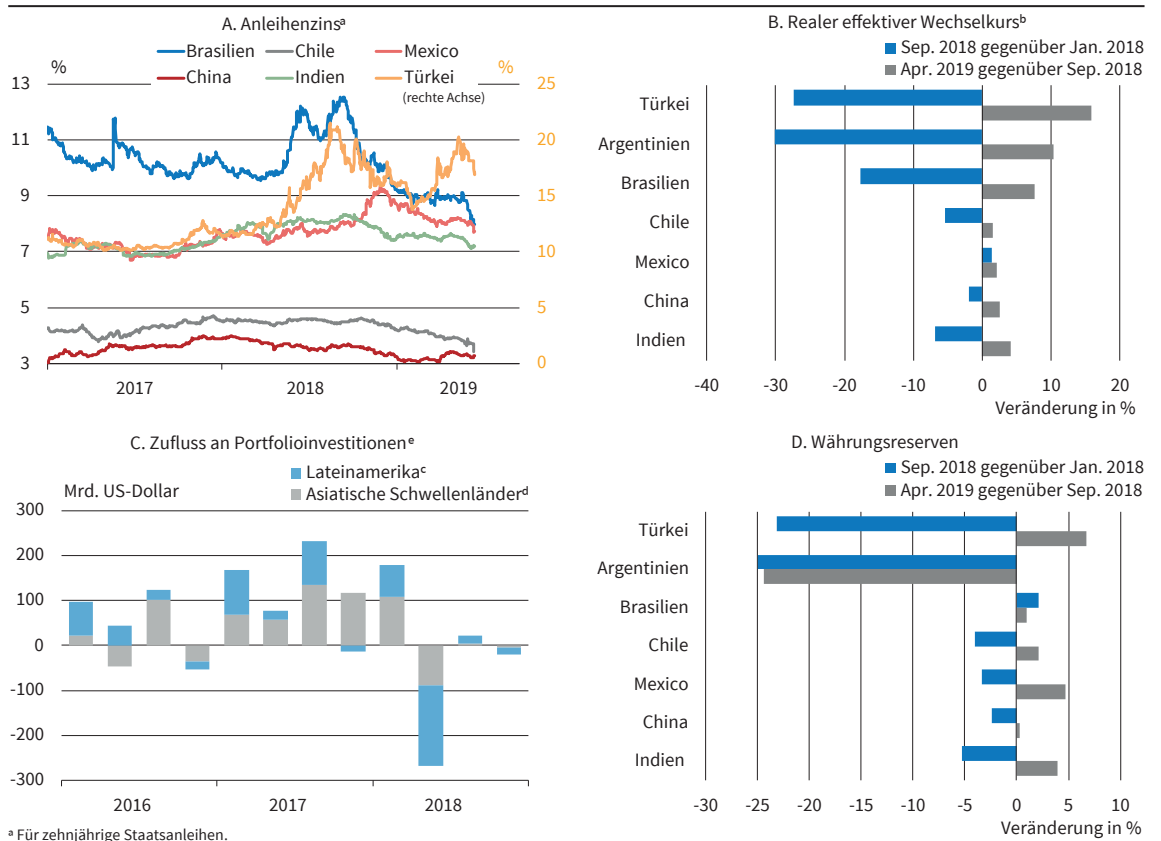
Die Finanzpolitik bleibt weltweit tendenziell expansiv ausgerichtet. Von Seiten der USA dürften zwar keine neuen fiskalpolitischen Impulse gesetzt werden. Allerdings wird die zu Beginn des vergangenen Jahres in Kraft getretene Steuerreform weiterhin für fiskalpolitische Impulse sorgen, die aber in diesem Jahr allmählich auslaufen. Im Vereinigten Königreich wird die Finanzpolitik im laufenden Jahr, nach mehreren Jahren der Konsolidierung, leicht expansiv wirken, unter anderem durch eine Erhöhung der Steuerfreibeträge für private Haushalte und höhere öffentliche Ausgaben im Gesundheitssektor. Im Vergleich zum Vorjahr wird die Finanzpolitik im Euroraum im laufenden Jahr voraussichtlich etwas expansiver ausgerichtet sein, vor allem in Italien, wenn neue fiskalische Maßnahmen umgesetzt werden. In Japan dürfte die Finanzpolitik etwas restriktiver werden, insbesondere wegen der geplanten Mehrwertsteuererhöhung im Oktober 2019. Von der chinesischen Finanzpolitik gehen positive Impulse aus, unter anderem durch die beschlossene Senkung der Mehrwertsteuer. Auch in Indien setzt die Finanzpolitik positive Impulse durch verschiedene Maßnahmen wie den Aufbau von Gesundheitszentren und Hilfszahlungen für

Landwirte, die im Vorfeld der nationalen Parlamentswahlen getätigt wurden. Auch die bereits 2017 eingeführten Strukturreformen, die verschiedenen Steuersätze zwischen den Bundesstaaten teilweise zu vereinheitlichen, dürften weiter für positive Impulse sorgen.

1.2 AUSBLICK

Im zweiten Quartal 2019 dürfte die Weltwirtschaft mit einer geringeren Rate expandieren als im Quartal zuvor (vgl. Abb. 1.8). Darauf deutet die Mehrheit der weltweiten Stimmungsindikatoren hin. So ist die Lagekomponente des ifo Weltwirtschaftsklimas für das zweite Quartal weiter gesunken, wenn auch etwas weniger als in den drei Quartalen zuvor (vgl. Abb. 1.9 A sowie Boumans und Garnitz 2019). Die Lageeinschätzung verschlechterte sich in den USA, im Euroraum und in Lateinamerika (vgl. Abb. 1.9 B). Lediglich in Asien wurde die Lage geringfügig besser beurteilt, nachdem der Rückgang in den vorhergehenden Quartalen vergleichsweise kräftig war. Auch die Zuversicht der Unternehmen, insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, trübte sich weiter ein (vgl. Abb. 1.9 C). Dabei kam es in den vergangenen Monaten vor allem in den USA zu einer Verschlechterung

Abb. 1.7
Monetäre Größen



^a Für zehnjährige Staatsanleihen.
^b Gegenüber 42 Handelspartnern.
^c Argentinien, Brasilien, Mexiko und Chile.
^d China, Indien, Thailand, Indonesien und Philippinen. ^e Veränderung des Bestands an Portfolioinvestitionen.
 Quelle: DG ECFIN; BIS; Macrobond; Nationale Zentralbanken; State Administration of Foreign Exchange China; Argentina National Institute of Statistics & Censuses; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

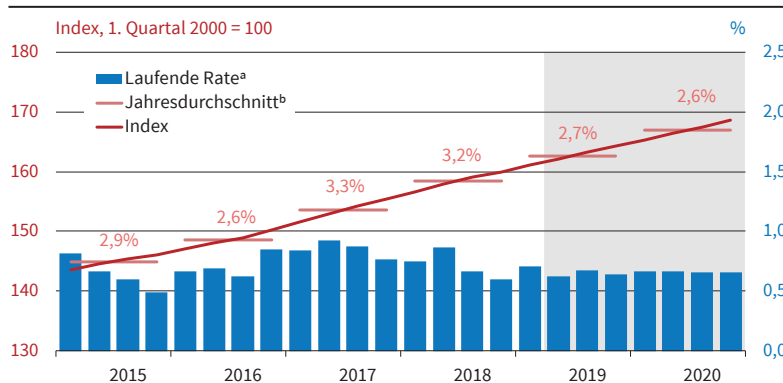
der Aussichten. Einzig die Stimmung unter den Konsumenten bleibt weltweit weiterhin sehr optimistisch, getragen von leergefegten Arbeitsmärkten und deutlichen Einkommenszuwächsen (vgl. Abb. 1.9 D).

Im Prognosezeitraum dürfte die weltweite gesamtwirtschaftliche Produktion nur moderat expandieren. Die bereits eingeführten Handelsbeschränkungen zwischen den USA und China sowie

die Unsicherheit über die Einführung weiterer Zölle dämpfen die Handelsaktivität und senken die Investitionsbereitschaft, die eigentlich notwendig wäre, um den in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften überausgelasteten Kapazitäten zu begegnen. Auch die positiven Impulse der US-Steuerreform werden in diesem Jahr auslaufen, so dass US-amerikanische Ausgaben für Investitionen und Konsum weniger

dynamisch zulegen und damit auch die US-Nachfrage nach ausländischen Gütern und Dienstleistungen dämpfen dürften. Darüber hinaus stellt der weiterhin unklare Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der EU einen Belastungsfaktor insbesondere für die britische Wirtschaft dar. In Japan wird die Mehrwertsteuererhöhung im Oktober 2019 zu Vorzieheffekten im dritten Quartal und zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Schlussquartal führen. Dagegen dürften die weiterhin deutlichen Einkommens-

Abb. 1.8
Reales Bruttoinlandsprodukt in der Welt
Saisonbereinigter Verlauf

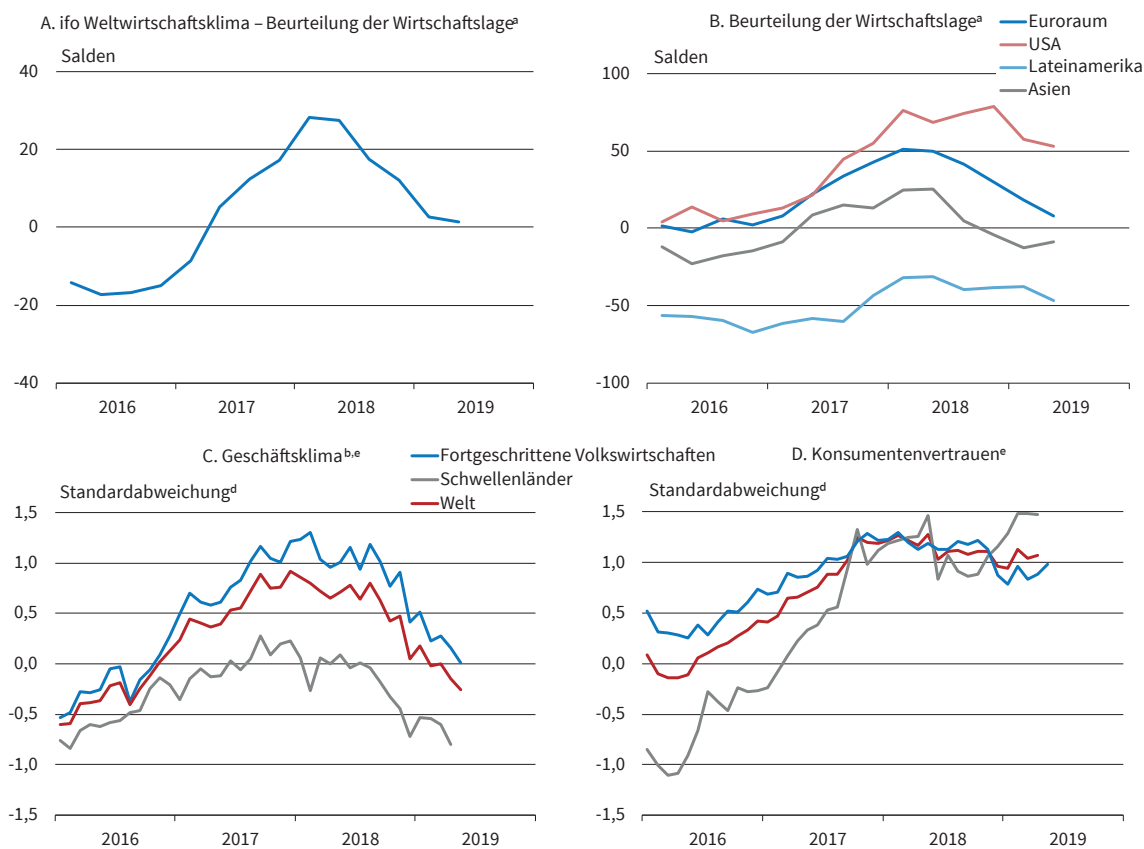


^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 1.9

Frühindikatoren für die Gesamtwirtschaft



^a Basierend auf der Expertenbefragung des ifo World Economic Survey.

^b Basierend auf nationalen Unternehmensbefragungen des Verarbeitenden Gewerbes. ^c Basierend auf nationalen Haushaltsbefragungen.

^d Die zugrunde liegenden Reihen wurden um ihren Mittelwert bereinigt und durch ihre Standardabweichung dividiert.

^e Gewichtungen basierend auf dem nominalen BIP des Vorjahres.

Quelle: ifo World Economic Survey (WES); nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

zuwächse in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften für einen lebhaften Konsum sorgen, so dass die Aktivität in großen Teilen des Dienstleistungssektors weiter zulegt.

Die Expansionsraten in den Schwellenländern bleiben weiter stabil, wobei es zu einer Zweiteilung kommt. Zum einen wird sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik in China und damit auch in anderen asiatischen Ländern, die im intensiven Austausch mit China stehen, voraussichtlich weiter verlangsamen. Hierzu tragen die Verwerfungen im internationalen Handel und ein langsames Kreditwachstum bei. Zum anderen werden die übrigen Schwellenländer wohl kräftiger expandieren. In Indien dürften Strukturreformen und fiskalpolitische Maßnahmen die Nachfrage stimulieren. Die brasilianische Wirtschaft wird ihre langsame Erholung seit der Rezession in den Jahren 2015/2016 wohl fortsetzen.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt in diesem Jahr voraussichtlich um 2,7% und im kommenden Jahr um 2,6% zulegen (vgl. Tab. 1.1). Im Vergleich zur Frühjahrsprognose 2019 wurden die Zuwachsraten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften aufgrund des starken ersten Quartals nach oben revidiert (vgl. Abb. 1.5). Dagegen wur-

den die Raten für die Schwellenländer nach unten korrigiert.

Die Inflationsrate in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird im laufenden Jahr mit 1,6% niedriger liegen als im Jahr 2018 (2,0%), was vor allem eine Folge der zu Jahresbeginn 2019 deutlich niedrigeren Rohölpreise ist. Unter der Annahme, dass sich der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent auf durchschnittlich 69,7 US-Dollar in diesem Jahr und 73,2 US-Dollar im kommenden Jahr beläuft, dürften die Verbraucherpreise im Jahresverlauf wieder stärker zulegen. Angesichts zunehmender Arbeitskräfteknappheiten in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte es über höhere Lohnzahlungen zu einem leicht beschleunigten Aufwärtsdruck auf die Preise im Jahr 2020 kommen. In den Schwellenländern werden die Verbraucherpreise im laufenden und kommenden Jahr ähnlich stark anziehen wie im vergangenen Jahr.

Nachdem der Welthandel im Winterhalbjahr 2018/2019 geschrumpft ist, dürfte er im Verlauf dieses Jahres lediglich moderat zulegen. So verbesserten sich zwar die Handelserwartungen in der Aprilbefragung des ifo World Economic Survey (vgl. Abb. 10 sowie Boumans und Garnitz 2019) sowie des

Tab. 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht in % ^a	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
		2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	68,0	2,3	2,2	1,8	1,5	1,8	2,0	1,6	1,8
USA	29,3	2,2	2,9	2,5	1,8	2,1	2,4	2,0	2,2
Euroraum	19,5	2,5	1,9	1,2	1,5	1,5	1,8	1,3	1,5
Japan	7,1	1,9	0,8	0,7	0,6	0,5	1,0	0,8	1,2
Vereinigtes Königreich	4,0	1,8	1,4	1,4	1,3	2,7	2,5	2,1	2,0
Kanada	2,4	3,0	1,9	1,2	1,7	1,6	2,2	2,1	2,1
Südkorea	2,3	3,2	2,7	1,8	2,5	1,9	1,5	0,8	1,5
Schweiz	1,0	1,7	2,5	1,5	1,6	0,5	0,9	1,0	1,2
Schweden	0,8	2,4	2,5	2,2	1,7	1,8	2,0	2,3	2,0
Norwegen	0,6	2,0	1,4	1,4	1,9	1,9	2,8	2,6	2,3
Dänemark	0,5	2,3	1,4	1,8	1,4	1,1	0,8	1,4	1,8
Tschechien	0,3	4,5	2,9	2,6	2,5	2,4	2,0	2,5	2,0
Schwellenländer	32,0	5,7	5,3	4,7	5,1	2,6	3,2	3,3	3,3
China	19,2	6,8	6,5	6,1	6,0	1,6	2,1	2,3	2,4
Indien	3,9	7,2	7,1	6,8	7,0	3,3	3,9	2,5	4,3
Brasilien	2,7	1,1	1,1	0,9	2,2	3,4	3,7	4,3	4,0
Russland	2,3	1,7	2,2	1,0	1,5	2,5	4,3	4,5	4,0
Mexiko	1,7	2,4	2,0	1,0	2,2	6,0	4,9	4,4	3,9
Türkei	1,1	7,4	2,7	0,0	3,4	11,1	16,3	18,0	12,0
Polen	0,8	4,9	5,2	4,3	3,5	1,6	1,2	2,0	2,5
Ungarn	0,2	4,4	5,0	4,3	2,7	2,4	2,9	3,5	3,0
Welt	100,0	3,3	3,2	2,7	2,6	2,0	2,4	2,2	2,3
<i>nachrichtlich:</i>									
Welthandel, real ^b		4,8	3,3	0,6	3,0				
Annahmen									
Ölpreis \$/Barrel (Brent)		54,2	71,0	69,7	73,2				
Wechselkurs \$/€		1,13	1,18	1,13	1,12				

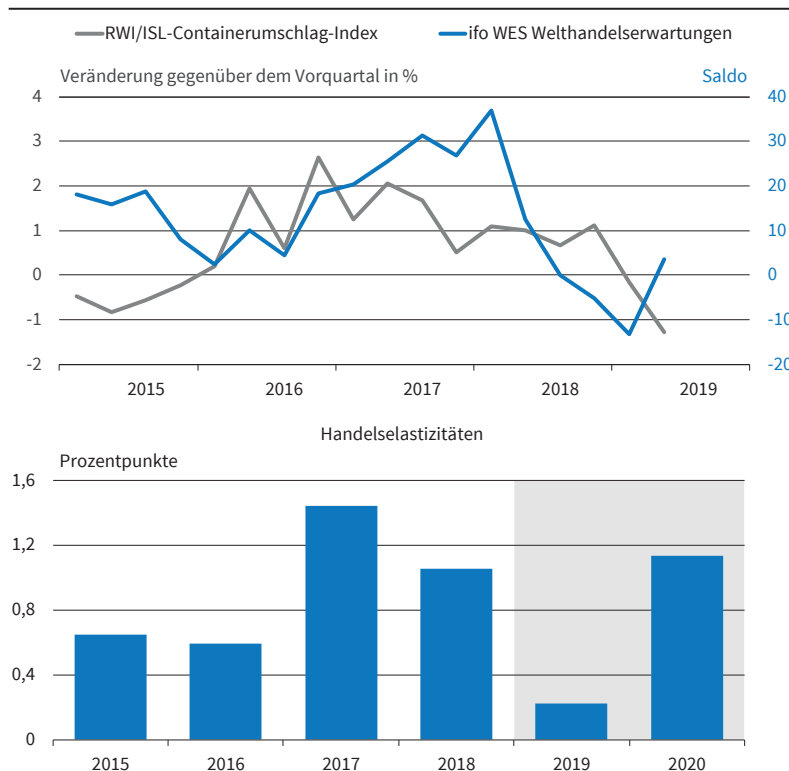
^a Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar. ^b Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2019 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 1.10

Frühindikatoren des internationalen Warenverkehrs



Quelle: ifo World Economic Survey (WES); CPB Netherlands Bureau of Policy Analysis; RWI; nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

World Trade Outlook Indicator. Gegen einen stärkeren Anstieg spricht aber der Rückgang des RWI/ISL-Containerumschlag-Index. Dabei sind in den aktuellen Frühindikatoren noch nicht die Auswirkungen der Anfang Mai neu eingeführten Zölle enthalten. Die USA erhöhten die Zölle für chinesische Waren im Wert von 200 Mrd. US-Dollar von 10% auf 25%, und China reagierte mit Erhöhungen von bis zu 25% auf amerikanische Waren im Wert von 60 Mrd. US-Dollar. Die Zuwächse beim Welthandel dürften im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums, im Einklang mit der Dynamik der Weltproduktion, leicht zurückgehen. Insgesamt wird der internationale Handel in diesem Jahr preisbereinigt lediglich um 0,6% und im kommenden Jahr um 3,0% steigen. Die Elastizität des Welthandels, definiert als

Verhältnis von Welthandel zur gesamtwirtschaftlichen Weltproduktion, dürfte im laufenden und kommenden Jahr bei 0,2 bzw. 1,1 liegen, nach 1,1 im Jahr 2018 (vgl. Abb. 1.10). Der Rückgang von 2018 auf 2019 ist eine Folge des Handelskonflikts zwischen den USA und China und der geringeren Investitionsdynamik.

1.3 RISIKEN

Die Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung dominieren weiterhin die Chancen. Insbesondere ist eine Eskalation des Handelskonflikts zwischen den USA und China nach dem Scheitern der Handelsgespräche Anfang Mai wahrscheinlicher geworden. Die USA setzten den chinesischen Konzern Huawei auf eine schwarze Liste. Daraufhin reagierte China mit der Andeutung, es könne die Ausfuhr von Seltenen Erden beschränken, die in vielen Rüstungs- und Konsumgütern enthalten ist. China kontrolliert weltweit den Großteil dieses Rohstoffes und verfügt über die Mehrzahl der für die Verarbeitung des Rohstoffes notwendigen Anlagen. Der US-Präsident hat darauf mit der Androhung weiterer Zollerhöhungen für chinesische Waren im Wert von 300 Mrd. US-Dollar reagiert.

Aber auch andere Länder stehen nach wie vor im Visier der amerikanischen Handelspolitik. Mexiko konnte zwar vorläufig verhindern, dass die USA Zölle auf alle Einfuhren aus Mexiko erheben. Das Risiko bleibt aber dennoch, dass auch dieser Konflikt durch die USA wieder aufgebrochen wird. Auch der Beschluss der US-Regierung, die Entscheidung über die Einführung von Autozöllen gegenüber der EU um weitere 180 Tage zu verschieben (die erste Frist für die Entscheidung lief Mitte Mai aus), bedeutet keine Entwarnung. Dieser Handelsstreit dürfte im Herbst wieder aktuell werden. Sollten die Importzölle für die Automobile aus der EU tatsächlich eingeführt werden, würde dies einen deutlichen negativen Einfluss auf die europäischen Exporte in die USA haben. Vor allem die deutsche Autoindustrie wäre hiervon betroffen. In den nächsten Monaten gibt es aber auch die Möglichkeit, für Entspannung in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA zu sorgen. Der EU-Kommission wurde ein Mandat erteilt, um den Handel mit Industriegütern zwischen der EU und den USA neu zu verhandeln. Ein Freihandelsabkommen könnte Handelshemmnisse auf beiden Seiten des Atlantiks abbauen und so den Warenaustausch ankurbeln.

Auch der von China eingeschlagene konjunkturelle Pfad und dessen Auswirkungen auf die Finanzstabilität Chinas sind unklar. Die Erfahrungen des Winterhalbjahrs 2018/2019 zeigen, dass restriktivere Politikmaßnahmen, wie der Versuch, die Expansion des Schattenbankensektors zu dämpfen, die chinesische Konjunktur sehr schnell und deutlich belasten und China die Zügel wieder lockert. Dadurch würde aber wieder die Kreditvergabe des nichtregulierten Schattenbankensektors steigen, die potenziell mit

einer höheren Risikobereitschaft von Gläubigern und Schuldern einhergehen könnte. Der bereits sehr hohe Verschuldungsgrad des nichtfinanziellen Sektors würde weiter zunehmen und die Gefahr einer Neubewertung der Risiken mit plötzlichen starken Verkäufen bestimmter Finanzanlagen steigen. Ein Ende einer solchen Politik der Rücknahme und Lockerung ist nicht abzusehen und birgt Risiken für die Finanzstabilität Chinas.

In vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Verschuldung von nichtfinanziellen Unternehmen in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen (vgl. Organisation for Economic Co-operation and Development 2019). Der Verschuldungsanstieg ergab sich insbesondere durch die Neuemission von Anleihen. Ein immer größer werdender Anteil dieser Anleihen wird dabei gerade noch mit Investment Grade bewertet (vgl. Çelik und Isaksson 2019). Sollte sich die Konjunktur und damit die Ertragsaussichten dieser Unternehmen stärker abschwächen als erwartet, könnten viele dieser Anleihen auf Non-Investment Grade abgewertet werden, und institutionelle Investoren müssten sie aufgrund von Regulierungsvorschriften abstoßen, was Preisverfälle auf Anleihenmärkten und möglicherweise Neubewertungen weiterer Assetklassen nach sich ziehen könnte.

Der Mitte Mai einsetzende kräftige Rückgang der Rohölpreise zeigt das Spannungsfeld, in dem sich der Ölmarkt derzeit befindet. Einerseits gibt es mehrere angebotsseitige Faktoren, die einen Aufwärtsdruck auf die Preise bewirken sollten. Dazu zählen sowohl die Ungewissheit im Hinblick auf den Fortbestand des Atomabkommens mit dem Iran und die Bereitschaft Saudi-Arabiens, das iranische Rohöl am Weltmarkt zu ersetzen, als auch die Sorge, dass die Ölförderung Venezuelas aufgrund einer maroden Infrastruktur immer häufiger unterbrochen wird. Andererseits könnte die weltweite Konjunktur, auch infolge des Handelskonflikts, deutlich schwächer ausfallen und damit den Rohölpreis dämpfen.

Die Risiken im Euroraum werden im Abschnitt 3 diskutiert.

2. Lage und Prognose der Wirtschaft im Euroraum

2.1 ÜBERRASCHEND KRÄFTIGER JAHRESAUFTAKT IM EURORAUM

Die Wirtschaft im Euroraum legte im ersten Quartal 2019 mit 0,4% gegenüber dem Vorquartal überraschend kräftig zu. Zuvor fiel die zweite Hälfte des vergangenen Jahres schwach aus (0,1% im dritten und 0,2% im vierten Quartal). Zu Beginn des laufenden Jahres beschleunigte sich die Dynamik der privaten Konsumausgaben mit 0,5% gegenüber dem Vorquartal. Auch die Bruttoanlageinvestitionen expandierten mit 1,1% robust. Die Zunahme der Exporte schwächte sich hingegen auf 0,6% ab, da insbesondere die Dienstleistungsexporte rückläufig waren. Auch die Importe stiegen mit 0,4% nur verhalten. Rein rechnerisch leistete damit der Außenhandel einen positiven Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Entstehungsseitig konnten vor allem die binnenorientierten Dienstleistungssektoren und die Bauwirtschaft zur Expansion beitragen, während die Wertschöpfung im exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe stagnierte.

Zur guten Entwicklung im ersten Quartal trugen mehrere Faktoren bei. Von günstigen Witterungsbedingungen unterstützt konnte der Bausektor deutlich zulegen. Zudem war bei den Kfz-Zulassungen ein kräftiger Aufholeffekt zu beobachten, nachdem sie im Herbst 2018 wegen der Probleme bei der Umstellung auf den neuen Abgas-Teststandard WLTP eingebrochen waren. Von dieser Entwicklung war vor allem Deutschland, aber auch Frankreich betroffen. Darüber hinaus dürfte auch die dynamische Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Folge höherer Beschäftigung und kräftiger Lohnanstiege die Nachfrage unterstützt haben. Die Mindestlöhne wurden in vielen Ländern des Euroraums zum Jahresanfang angehoben, besonders kräftig in Spanien (+22%). Schließlich war das Kaufkraftplus besonders ausgeprägt, weil die Verbraucherpreise im Verlauf annähernd stagnierten.

Die Wirtschaftsleistung konnte im ersten Quartal in allen großen Ländern zulegen. So expandierte Spanien mit 0,7% unerwartet kräftig. Auch in Deutschland stieg das reale Bruttoinlandsprodukt überraschend um 0,4%. Frankreich setzte seine stabile konjunkturelle Entwicklung der vergangenen Quartale mit einem Zuwachs von 0,3% fort. Schließlich konnte die italienische Wirtschaft schneller als erwartet wieder ein Wachstum

(0,1%) verzeichnen und damit die schwache technische Rezession der vorangegangenen beiden Quartale (jeweils -0,1%) hinter sich lassen.

Die Erholung zu Jahresbeginn überzeichnet allerdings die schwache konjunkturelle Grundtendenz im Euroraum, die seit dem vergangenen Jahr zu beobachten ist. Auffällig ist dabei eine seit Ende 2017 auseinanderlaufende Entwicklung zwischen den Wirtschaftsbereichen. Während die nominalen Umsätze im exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe weitgehend stagnierten und damit unter der Abkühlung der globalen Industriekonjunktur litten, verzeichneten die eher binnenorientierten Dienstleistungsbereiche (inklusive Handel) eine stetige Ausweitung ihrer Umsätze (vgl. Abb. 2.1). Da der Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung in Deutschland mit 26% deutlich größer ist als im übrigen Euroraum (18%), war vor allem die deutsche Wirtschaft für die Abschwächung des Euroraums verantwortlich.

Eine ähnliche Divergenz zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt (vgl. Abb. 2.2). Zwar hat im vergangenen Jahr der Beschäftigungsaufbau in beiden Sektoren gegenüber dem Jahr 2017 an Dynamik verloren. Allerdings war die Abschwächung im Verarbeitenden Gewerbe deutlich stärker als im Dienstleistungssektor. Jedoch deutet der Beschäftigungsaufbau im ersten Quartal 2019 darauf hin, dass diese Divergenz zumindest vorübergehend gestoppt wurde, da sich die Zunahme der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorquartal in beiden Sektoren beschleunigt hat.

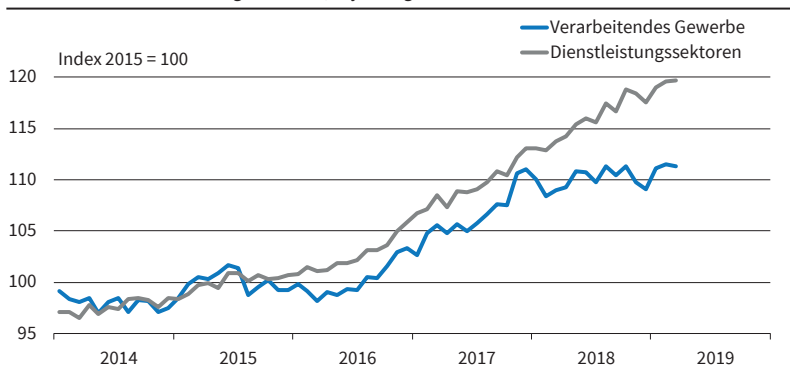
Auch die jüngsten Arbeitsmarktdaten deuten auf eine weiterhin robuste Lage am Arbeitsmarkt hin. Im April sank die Arbeitslosenquote auf 7,6%. Dabei gibt es spürbare Unterschiede zwischen den Ländern: In Deutschland geht die Quote auf sehr niedrigem Niveau (3,2%) nur noch sehr langsam zurück, während sie in Spanien erneut kräftig auf 13,8% im April gesunken ist. Auch Frankreich und Italien konnten leichte Rückgänge auf zuletzt 8,7 bzw. 10,2% verzeichnen.

Die Inflationsdynamik hat seit Ende letzten Jahres nachgelassen. Dabei spielen die niedrigeren Energiepreise eine wesentliche Rolle. Im Durchschnitt über die ersten fünf Monate des laufenden Jahres

Abb. 2.1

Umsätze im Euroraum

Kalender- und saisonbereinigter Verlauf, in jeweiligen Preisen

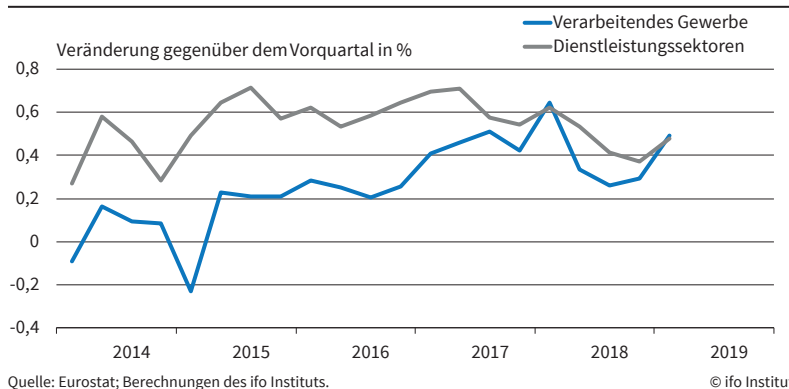


Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2.2

Beschäftigung im Euroraum
Kalender- und saisonbereinigter Verlauf



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

(ohne Energie und Lebensmittelpreise) im Euroraum verharrt schon seit langem bei knapp über 1%.

2.2 FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN WEITERHIN SEHR GÜNSTIG

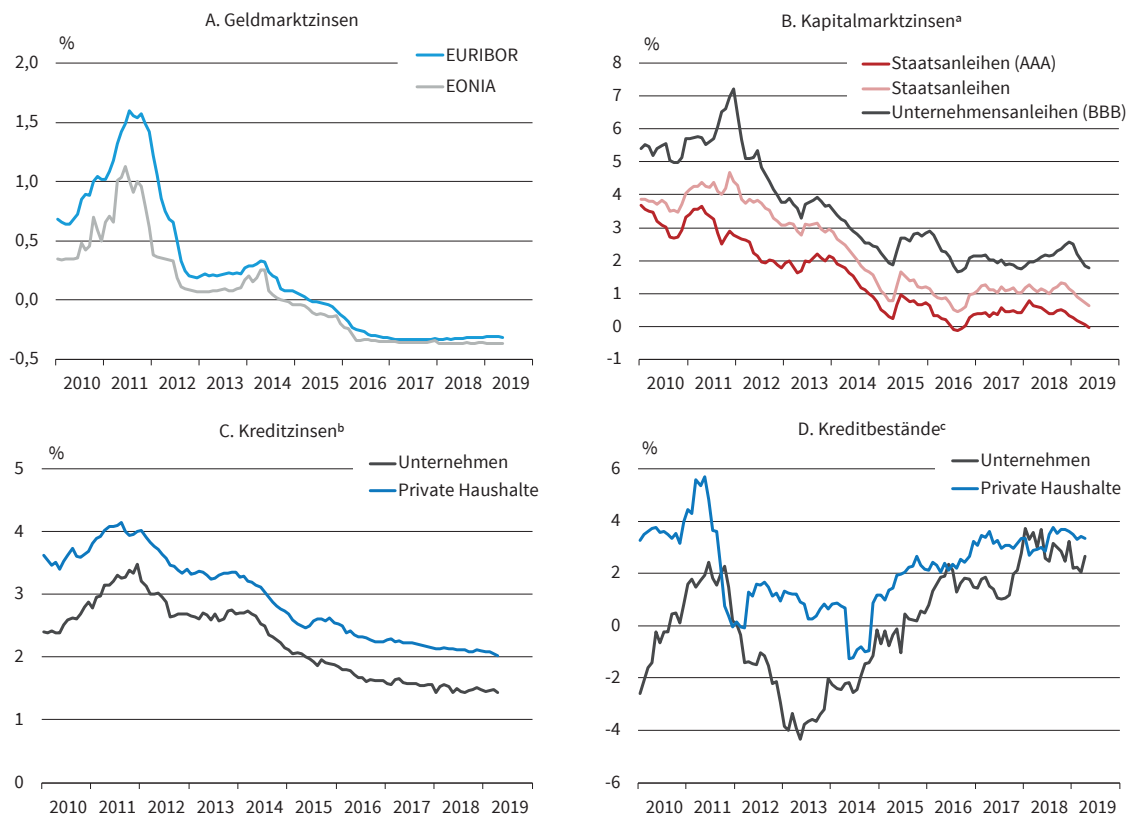
Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren geldpolitischen Kurs in den vergangenen Monaten weiter gelockert. Zwar blieben die Leitzinsen und damit die Zinsen am Interbankengeldmarkt weiterhin unverändert

niedrig (vgl. Abb. 2.3A). Allerdings hat der EZB-Rat im Rahmen seiner Forward Guidance signalisiert, dass der Hauptrefinanzierungssatz sowie die Zinssätze für die Einlage- und Spitzenrefinanzierungsfazilität mindestens über die erste Hälfte des Jahres 2020 auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden. Damit ist die Zinswende mit der ersten Leitzinsanhebung seit Juli 2011, die Ende 2018 von den Finanzmärkten noch in der zweiten Jahreshälfte 2019 erwartet worden war, um mindestens ein Jahr verschoben worden. Zudem

lagen die Teuerungsraten in Frankreich, Italien und Spanien bei unter 1,5%. In Deutschland stiegen die Preise mit durchschnittlichen Raten von 1,7% in den ersten vier Monaten etwas stärker. Im Euroraum insgesamt lag die Inflationsrate im Mai bei 1,2%, nachdem sie im April kurzfristig auf 1,7% gestiegen war. Der Preisauftrieb in April wurde maßgeblich durch die im Vergleich zum Vorjahr späte Lage der Osterferien beeinflusst, da die Preise für Pauschalreisen im Ostermonat in die Höhe steigen. Die Kerninflationsrate

Abb. 2.3

Zur monetären Lage im Euroraum



^a Unternehmensanleihen = Zinsen für Anleihen von Unternehmen mit mittlerer (BBB) Bonität und einer Restlaufzeit von zehn Jahren. Staatsanleihen = durchschnittliche Zinsen für Staatsanleihen von allen Ländern des Euroraums bzw. von Ländern mit höchster Bonität (AAA); Restlaufzeit zehn Jahre; BIP-gewichtete Durchschnitte.
^b Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte (Immobilienkredite).
^c Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (Immobilienkredite) (gleitender Sechsmonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt).
Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

wurde beschlossen, zwischen September 2019 und März 2021 vierteljährlich neue Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von zwei Jahren anzubieten, deren Verzinsung sich in Abhängigkeit der Kreditvergabebetätigkeit der in Anspruch nehmenden Bank in einem Korridor zwischen dem geltenden Einlage- und Hauptrefinanzierungssatz (jeweils zuzüglich 10 Basispunkte) orientiert.

Diese Ankündigungen dürften auch dazu beigetragen haben, dass die langfristigen Kapitalmarktzinsen seit Ende letzten Jahres deutlich nachgegeben haben (vgl. Abb. 2.3 B). Für Anleihen von Staaten mit höchster Bonität (AAA) und einer Laufzeit von zehn Jahren akzeptieren Anleger mittlerweile wieder negative Renditen. Aber auch die Anleihezinsen von Schuldern schlechterer Bonität sind in den vergangenen Monaten kräftig gefallen. Am Kreditmarkt sind die Zinsen zuletzt (April) ebenfalls leicht gesunken (vgl. Abb. 2.3 C). Durchschnittlich mussten Unternehmen 1,4% für Neukredite und private Haushalte für neuvergebene Immobilienkredite 2,0% bezahlen. Das ausstehende Kreditvolumen hat sich mit zuletzt 2,7% bzw. 3,3% für Unternehmens- und Immobilienkredite (Sechsmonatsdurchschnitt der annualisierten Vormonatsveränderungen) zwar weiter kräftig ausgeweitet (vgl. Abb. 2.3 D). Allerdings hat sich vor allem bei den Unternehmenskrediten die Dynamik der Zuwächse im Vergleich zum Vorjahr deutlich verlangsamt. Umfragen unter Banken deuten darauf hin, dass Unternehmen vor allem ihre Kreditnachfrage reduziert haben, während die Kreditvergabebedingungen in den vergangenen Quartalen in der Tendenz eher weiter gelockert wurden.

Im Prognosezeitraum dürften die Finanzierungsbedingungen im Euroraum weiterhin sehr günstig bleiben. Erst im Jahr 2021 dürfte die EZB die Zinswende einleiten. Die Versorgung des Finanzsystems mit Zentralbankgeld dürfte weiterhin üppig bleiben. Zum einen hat die EZB angekündigt, den Bestand an Wertpapieren, die im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworben wurden, nicht vor der Zinswende zu reduzieren. Zum anderen wird mit den neuen zweijährigen Refinanzierungsgeschäften eine längerfristige Refinanzierungsquelle zur Verfügung gestellt, die etwaige Liquiditätsengpässe einzelner Banken im kommenden Jahr, wenn die vierjährigen Refinanzierungsgeschäfte aus den Jahren 2016 und 2017 beginnen auszulaufen, abwenden dürften. Somit wird die EZB weiterhin die Rolle eines Finanzintermediärs spielen, der Banken mit Liquiditätsüberschüssen eine Anlagemöglichkeit und Banken mit Liquiditätsdefiziten eine Fi-

nanzierungsmöglichkeit bietet, und problembehaftete Kreditinstitute vor einer möglicherweise teuren Refinanzierung am Interbankengeldmarkt bewahren. Zumindest sollte dadurch im Prognosezeitraum eine reibungslose Kreditversorgung gewährleistet bleiben.

2.3 FINANZPOLITIK ETWAS EXPANSIVER

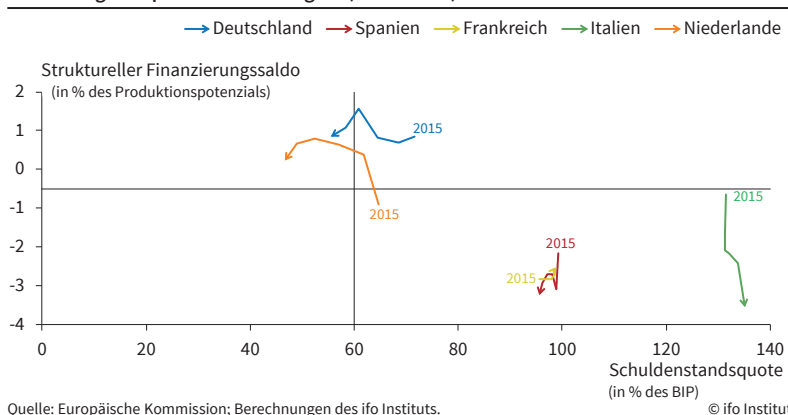
Im Vergleich zum Vorjahr wird die Finanzpolitik im Euroraum im laufenden Jahr voraussichtlich etwas expansiver ausgerichtet sein. Nach den jüngsten Schätzungen der EU-Kommission dürfte das durchschnittliche strukturelle Finanzierungsdefizit² der Mitgliedsländer dieses Jahr auf 0,9% des Bruttoinlandsprodukts zunehmen (nach 0,7% im vergangenen Jahr).

Für Frankreich, Italien und Spanien werden die größten strukturellen Finanzierungsdefizite erwartet (2,6%, 2,4% und 2,9% des Bruttoinlandsprodukts). In der Folge werden dort auch die Schuldenstandsquoten deutlich über dem Maastricht-Referenzwert von 60% des Bruttoinlandsprodukts verbleiben. Unter den zehn größten Ländern des Euroraums dürften nur Deutschland und die Niederlande einen strukturellen Finanzierungsüberschuss erzielen (1,1% bzw. 0,7% des Bruttoinlandsprodukts) und damit ihre Schuldenstandsquote weiter reduzieren (vgl. Abb. 2.4).

Nächstes Jahr dürfte der finanzpolitische Kurs im Euroraum erneut lockerer werden. Dabei werden die strukturellen Finanzierungsdefizite wohl insbesondere in den hoch verschuldeten Euroländern weitgehend unverändert bleiben bzw. sich noch vergrößern. Die Rückführung der Schuldenstandsquoten wird damit voraussichtlich noch weiter auf die lange Bank geschoben werden. Nach aktuellen Schätzungen der EU-Kommission dürften Italien und Spanien im nächsten Jahr ein struktu-

² Bei der Schätzung der strukturellen Salden bereinigt die EU-Kommission die Finanzierungssalden zudem um einmalige und sonstige befristete Maßnahmen. Dazu zählen z.B. Verkaufserlöse oder Aufwendungen zur Bankenrettung.

Abb. 2.4
Einhaltung europäischer Fiskalregeln (2015–2020)



relles Finanzierungsdefizit von über 3% des Bruttoinlandsprodukts erzielen (3,6% bzw. 3,2%).

Italien rückt dabei besonders in den Fokus. Das südeuropäische Land verzeichnet die zweithöchste Schuldenstandsquote im Euroraum (132% relativ zum Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr) nach Griechenland und war bereits im Herbst 2018 in einen Haushaltsstreit mit der EU-Kommission verwickelt. Nach dessen Beilegung im Dezember hat die EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters die italienische Regierung Anfang Juni 2019 erneut zu einer Revision der Budgetplanung aufgefordert.³ Es besteht das Risiko, dass sich die Refinanzierungskosten für Italien bei einer Fortsetzung der Auseinandersetzung erneut erhöhen. Dies würde die angespannte Haushaltslage weiter verschärfen.

Das strukturelle Finanzierungsdefizit in Frankreich bleibt gegenüber dem Vorjahr wohl stabil bei geschätzten 2,6% des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr und 2,5% im nächsten Jahr. Zum gleichbleibend negativen Saldo tragen unter anderem neu beschlossene fiskalische Maßnahmen in Folge der Gelbwesten-Proteste bei. Sie dürften das strukturelle Finanzierungsdefizit nach Schätzungen der EU-Kommission um etwa 0,3% relativ zum Bruttoinlandsprodukt belasten.⁴

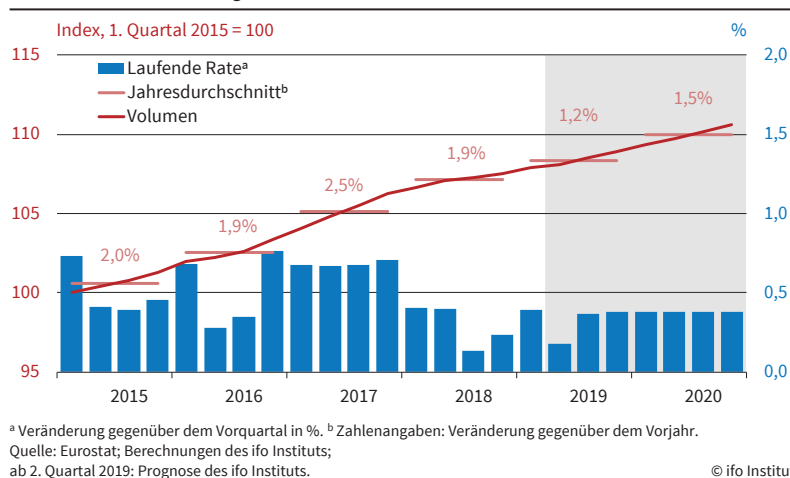
Die Prognose des spanischen Finanzierungsdefizits basiert noch auf den Plänen der im Frühjahr dieses Jahres abgewählten Regierung. Da die Bildung einer neuen Regierung zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prognosetextes noch andauert, sind insbesondere für das kommende Jahr noch Änderungen des Haushaltsplans möglich.

Die Prognose des spanischen Finanzierungsdefizits basiert noch auf den Plänen der im Frühjahr dieses Jahres abgewählten Regierung. Da die Bildung einer neuen Regierung zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prognosetextes noch andauert, sind insbesondere für das kommende Jahr noch Änderungen des Haushaltsplans möglich.

³ Italiens Fiskalpolitik dürfte im Jahr 2020 im Ländervergleich eine besonders expansive Wirkung entfalten. Die Veränderung des strukturellen Primärsaldos, in Relation zum Produktionspotenzial, wird voraussichtlich - 1,1 Prozentpunkte betragen. Dazu dürften unter anderem höhere Sozialausgaben in Folge des neu eingeführten Grundeinkommens (»Bürgergeld«) und des teilweise gesenkten Renteneintrittsalters beitragen.

⁴ Zu diesen Maßnahmen zählen unter anderem eine Erhöhung des Mindestlohns um 100 Euro (ohne Mehrbelastung der Arbeitgeber), die Befreiung der Vergütung von Überstunden von Steuern und Abgaben sowie eine neue Jahresendprämie für Arbeitnehmer, die ebenfalls von Steuern und Abgaben befreit wird.

Abb. 2.5
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



2.4 AUSBLICK

Am aktuellen Rand scheint sich die ungleiche Entwicklung zwischen dem Industrie- und Dienstleistungssektor fortzusetzen, wenn auch weniger ausgeprägt als bisher. Der von der Europäischen Kommission erhobene Indikator zum Vertrauen in der Industrie stieg nämlich im Mai das erste Mal seit über einem Jahr. Dafür dürfte die stabile Inlandsnachfrage eine Rolle gespielt haben, da sich die Produktionserwartungen verbesserten bei sich gleichzeitig weiter eintübenden Exporterwartungen. Aber auch der unerwartet solide Anstieg der Industrieproduktion sowie die robuste Beschäftigungsentwicklung im ersten Quartal deuten auf eine Stabilisierung des Industriesektors hin.

Die Entwicklung der Industrieproduktion im April zeigt jedoch eine deutliche Diskrepanz zwischen den vier größten Ländern. Während sie in Deutschland kräftig um 2,3% und auch in Italien um 0,7% gegenüber dem Vormonat gesunken ist, konnte sie in Spanien deutlich um 1,7%

Tab. 2.1
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2017	2018	2019	2020
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
Private Konsumausgaben	1,8	1,3	1,2	1,3
Konsumausgaben des Staates	1,3	1,0	1,2	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	3,0	3,3	3,4	2,7
Inländische Verwendung	2,0	1,7	1,7	1,6
Exporte	5,4	3,2	2,4	2,7
Importe	4,1	3,2	2,7	3,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,5	1,9	1,2	1,5
Arbeitslosenquote ^a (in % der Erwerbspersonen)	9,1	8,2	7,6	7,4
Verbraucherpreise ^b (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	1,5	1,8	1,3	1,5
Finanzierungssaldo des Staates (in % des Bruttoinlandsprodukts)	- 1,0	- 0,5	- 0,9	- 0,9

^a Standardisiert. ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Quelle: Eurostat; 2019 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

und in Frankreich um 0,4% zulegen.

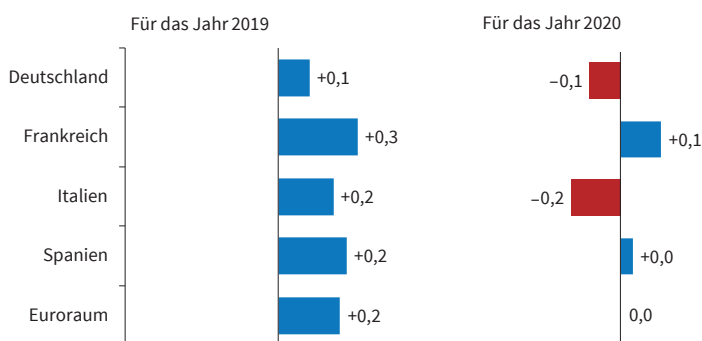
Die Indikatoren der Europäischen Kommission für den Dienstleistungssektor und das Konsumentenvertrauen verbesserten sich leicht, was auf eine Fortsetzung der Expansion der Wertschöpfung im Handel und bei den Dienstleistern hindeutet. Dagegen verschlechterte sich der Indikator für den Bausektor erneut, jedoch liegt er weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Nach der auch witterungsbedingt hohen Bauproduktion im ersten Quartal, dürfte die Bauwirtschaft im laufenden Quartal langsamer expandieren. Zudem wird die Zunahme der Exporte wegen der schwächeren Weltkonjunktur wohl verhalten bleiben.

Das Expansionstempo des realen Bruttoinlandsprodukts dürfte somit im zweiten Quartal etwas schwächer ausfallen als im ersten Quartal dieses Jahres. Ab dem zweiten Halbjahr wird sich die konjunkturelle Dynamik wieder leicht verstärken, wenn sich der Industriesektor neben dem weiterhin stabilen Dienstleistungssektor langsam erholt. Insgesamt dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in diesem Jahr um 1,2% und im nächsten Jahr um 1,5% zunehmen (vgl. Abb. 2.5 und Tab. 2.1). Da diese Raten in etwa der Potenzialrate entsprechen, dürften die Kapazitäten im Prognosezeitraum weitgehend normal ausgelastet bleiben.

Von den vier größten Ländern des Euroraums wird im laufenden Jahr wohl Spanien erneut am kräftigsten expandieren (2,3%), gefolgt von Frankreich, wo das Bruttoinlandsprodukt moderat zunehmen dürfte (1,4%) (vgl. Tab. 2.2). In Deutschland und Italien wird die Wirtschaft voraussichtlich nur schwach zulegen können (0,7% bzw. 0,1%). Während sich das Expansionstempo in Spanien und Frankreich im nächsten Jahr leicht verlangsamen dürfte (auf 1,9% bzw. 1,3%), wird für Deutschland wieder ein stärkeres Wachstum erwartet (1,3%). Italien wird auf niedrigerem Niveau wohl ebenfalls etwas kräftiger expandieren (0,5%).

Abb. 2.6

Revision der Prognose der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts
Differenz zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2019; in Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Im Vergleich zur ifo Frühjahrsprognose 2019 wurde die Expansion des realen Bruttoinlandsprodukts im Euroraum für dieses Jahr um 0,2 Prozentpunkte nach oben korrigiert. Dies ist vor allem auf das erste Quartal 2019 zurückzuführen, das besser als erwartet ausfiel. Die Prognosen für das laufende Jahr wurden für alle großen Länder bis auf Deutschland leicht nach oben korrigiert. Für das Jahr 2020 kam es nur zu kleinen Änderungen der Prognosen (vgl. Abb. 2.6).

Im Einklang mit der schwächeren Entwicklung der Wirtschaftsleistung dürfte auch die Arbeitslosigkeit langsamer zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird im laufenden Jahr voraussichtlich auf 7,6% und im kommenden Jahr auf 7,4% sinken. Dabei verringern sich allmählich auch die markanten Niveau-Unterschiede zwischen den Ländern des Euroraums. In Spanien dürfte die Arbeitslosenquote weiter stark sinken, auf 13,7% im laufenden und 12,5% im nächsten Jahr. Auch in Italien (10,2% bzw. 10,0%) und Frankreich (8,6% bzw. 8,3%) entwickelt sich die Lage am Arbeitsmarkt wohl positiv. Nichtsdestotrotz bleibt ein deutlicher Abstand zu Deutschland (3,2% und 3,1%) und den meisten der kleineren Mitgliedstaaten bestehen.

Auch die Inflation wird wohl gegenüber dem Vorjahr an Dynamik verlieren. In diesem Jahr dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise 1,3% betragen und im kommenden Jahr leicht auf 1,5% zunehmen. Die Preissteigerungen werden in der nahen Zukunft vor-

Tab. 2.2

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote im Euroraum

	Gewicht in %	Bruttoinlandsprodukt ^a				Verbraucherpreise ^b				Arbeitslosenquote ^c			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in %			
		2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
Deutschland ^a	29,2	2,5	1,5	0,7	1,3	1,7	1,9	1,6	1,9	3,8	3,4	3,2	3,1
Frankreich	20,3	2,4	1,7	1,4	1,3	1,2	2,1	1,2	1,8	9,4	9,1	8,6	8,3
Italien	15,2	1,8	0,7	0,1	0,5	1,3	1,3	0,9	1,2	11,3	10,6	10,2	10,0
Spanien	10,4	3,0	2,6	2,3	1,9	2,0	1,7	1,2	1,7	17,2	15,3	13,7	12,5
Euroraum	100,0	2,6	1,9	1,2	1,5	1,5	1,8	1,3	1,5	9,1	8,2	7,6	7,4

^a Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). ^c Standardisiert.

Quelle: Eurostat; 2019 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

aussichtlich moderat bleiben, da sich die Energiepreise aktuell unter dem Vorjahresniveau bewegen. Die Kerninflationsrate wird sich wohl auch in diesem Jahr knapp über der 1%-Marke bewegen und im nächsten Jahr nur moderat auf 1,4% steigen.

2.5 RISIKEN

Die aktuellen Konjunkturaussichten sind weiterhin von mehreren Risiken überschattet. Eines davon ist der nach wie vor geplante Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Nach der Verschiebung des Austrittsdatums sollte der Brexit spätestens bis Ende Oktober dieses Jahres stattfinden. Aktuell stehen allerdings alle Verhandlungen still, da zunächst ein neuer Premierminister bzw. eine neue Premierministerin gewählt werden soll.

Ein weiteres Risiko stellt die Haushaltslage Italiens dar. Wenn der Streit mit der Europäischen Kommission wieder aufflammen sollte, könnte dies negative Auswirkungen auf die ohnehin schwache konjunkturelle Dynamik in dem südeuropäischen Land haben. Sollten die Risikoprämien für die italienischen Schuldtitel (deutlich) steigen, könnte dies die Stabilität des italienischen Bankensystems bedrohen und damit die Kreditvergabebereitschaft der italienischen Banken einschränken. Da italienische Geschäftsbanken Ende 2018 mit 353 Mrd. Euro etwa 18% der ausstehenden italienischen Staatsanleihen hielten, wären die mit einem kräftigen Kursverfall verbundenen Verluste bedrohlich. Doch auch französische und spanische Geschäftsbanken halten beträchtliche Forderungen gegenüber dem italienischen Staat (55 bzw. 40 Mrd. Euro). Daher könnte es auch zu Übertragungseffekten auf die Bankensysteme anderer Euroländer kommen (vgl. Wollmershäuser et al. 2018).

3. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

3.1 ÜBERBLICK

Die deutsche Wirtschaft kühlt sich seit Anfang letzten Jahres spürbar ab. Die Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten, die ihren Hochpunkt im Boomjahr 2017 erreicht hat, wird allmählich abgebaut (vgl. Abb. 3.1). Allerdings ist die konjunkturelle Entwicklung gespalten. Das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe, in dem etwa ein Viertel der Wertschöpfung erwirtschaftet wird, steckt seit Mitte letzten Jahres in einer Rezession (vgl. Abb. 3.2). Wirtschaftspolitiken, die über Abschottung, Sanktionen und Androhungen versuchen, die globalisierte Wirtschaftsordnung zu verändern, haben die Verunsicherung weltweit steigen, die Industriekonjunktur abkühlen und den Welthandel einbrechen lassen. Hinzu kamen gravierende Probleme der deutschen Automobilindustrie mit der Zertifizierung von Neuwägen nach dem neuen Abgastestverfahren WLTP, die seit dem letzten Sommer zu stark schwankenden Produktions- und Absatzzahlen führten.

Gleichzeitig verzeichnen die größtenteils binnenorientierten Dienstleistungsbereiche und die Bauwirtschaft robuste und teilweise kräftige Zuwächse. Zunehmende Beschäftigung, hohe Tarifabschlüsse, Steuer- und Abgabenerlastungen, steigende Transferinkommen und niedrige Zinsen beflügeln die Nachfrage nach Konsumgütern, konsumnahen Dienstleistungen und Wohnbauten und damit die Wertschöpfung in diesen Wirtschaftsbereichen. Dennoch mehren sich mittlerweile die Anzeichen, dass sich die industrielle Schwäche allmählich über den Arbeitsmarkt und tiefe Wertschöpfungsketten auch auf die Binnenkonjunktur überträgt. So kam der Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe zum Erliegen, und auch in den Dienstleistungsbereichen gehen die Zuwächse langsam zurück. Gleichzeitig trübt sich die Stimmung unter den Dienstleistungsunternehmen seit geraumer Zeit ein.

Die zusammengekommen schwache konjunkturelle Grundtendenz wurde zu Jahresbeginn von einem unerwartet deutlichen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts verdeckt. Während die Gesamtschau der konjunkturellen Frühindikatoren auf eine weiterhin gedämpfte Dynamik hindeutete, schlug vor allem der Absatz von Kraftfahrzeugen, der im Schlussquartal 2018 infolge der WLTP-Problematik eingebrochen war, kräftiger als erwartet zu Buche. Dadurch kam es verwendungsseitig sowohl bei den privaten Konsumausgaben als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen zu starken Nachholeffekten; entstehungsseitig profitierten der Handel und die bei den Unternehmensdienstleistern angesiedelten Leasingfirmen. Schließlich sorgten auch die im Vorquartalsvergleich über-

Abb. 3.1

Kapazitätsauslastung

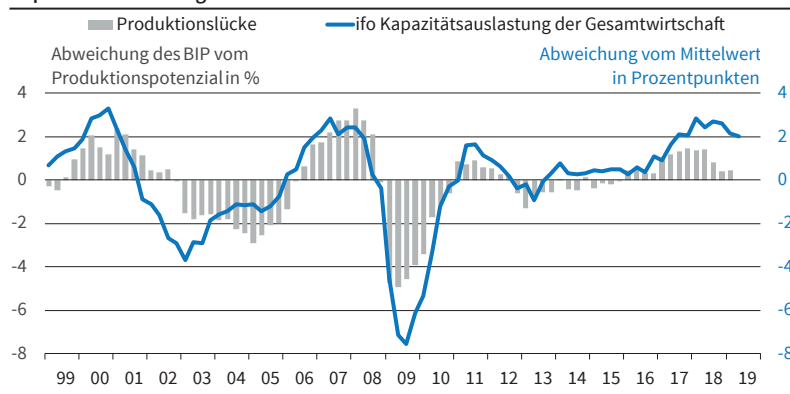
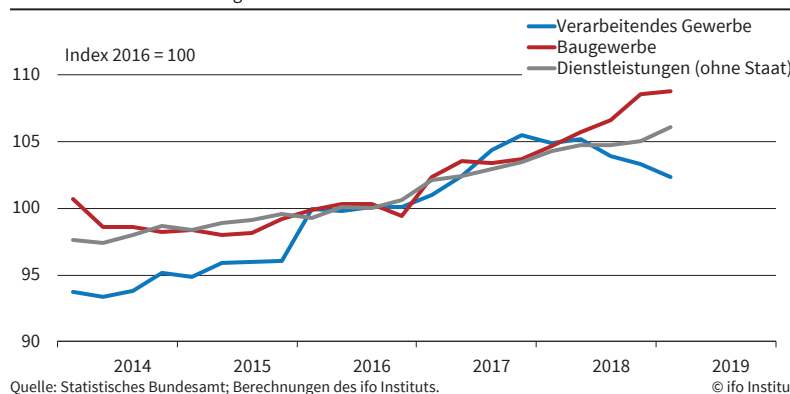


Abb. 3.2

Reale Bruttowertschöpfung

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



raschend stabilen Konsumentenpreise für ein kräftiges Kaufkraftplus.

3.2 AUSBLICK

Die hohe gesamtwirtschaftliche Schlagzahl der deutschen Wirtschaft zu Jahresbeginn dürfte im zweiten Quartal 2019 nicht zu halten sein. Zum einen dürfte das Auslaufen des Sondereffekts dazu führen, dass

die privaten Konsumausgaben, aufgrund der kräftigen Ausweitung zu Jahresbeginn, nunmehr im zweiten Quartal als konjunkturelle Triebkraft fehlen (vgl. Tab. 3.1), worauf die rückläufigen realen Einzelhandelsumsätze im April hindeuten. Zusätzlich wird der Außenhandel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bremsen, da insbesondere die realen Ausfuhren im April 2019 einen erheblichen Dämpfer hinnehmen mussten. Zum anderen befindet sich die deutsche Industrie in der Rezession, und auch für das zweite Quartal des laufenden Jahres ist keine Besserung in Sicht, was die jüngsten Zahlen zur Industrieproduktion nahelegen. Im April 2019 ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe um 2,5% unter den Wert des Vormonats gefallen. Das zu erwartende Minus bei der industriellen Wertschöpfung ist im zweiten Quartal 2019 aller Voraussicht nach nicht mehr von einem Plus in den übrigen Wirtschaftsbereichen überkompensiert worden,

zumal die Schwäche im industriellen Kern auch auf andere Bereiche ausgestrahlt haben dürfte.

Deutlich wird die langsamere Gangart der deutschen Wirtschaft mit Blick auf das ifo Geschäftsklima Deutschland, das sich nunmehr kontinuierlich seit Jahresmitte 2018 eintrübt (vgl. Abb. 3.3). Auch die ifo Konjunkturampel, die in einem Grün-gelb-rot-Farbschema die monatlichen Veränderungen des ifo Geschäftsklimas Deutschland in Wahrscheinlich-

Tab. 3.1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts^a

Veränderung gegenüber Vorquartal in %

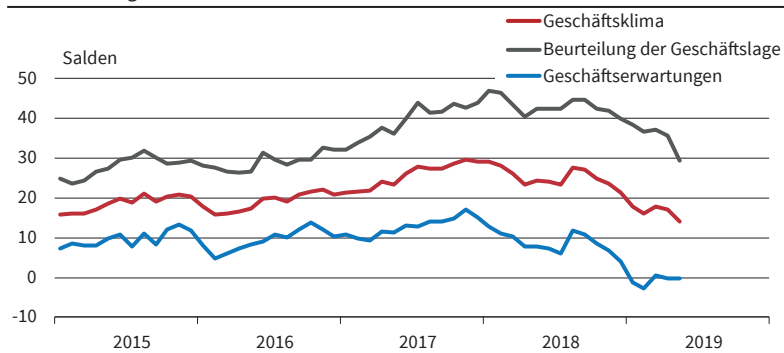
	2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	0,2	0,3	-0,1	0,3	1,2	-0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentlicher Konsum	-0,3	0,7	-0,3	1,3	-0,3	0,7	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3
Ausrüstungen	2,2	0,3	0,0	0,7	1,2	0,4	0,6	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4
Bauten	0,9	0,8	0,9	1,0	1,9	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Sonstige Anlagen	-0,5	0,3	0,2	0,5	-1,1	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Vorratsinvestitionen ^b	0,1	0,3	0,8	-0,6	-0,6	0,1	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,4	0,7	0,8	0,0	0,2	0,3	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ^b	0,0	-0,2	-0,9	0,0	0,2	-0,3	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	-0,2	0,8	-0,9	0,6	1,0	-0,9	1,1	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8
Importe	-0,3	1,5	1,3	0,7	0,7	-0,4	1,1	1,1	0,9	0,9	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,5	-0,2	0,0	0,4	-0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3

^a Saison- und kalenderbereinigte Werte. ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab II/2019: Prognose des ifo Instituts.

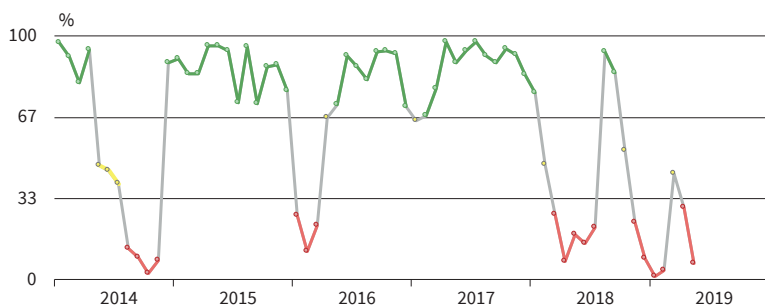
© ifo Institut

Abb. 3.3
ifo Konjunkturumfrage Deutschland
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Abb. 3.4
ifo Konjunkturampel Deutschland
Monatliche Wahrscheinlichkeit für eine expansive Wirtschaftsentwicklung^a



^a Grün = hoch, gelb = mittel, rot = niedrig. Berechnet auf Basis der monatlichen Änderungen des ifo Geschäftsklimaindex Deutschland.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

keiten für die Konjunkturphase »Expansion« umsetzt (vgl. Abberger und Nierhaus 2010), befindet sich seit November 2018 nahezu kontinuierlich im roten Bereich (vgl. Abb. 3.4). Damit kann also nicht mit einer allzu kräftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gerechnet werden. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass es durch den Wegfall des Sondereffekts zu Jahresbeginn verwendungsseitig zu einem Rückpralleffekt bei den privaten Konsumausgaben und entstehungsseitig im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe kommen wird. Daher dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im zweiten Vierteljahr 2019 mit -0,1% sogar gesunken sein (vgl. Tab. 3.1).

Im weiteren Jahresverlauf 2019 dürfte sich der gesamtwirtschaftliche Produktionszuwachs mit 0,3% wieder beschleunigen, wenngleich dieses Wachstum unter der Potenzialrate liegt. Die deutsche Industrie dürfte nur allmählich aus der Rezession kommen, und auch die Gangart in den Dienstleistungsbereichen dürfte

sich etwas verlangsamen. Der Zuwachs bei den privaten Konsumausgaben dürfte sich fortsetzen, wozu der anhaltende Beschäftigungsaufbau und die zu erwartenden Realeinkommensgewinne positiv beitragen werden. Vom Außenhandel dürfte nur ein marginal positiver Beitrag ausgehen, und auch bei den Ausrüstungsinvestitionen ist eher mit einer moderaten Gangart zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2019 wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 0,6%, nach 1,4% im Vorjahr, expandieren, obgleich die konjunkturelle Grunddynamik, ausgedrückt in der Jahresverlaufsrate, mit 1,0% höher ausfallen dürfte (vgl. Tab. 3.2 und Abb. 3.5); der Auslastungsgrad der deutschen Wirtschaft wird spürbar abnehmen. Damit wird in der vorliegenden Prognose die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2019 im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom März 2019 unverändert belassen

(vgl. Kasten: Zur Revision der ifo Prognose vom März 2019). Im kommenden Jahr wird der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung voraussichtlich 1,7% betragen, was aber durch einen Kalendereffekt in Höhe von 0,4 Prozentpunkten überzeichnet wird. Die konjunkturelle Grunddynamik, ausgedrückt als Jahresverlaufsrate, fällt mit 1,4% relativ schwach aus, so dass die deutsche Wirtschaft ohne Schwung in das kommende Jahr gehen und die gesamtwirtschaftliche Auslastung unverändert bleiben dürfte. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom März 2019 wurde die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2020 um 0,1 Prozentpunkte nach unten korrigiert.

Tab. 3.2
Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

	2017	2018	2019	2020
Statistischer Überhang ^a	0,5	0,8	0,0	0,4
Jahresverlaufsrate ^b	2,8	0,6	1,0	1,4
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	2,5	1,5	0,7	1,3
Kalendereffekt ^c	-0,3	0,0	0,0	0,4
Jahresdurchschnittliche Veränderung	2,2	1,4	0,6	1,7

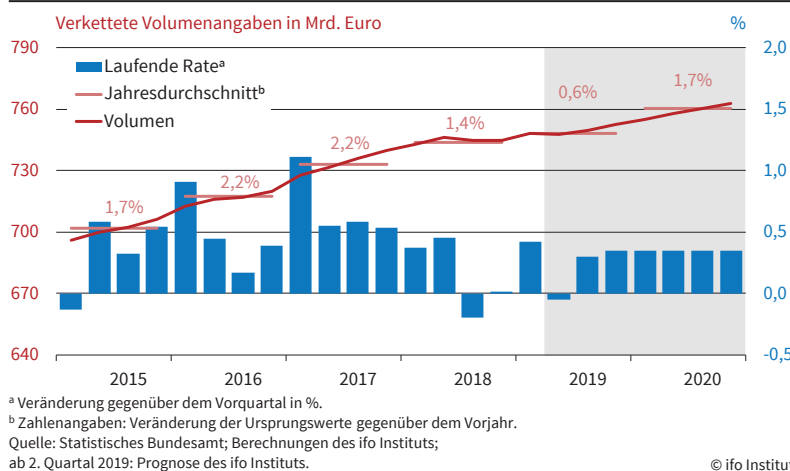
^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. ^b Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. ^c In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.5

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



In Folge der deutlich weniger dynamischen Produktionsentwicklung dürfte sich der Beschäftigungsaufbau abschwächen. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2019 mit voraussichtlich 433 000 Personen weniger stark zunehmen als im Vorjahr. Im Jahr 2020 dürfte der Zuwachs noch ca. 247 000 Personen betragen. Die Zahl der Arbeitslosen wird im laufenden und im kommenden Jahr nur noch um 93 000 bzw. 59 000 zurückgehen. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) wird im Prognosezeitraum von

vorussichtlich 4,9% auf 4,8% sinken (vgl. Tab. 3.3). Tragende Säule des Beschäftigungsaufbaus wird weiterhin die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sein. Gleichzeitig dürften die Selbständigkeit und die ausschließlich geringfügig Beschäftigung weiterhin rückläufig sein.

Die Verbraucherpreise (gemessen am VPI) dürften im Durchschnitt des laufenden Jahres um 1,5% steigen. Binnenwirtschaftlich dürften die Unternehmen den Lohnkostenschub, der insbesondere durch die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung

in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgelöst wurde, nach und nach an die Verbraucher weitergeben. Zudem ist der gesetzliche Mindestlohn erhöht worden. Im nächsten Jahr dürfte sich die Inflationsrate, im Einklang mit der besseren Konjunktur, auf 1,8% beschleunigen. Die Effektivlöhne dürften im Prognosezeitraum stärker steigen als die Tarifverdienste. Die positive Lohndrift ist insbesondere Ausdruck für die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften, die Arbeitgeber dazu veranlasst, höhere Löhne zu bezahlen, um freie Stellen besetzen und bestehenden Personal halten zu können. Damit werden die tatsächlich gezahlten Verdienste je Arbeitnehmer im laufenden und im kommenden Jahr voraussichtlich um 3,0% bzw. 2,5% zunehmen und somit um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte stärker steigen als die Tariflöhne.

Die Finanzpolitik ist im laufenden Jahr expansiv ausgerichtet. Dazu tragen insbesondere die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, die Ausweitung der Mütterrente in der ersten Jahreshälfte und das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz bei. Es wird erwartet, dass sich der Finanzierungsüberschuss im Jahr 2019 auf rund 49 Mrd. Euro bzw. 1,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt beläuft und sich damit weiterhin Überschüsse in ähnlich hohem Niveau wie im Vorjahr realisieren. Der Expansionsgrad dürfte im Jahr 2020 zurückgehen und insgesamt schwächer

Tab. 3.3

Eckdaten der Prognose für Deutschland

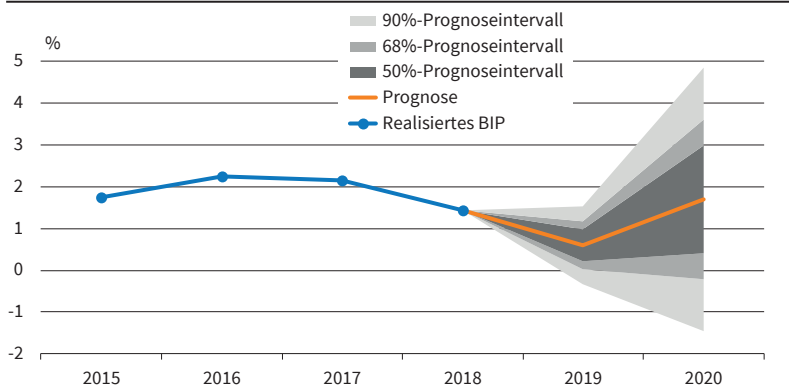
	2017	2018	2019	2020
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % ^a			
Private Konsumausgaben	1,8	1,1	1,4	1,3
Konsumausgaben des Staates	1,6	1,0	1,6	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	2,9	2,6	3,0	2,8
Ausrüstungen	3,7	4,2	2,4	3,1
Bauten	2,9	2,4	4,4	3,0
Sonstige Anlagen	1,3	0,4	0,2	1,7
Inländische Verwendung	2,0	1,9	1,2	1,7
Exporte	4,6	2,0	1,3	3,8
Importe	4,8	3,3	2,8	4,2
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,2	1,4	0,6	1,7
Erwerbstätige ^b (1 000 Personen)	44 269	44 841	45 274	45 521
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 533	2 340	2 247	2 188
Arbeitslosenquote BA ^c (in %)	5,7	5,2	4,9	4,8
Verbraucherpreise ^d (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	1,5	1,8	1,5	1,8
Lohnstückkosten ^e (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	1,5	2,6	3,5	1,3
Finanzierungssaldo des Staates ^f				
- in Mrd. EUR	34,0	57,3	48,7	31,7
- in % des Bruttoinlandsprodukts	1,0	1,7	1,4	0,9
Leistungsbilanzsaldo				
- in Mrd. EUR	261,9	246,2	243,0	251,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts	8,0	7,3	7,0	6,9

^a Preisbereinigte Angaben. ^b Inlandskonzept. ^c Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^d Verbraucherpreisindex (2015 = 100). ^e Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ^f In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2019 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.6

Prognose für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

ausfallen. Positive Impulse sind vor allem aus den Entlastungen bei der Einkommensteuer sowie durch die Ausweitung der investiven Ausgaben der Gebietskörperschaften zu erwarten. Der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss wird im Jahr 2020 voraussichtlich rund 32 Mrd. Euro bzw. 0,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen.

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die

Zur Revision der ifo Prognose vom März 2019

Im Dezember 2018 hatte das ifo Institut die im September abgegebene Prognose für die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2019 von 1,9% auf 1,1% gesenkt (vgl. Wollmershäuser et al. 2018). Maßgeblich für die Prognoserevision war, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion, anders als im September prognostiziert, im dritten Quartal 2018 nicht gestiegen, sondern deutlich gesunken war. In der Automobilindustrie war es aufgrund von unerwartet großen Schwierigkeiten bei der Einführung des neuen Abgastestverfahrens WLTP zu einem massiven Einbruch der Produktion gekommen, der aufgrund des hohen Gewichts des Kfz-Sektors negativ auf die Entwicklung von Wertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt durchgeschlagen hatte. Hinzu kam, dass das ifo Institut in seiner Einschätzung der konjunkturellen Perspektiven für das gesamte Verarbeitende Gewerbe weniger optimistisch als noch im September war. Im Winterhalbjahr 2018/19 würde dieser Wirtschaftsbereich nicht zu alter Stärke zurückfinden. Zu einem Nachholen der ausgefallenen Pkw-Produktion in nennenswertem Umfang würde es aufgrund der sich derzeit weltweit abschwächenden Automobilnachfrage nicht kommen. In der Verlaufsbeurteilung sollte das reale BIP im vierten Quartal 2018 saisonbereinigt lediglich um 0,2% steigen; im ersten Quartal 2019 um 0,4%.

Tab. 3.4

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2019

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Märzprognose		ifo Juniprognose		Prognosekorrektur für 2019	
	Prognosewerte für 2019		Prognosewerte für 2019		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^a	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^a	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	
Inlandsnachfrage	1,3	1,2	1,2	1,1	- 0,1	- 0,1
Privater Konsum	0,9	0,4	1,4	0,7	0,5	0,3
Staatlicher Konsum	2,6	0,5	1,6	0,3	- 1,0	- 0,2
Ausrüstungen	2,3	0,2	2,4	0,2	0,1	0,0
Bauten	3,4	0,4	4,4	0,4	1,0	0,0
Sonstige Anlageinvestitionen	1,9	0,1	0,2	0,0	- 1,7	- 0,1
Vorratsveränderungen	-	- 0,3	-	- 0,6	-	- 0,3
Außenbeitrag	-	- 0,6	-	- 0,5	-	0,1
Ausfuhr	3,6	1,7	1,3	0,6	- 2,3	- 1,1
Einfuhr	5,8	- 2,3	2,8	- 1,1	- 3,0	1,2
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,0

^a Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

In der ifo Konjunkturprognose vom März 2019 wurde das jahresdurchschnittliche Wachstumstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion abermals deutlich zurückgenommen, und zwar auf 0,6% (vgl. Tab. 3.4, sowie Wollmershäuser 2019). Die erneute Abwärtskorrektur war einmal technisch motiviert durch einen geringer als erwartet ausgefallen statistischen Überhang; das reale BIP hatte im vierten Quartal 2018 lediglich stagniert. Hinzu kam die Erwartung, dass die Industrie als Konjunkturmotor das ganze Jahr hindurch weitgehend ausfallen würde. Die weltweite Nachfrage nach deutschen Produkten lasse nach, da die internationale Konjunktur angesichts der fortgesetzten globalen wirtschaftspolitischen Belastungen und Unsicherheiten weiter an Dynamik verliere. Für die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wurde im ersten Quartal 2019 saisonbereinigt ein deutliches Minus erwartet; für das reale BIP eine marginale Zunahme von 0,1%. Allein die binnenwirtschaftlich orientierten Bereiche würden das Abgleiten in eine gesamtwirtschaftliche Rezession verhindern. Kräftige Lohnsteigerungen bei sicheren Beschäftigungsperspektiven, niedrige Inflationsraten, Steuer- und Abgabentlastungen sowie eine Ausweitung der Transferleistungen dürften für ein beträchtliches Realeinkommensplus bei den privaten Haushalten sorgen. Dies beförderte den Konsum der privaten Haushalte und auch die Baukonjunktur, die aufgrund der unverändert niedrigen Zinsen ohnehin lebhaft bleiben dürfte. Alles in allem wäre also eine zweigeteilte Konjunktur zu erwarten.

In der vorliegenden Prognose wird die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2019 unverändert belassen (vgl. Tab. 3.4). Dahinter verbirgt sich aber im ersten Halbjahr ein deutlich revidierter Quartalsverlauf: So ist das reale BIP den ersten amtlichen Ergebnissen zufolge im ersten Quartal 2019 mit 0,4% deutlich rascher gestiegen als im März prognostiziert (+ 0,1%). Zwar war die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe nach der Jahreswende erwartungsgemäß gesunken; der Rückgang fiel mit einer Rate von - 0,9% sogar noch stärker aus als im März prognostiziert. Demgegenüber expandierten aber viele binnenwirtschaftlich orientierten Bereiche deutlich rascher als erwartet (vgl. Kasten: Prognosefehler des ifo Instituts für das erste Quartal 2019 und Erklärungen).

Im zweiten Vierteljahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion, den vorliegenden Indikatoren nach zu urteilen, saisonbereinigt leicht zurückgegangen sein, was gegenüber der im März veranschlagten Prognose (+ 0,4%) eine deutliche Revision nach unten bedeutet. Das zu erwartende Minus bei der Industrieproduktion ist, nach dem Wegfall expansiv wirkender Sondereffekte, aller Voraussicht nach nicht mehr von einem Plus in den übrigen Wirtschaftsbereichen überkompensiert worden, zumal die Schwäche im industriellen Kern auch auf andere Bereiche ausgestrahlt haben dürfte. Erst in der zweiten Jahreshälfte dürfte das reale BIP wieder Fahrt aufnehmen und dann in einem Tempo expandieren, das voraussichtlich etwas hinter dem der Prognose von März 2019 zurückbleibt. Aus diesem Grund wird auch die prognostizierte Jahreswachstumsrate 2020 von 1,8% auf 1,7% zurückgenommen.

Tab. 3.5

Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2019

	Prognosekorrektur = Summe der Spalten (I) bis (V)	Prognoseanpassung ^f				
		Revision ^a der VGR (I)	Prognose- fehler ^b (II)	2. Quartal (III)	3. Quartal (IV)	4. Quartal (V)
Inlandsnachfrage	- 0,1	0,0	- 0,1	0,0	- 0,1	0,0
Privater Konsum	0,5	0,1	0,7	- 0,3	0,0	0,0
Staatlicher Konsum	- 1,0	- 0,2	- 0,9	0,1	0,0	0,0
Ausrüstungen	0,1	0,0	0,2	- 0,1	0,0	0,0
Bauten	1,0	- 0,1	1,1	0,0	0,0	0,0
Sonstige Anlageinvestitionen	- 1,7	0,0	- 1,6	- 0,1	- 0,1	0,0
Vorratsveränderungen ^d	- 0,3	0,0	- 0,3	0,2	- 0,1	0,0
Außenbeitrag^d	0,1	0,0	0,4	- 0,3	0,0	0,0
Ausfuhr	- 2,3	0,0	- 0,7	- 1,6	0,1	0,0
Einfuhr	- 3,0	0,0	- 1,7	- 1,1	0,0	0,0
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,0	0,3	- 0,3	0,0	0,0

^a Beitrag der Revision des Überhangs durch das Statistische Bundesamt. ^b Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das erste Quartal des Jahres 2019 aus der ifo Frühjahrsprognose 2019 und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. ^c Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das zweite bis vierte Quartal des Jahres 2019. ^d Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind Rundungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Die genannten Sondereffekte schlagen sich naturgemäß in den Prognosefehlern (Q1/2019) und in den Prognoseanpassungen (für Q2/2019 bis Q4/2019) der einzelnen BIP-Komponenten nieder (vgl. Tab. 3.5). Verwendungsseitig musste die Prognose für die Jahreswachstumsrate 2019 des privaten Konsums aufgrund der höheren Ausgangsbasis, zu der auch ein höherer statistischer Überhang beiträgt, trotz eines sich abzeichnenden Rückpralleffekts im zweiten Quartal deutlich erhöht werden. Angehoben wird auch die Prognose der

Investitionen in Ausrüstungen und Bauten. Die Prognose für die Investitionen in sonstige Anlagen wurde hingegen aufgrund des überraschend schlechten amtlichen Ergebnisses für das erste Quartal deutlich zurückgenommen. Deutlich gesenkt worden sind auch die jahresdurchschnittlichen Raten für die Ex- und Importe; die Dynamik beider Aggregate zu Jahresanfang ist in der Märzprognose deutlich überschätzt worden. Hinzu kommt eine weitere signifikante Abwärtsrevision der laufenden Raten im zweiten Vierteljahr; hierfür sprechen die schwachen Spezialhandelsergebnisse vom April. Da in der vorliegenden Prognose die jahresdurchschnittliche Rate der Einfuhr etwas stärker zurückgenommen wurde als die der Ausfuhr, steigt der Beitrag des Außenhandels zur Veränderung des realen BIP im Vergleich zur Märzprognose um 0,1 Prozentpunkte. Gesenkt wurde außerdem die jahresdurchschnittliche Rate des öffentlichen Konsums; hier schlägt sich nicht zuletzt eine Abwärtsrevision des statistischen Überhangs aus dem Jahr 2018 nieder. Schließlich wurde auch der Wachstumsbeitrag der Vorratsinvestitionen reduziert; maßgeblich hierfür ist der zwischenzeitlich erfolgte Verkauf zuvor auf Halde geparkter Pkws mit fehlender WLTP-Zertifizierung an Unternehmen und private Haushalte.

zu prognostizierende Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen (vgl. Abb. 3.6). Zur Berechnung der konkreten Intervalle für die Jahre 2019 und 2020 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2018 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne z.B. für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2018 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68%) überdeckt, $\pm 0,6$ Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von 0,6% reicht das Intervall also von 0,0% bis 1,2%. Die Punktprognose von 0,6% stellt den mittleren Wert dar (vgl. orange Linie in Abb. 3.6). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass sich das entsprechende Prognoseintervall auf $\pm 1,9$ Prozentpunkte weitet. Bei der vorliegenden Punktprognose von 1,7% reicht das 68%-Prognoseintervall dann von -0,2% bis 3,6%.

3.3 FINANZPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Finanzpolitik ist im laufenden Jahr expansiv ausgerichtet (vgl. Tab. 3.6). Dazu tragen insbesondere die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte, die Ausweitung der Mütterrente in der ersten Jahreshälfte und das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz bei. Ebenso gehen expansive Impulse von Entlastungen bei der Einkommensteuer, der Erhöhung des Kindergelds und von investiven Maßnahmen wie dem Digitalpakt und dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds aus. Dem stehen restriktive Maßnahmen wie die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte und die Ausweitung der Lkw-Maut entgegen. Insgesamt wird der fiskalische Impuls im laufenden Jahr 24,9 Mrd. Euro bzw. 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen.

Der Expansionsgrad der Finanzpolitik wird im Jahr 2020 auf 15,7 Mrd. Euro bzw. 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zurückgehen. Expansive Impulse gehen hier weiterhin von Entlastungen bei

der Einkommensteuer sowie von einer Ausweitung der investiven Ausgaben der Gebietskörperschaften aus.

3.4 WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN UND RISIKEN

Die Prognose basiert auf der Annahme, dass sich der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent auf durchschnittlich 69,7 US-Dollar in diesem Jahr und 73,2 US-Dollar im kommenden Jahr beläuft (vgl. Tab. 3.7). Außerdem wird angenommen, dass der Euro in diesem und im kommenden Jahr durchschnittlich 1,12 US-Dollar kostet.

Damit dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreisindizes in diesem Jahr verbessern (vgl. Abb. 3.7). Die prognostizierte reale Abwertung in diesem Jahr ergibt sich aus dem Wertverlust des Euro gegenüber dem Renminbi und dem US-Dollar im Winterhalbjahr 2018/19. Unter der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auch im nächsten Jahr verbessern. Dank der im internationalen Vergleich mäßigen Inflationsrate kann Deutschland seine Wettbewerbsposition gegenüber Schwellenländern wie Brasilien, Russland und der Türkei weiter ausbauen.

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, wird die Weltwirtschaft in diesem und auch im nächsten Jahr nur moderat expandieren. Im zweiten Quartal 2019 verliert der ifo Weltnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Prognosen der wichtigen deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Exporte zusammenfasst, zunächst etwas an Tempo (vgl. Abb. 3.7). Ab dem Sommer kehrt er dann zu Expansionsraten zurück, die in etwa dem historischen Durchschnitt entsprechen. Bei alledem wird unterstellt, dass die angesprochenen internationalen Risiken nicht eintreten.

Allerdings haben die Entwicklungen der vergangenen Monate die Eintrittswahrscheinlichkeiten dieser Risiken eher erhöht. So ist es weiter-

Tab. 3.6

Finanzpolitische Maßnahmen^a

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2019	2020
Einnahmen der Gebietskörperschaften^b		
Alterseinkünftegesetz	-1,4	-1,4
Erhöhung Kindergeld, Grund-, Kinderfreibetrag, Verschiebung Tarifeckwerte	-4,4	-5,2
Altkapitalerstattungen 2008 und 2009 ^c	0,1	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-2,1	-1,5
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	-0,6	-0,2
Steuerliche Förderung von F&E-Ausgaben		-0,8
Kfz-Steuer: Abgaswerteneuberechnung	0,1	0,1
LKW-Maut (Ausweitung auf alle Bundesstraßen und Anhebung der Mauttarife zum 1. Januar 2019)	1,7	0,1
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019	7,2	0,2
Senkung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur GKV um 0,1 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019	-1,0	-0,1
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019	-5,9	-0,2
Ausweitung der Gleitzone bei Midijobs zum 1. Juli 2019	-0,2	-0,2
Änderung der Bemessungsgrundlage von Selbständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung	-0,8	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung		-0,3
Einsparungen bei ALG II durch das Familienentlastungsgesetz	0,1	0,0
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beschäftigte im öffentlichen Dienst	-0,9	0,0
Gute KiTa-Gesetz	-0,5	-0,5
Beihilfen aufgrund von Ernteausfällen von Bund und Ländern	0,0	0,3
Baukindergeld	-0,6	-0,3
Bayerische Eigenheimzulage und Baukindergeld Plus	-0,2	0,0
Starke-Familien-Gesetz	-0,2	-0,8
Aufstockung des BAFöG, Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	-0,2	-0,4
Teilhabechancengesetz	-0,6	-0,1
Familiengeld und Kindergartenzuschuss in Bayern	-0,4	-0,1
Rückführung der Fluthilfemaßnahmen	0,2	0,1
Verteidigung	-3,0	-1,0
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	-0,8	-0,2
Mehrpersönliche innere Sicherheit	-0,3	-0,3
Fonds zur Förderung der Künstlichen Intelligenz	-0,1	-0,2
Investive Ausgaben ^e	-2,1	-1,5
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung ^f	-0,7	-0,2
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	-0,1	0,0
Anpassung der Renten Ost	-0,2	-0,4
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	-0,1	-0,1
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beiträge der Rentenversicherung zur Krankenversicherung der Rentner	-1,4	0,0
Mütterrente II	-3,8	-0,1
Pflegepersonalstärkungsgesetz	-1,7	-0,4
Insgesamt	-24,9	-15,7
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,7	-0,4

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen. ^b Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. ^c Nach dem Übergang vom Anrechnungs- zum Teileinkünfteverfahren bestand für einen Zeitraum von zehn Jahren die Möglichkeit, bei der Ausschüttung von Altkapital Steuerrückerstattungen geltend zu machen. ^d Steuerrechtsänderungen; u. a. Reform der Investmentbesteuerung, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen, Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungsteuer, Betriebsrentenstärkungsgesetz. ^e U. a. Fonds für Breitbandausbau, Digitalpakt, zusätzliche Investitionen in Schienennetz der DB, Rückführung der Fluthilfemaßnahmen, Kaufbonus E-Mobilität, Gemeindeverkehrsfinanzierung, Regionale Strukturpolitik, Förderung ländlicher Räume. ^f Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung, Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der Gesetzlichen Krankenversicherung, Gesetz zur Stärkung der Hilfs- und Heilmittelversorgung, Terminservice- und Versorgungsgesetz.

Quelle: Bundesregierung, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

hin ungewiss, ob der Brexit tatsächlich schon am 31. Oktober vollgezogen wird und welche Form er genau annehmen wird. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass keine Handelsbarrieren zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich entstehen werden. Zudem wird voraussichtlich die US-Administration im November darüber entscheiden, ob Autoimporte aus der EU mit zusätzlichen Zöllen belegt werden. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass die USA auf diese Zollerhöhung verzichten werden.

3.5 BREXIT HINTERLÄSST SPUREN IM AUSSENHANDEL

Im ersten Quartal 2019 legten die preisbereinigten Ausfuhren und Einfuhren nur moderat um 1,0% beziehungsweise 0,7% gegenüber dem Vorquartal zu. Dahinter steht allerdings eine entgegengesetzte Entwicklung bei den Waren und den Dienstleistungen. Während sowohl die Aus- als auch die Einfuhr von Waren kräftige Zuwächse verzeichneten, war der Dienstleistungshandel deutlich rückläufig. Die Dienst-

Tab. 3.7

Annahmen der Prognose
Jahresdurchschnitte

	2018	2019	2020
Ölpreis USD/Barrel (Brent)	71,0	69,7	73,2
Welthandel ^a	3,3	0,6	3,0
Wechselkurs USD/EUR	1,18	1,13	1,12
Hauptrefinanzierungssatz der EZB	0,00	0,00	0,00

^a Preisbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Annahmen des ifo Instituts.

© ifo Institut

leistungsexporte erlitten sogar den stärksten Rückgang seit der Finanzkrise.

Zum Jahresauftakt kam ein signifikanter Impuls für deutsche Exporte aus dem Vereinigten Königreich. Vor dem ursprünglichen Brexit-Termin, dem 29. März, stockten britische Unternehmen vorsorglich ihre Lager auf, weil es unklar war, unter welchen Bedingungen der Handel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ab dem zweiten Quartal 2019 abgewickelt wird. Wegen der hohen Lagerbestände brach der deutsche Warenexport in das Vereinigte Königreich im April um 25% gegenüber dem Vormonat ein. Dieser Brexit-Sondereffekt in Verbindung mit den

rückläufigen ifo Exporterwartungen (vgl. Abb. 3.8) deutet auf einen kräftigen Rückgang der realen Ausfuhren in Höhe von 0,9% im zweiten Quartal hin. Im dritten Quartal dürfte der Export zu seinem Wachstumspfad zurückkehren. Dafür spricht der in den letzten zwei Monaten stärkere Auftragseingang aus dem Ausland für das Verarbeitende Gewerbe. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Exporte mit leicht abnehmenden Raten im Einklang mit der Weltkonjunktur expandieren. Besonders die jüngsten Steuerreformen der französischen Regierung bieten deutschen Unternehmen die Gelegenheit, Exporte von Konsum- und Investitionsgütern nach Frankreich auszuweiten. Alles in allem ist mit einem Anstieg der preisbereinigten Ausfuhren um 1,3% in diesem Jahr und um 3,8% im kommenden Jahr zu rechnen (vgl. Abb. 3.9).

Die reale Einfuhr dürfte im zweiten Quartal um 0,4% zurückgehen, worauf der Aprilwert der Warenimporte hindeutet.

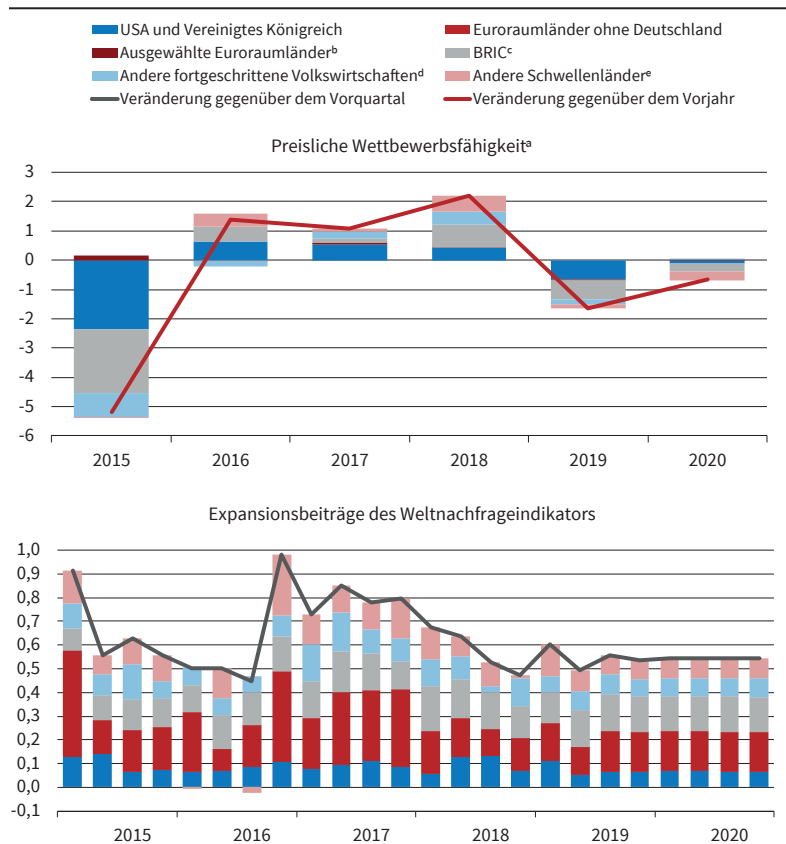
Wegen des schwächeren privaten Konsums und der sinkenden Exporte werden aller Voraussicht nach weniger Konsum- und Vorleistungsgüter eingeführt. Ab dem dritten Quartal werden Importe an ihren Expansionskurs anknüpfen, der sich im Prognosehorizont etwas abflachen wird. Insgesamt werden die realen Einfuhren um 2,8% in diesem Jahr und um 4,2% im nächsten Jahr zulegen (vgl. Abb. 3.10). Die Nettoexporte werden in diesem Jahr rein rechnerisch einen negativen Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts leisten. Im nächsten Jahr wird sich der Außenbeitrag leicht positiv auf die gesamtwirtschaftliche Expansion auswirken (vgl. Tab. 3.8).

Der im Schlussquartal 2018 stark gefallene Rohölpreis verbilligte Importe im ersten Quartal 2019. Weil Exportpreise weitgehend unverändert blieben, verbesserten sich die deutschen Terms-of-Trade im ersten Quartal um 0,9%. Für das zweite Quartal weisen die monatlichen Außenhan-

Abb. 3.7

Exportindikatoren

In % bzw. Prozentpunkten



^a Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

^b Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien. ^c Brasilien, Russland, Indien und China.

^d Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.

^e Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfonds; OECD;

Berechnungen des ifo Instituts; 2019 und 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.8

Frühindikatoren für den Export
Saisonbereinigter Verlauf

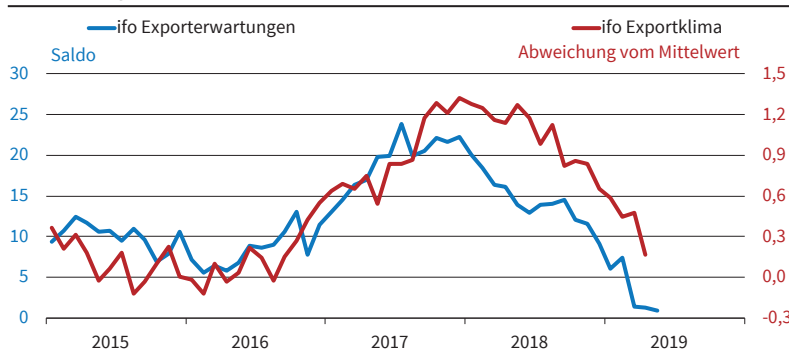


Abb. 3.9

Reale Exporte
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

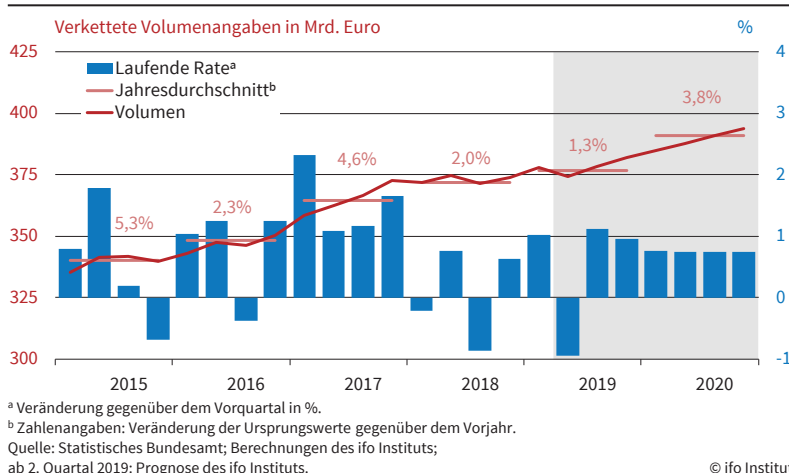
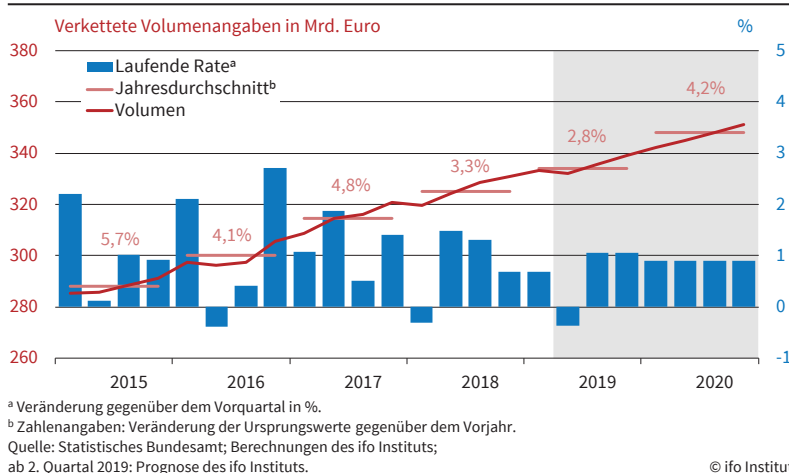


Abb. 3.10

Reale Importe
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



lauf ähnlich wie die Exportpreise entwickeln. Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird 243 Mrd. Euro in diesem Jahr und 251 Mrd. Euro im nächsten Jahr betragen; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ergeben sich 7,0% und 6,9% (vgl. Tab. 3.3).

**3.6 UNTERNEHMENS-
INVESTITIONEN VERLIEREN
AN SCHWUNG**

Die Investitionen der privaten Unternehmen in Maschinen und Geräte, sonstige Anlagen sowie gewerbliche Bauten sind im ersten Quartal des laufenden Jahres saison- und kalenderbereinigt um kräftige 1,9% gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet worden. Maßgeblich hierfür war die spürbare Expansion der Investitionen in gewerbliche Bauten, die im gleichen Zeitraum um gut 3,4% zulegen. Darüber hinaus weiteten die Unternehmen jedoch auch ihre Investitionen in Ausrüstungsgüter deutlich um 2,5% aus.⁵ Zu dieser Entwicklung dürften mehrere Faktoren beigetragen haben. Zum einen kam es zu Nachholeffekten im Rahmen der durch die WLTP-Zertifizierung ausgelösten Produktionsverzögerungen im zweiten Halbjahr 2018. Darauf verweisen der zu Jahresbeginn kräftige Anstieg sowohl der Inlandsumsätze der Kraftfahrzeughersteller als auch der gewerblichen Kfz-Zulassungen. Zum anderen dürfte das verhältnismäßig günstige Wetter im ersten Vierteljahr zu wenig witterungsbedingten Produktionsausfällen in der Bauindustrie geführt haben und sich unterstützend auf die gewerblichen Bauinvestitionen ausgewirkt haben.

den die Unternehmensinvestitionen wohl deut-

delspreise auf eine Verschlechterung der Terms-of-Trade um 0,2% hin, wobei Export- und Importpreise nur mäßig ansteigen werden. Unter der Annahme konstanter Wechselkurse und realer Konstanz des Rohölpreises werden sich die Importpreise im weiteren Ver-

den die Unternehmensinvestitionen wohl deut-

⁵ Die privaten sonstigen Investitionen, zu denen vor allem Ausgaben für Forschung und Entwicklung zählen, gingen im ersten Quartal des laufenden Jahres um gut 0,6% gegenüber dem Vorquartal zurück.

Tab. 3.8

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
 in Prozentpunkten

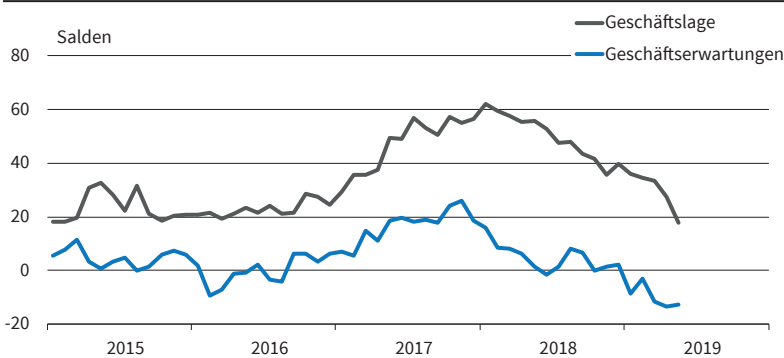
	2017	2018	2019	2020
Konsumausgaben	1,2	0,8	1,0	1,1
Private Konsumausgaben	0,9	0,6	0,7	0,7
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,2	0,3	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,6	0,5	0,6	0,6
Ausrüstungen	0,2	0,3	0,2	0,2
Bauten	0,3	0,2	0,5	0,3
Sonstige Anlagen	0,1	0,0	0,0	0,1
Vorratsveränderungen	0,1	0,5	-0,6	-0,1
Letzte inländische Verwendung	1,9	1,8	1,1	1,6
Außenbeitrag	0,3	-0,4	-0,5	0,1
Exporte	2,1	0,9	0,6	1,8
Importe	-1,8	-1,3	-1,1	-1,7
Bruttoinlandsprodukt^a	2,2	1,4	0,6	1,7

^a Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

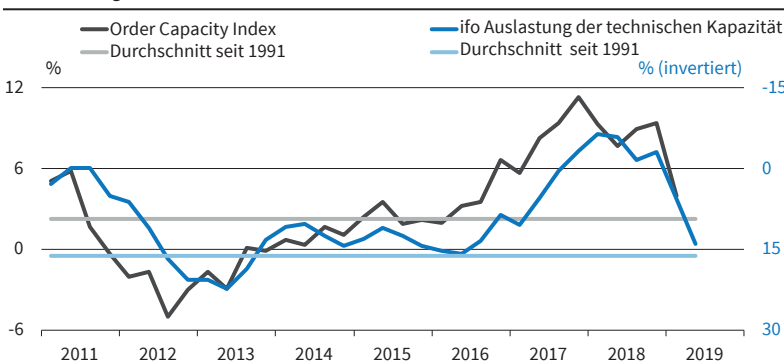
Abb. 3.11

ifo Investitionsgüterproduzenten
 Saisonbereinigter Verlauf


Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Abb. 3.12

Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe
 Saisonbereinigter Verlauf


Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank.

© ifo Institut

lich langsamer expandieren. Zum einen werden die Impulse seitens der privaten Ausrüstungsinvestitionen wohl merklich geringer ausfallen. So dürfte der Nachholbedarf im Rahmen der WLTP-Zertifizierung mittlerweile gedeckt sein. Insbesondere die zuletzt rückläufigen Umsätze der Kraftfahrzeughersteller legen dies nahe. Darüber hinaus kam es in den übrigen für die privaten Ausrüstungsinvestitionen relevanten Wirtschaftszweigen ebenfalls jüngst zu leicht

ten Umsatzrückgängen, und auch die Investitionsgüterproduktion gab nach. Ferner sind die Inlandsaufträge für Investitionsgüter im ersten Quartal gefallen. All dies deutet auf eine lediglich geringe Nachfrage nach Ausrüstungsgütern hin. Vor diesem Hintergrund verschlechterte sich die Geschäftslage der Investitionsgüterproduzenten seit geraumer Zeit merklich (vgl. Abb. 3.11). Zum anderen wird die Ausweitung der Investitionen in gewerbliche Bauprojekte in den kommenden Quartalen wohl deutlich an Schwung verlieren. Dies signalisiert nicht zuletzt der am aktuellen Rand nur leicht anziehende Produktionsindex im Baugewerbe sowie die – nach einem kräftigen Anstieg im Schlussquartal des vergangenen Jahres – nachlassenden Auftragseingänge für gewerbliche Tiefbauprojekte.

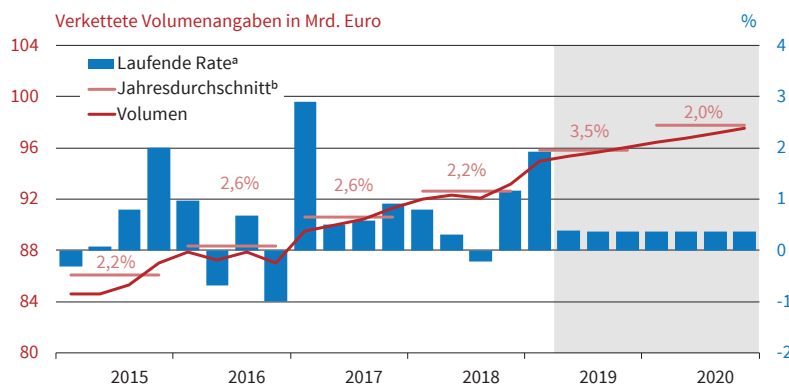
Derzeit sprechen die Rahmenbedingungen jedoch nicht für eine starke Verlangsamung bzw. einen Rückgang der unternehmerischen Investitionstätigkeit. Zum einen sind die Auftragsbücher der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe und der Investitionsgüterproduzenten noch gut gefüllt und die rege Nachfrage nach Unternehmenskrediten weist darauf hin, dass weiterhin rentable Investitionsprojekte vorhanden sind. Zum anderen deuten die jüngst kräftig gestiegenen gewerblichen Kfz-Zulassungen auf wieder stärkere Investitionen in Fahrzeuge hin. Nicht zuletzt haben sich auch die Geschäftserwartungen der Investitions-

güterproduzenten am aktuellen Rand stabilisiert (vgl. Abb. 3.11). Überdies ist die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (gemessen am Order Capacity Index sowie der ifo Auslastung der technischen Kapazitäten) seit Jahresbeginn zwar deutlich gefallen, sie befindet sich jedoch noch über ihrem historischen Mittel (vgl. Abb. 3.12).

Für den weiteren Prognosehorizont legen vor allem der Auftragsanstieg von ausländischen Auf-

Abb. 3.13

Reale Unternehmensinvestitionen
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

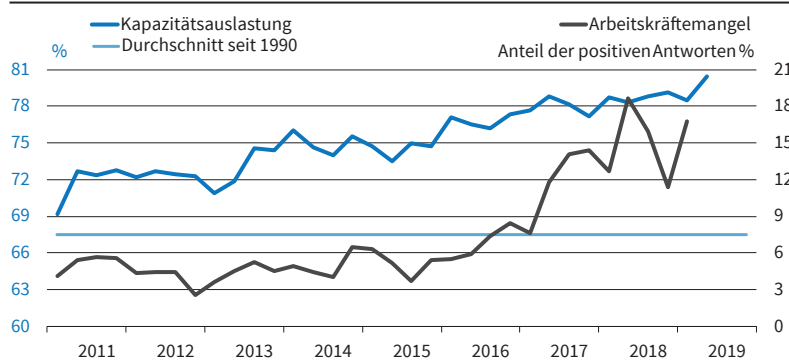


^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.14

Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

traggebern im Verarbeitenden Gewerbe und die anziehenden Exporte nahe, dass die Impulse seitens der Weltkonjunktur wieder etwas stärker ausfallen werden als zuletzt. Dies dürfte sich stützend auf die heimische Investitionstätigkeit auswirken. Der nach wie vor außerordentlich hohe Auftragsbestand für gewerbliche Bauprojekte sollte ferner zu einer Ausweitung der gewerblichen Bauinvestitionen führen. Überdies dürften die unerwartet hohen Erlöse aus der Versteigerung der 5G-Lizenzen positive Effekte auf die staatliche Förderung für den Breitbandausbau – der vor allem im gewerblichen Tiefbau anfällt – haben. Im weiteren Prognosehorizont wird es daher voraussichtlich zu einer verhaltenen, aber stetigen Ausweitung der unternehmerischen Investitionstätigkeit kommen.

Alles in allem dürften die Unternehmensinvestitionen im Durchschnitt des Jahres 2019 um 3,5% zulegen. Für das kommende Jahr ergibt sich im Jahresdurchschnitt eine deutliche Verlangsamung auf lediglich 2,0%.⁶ Bereinigt um die größere Anzahl an

⁶ Die beschleunigte Expansion geht dabei maßgeblich auf Investitionsverschiebungen aus dem zweiten Halbjahr 2018 in das erste Quartal 2019 zurück. Die Dynamik ab dem zweiten Vierteljahr 2019

wenig witterungsbedingten Produktionsausfällen stimuliert werden.

Vor dem Hintergrund der anhaltend vorteilhaften Finanzierungsbedingungen, der günstigen Einkommensentwicklung sowie der nach wie vor hohen Nachfrage nach Wohnraum dürfte die Expansion der Wohnungsbauinvestitionen im weiteren Prognosehorizont anhalten. Das Expansionstempo des vergangenen Jahres wird jedoch voraussichtlich nicht mehr erreicht. So befindet sich die Kapazitätsauslastung in der Bauindustrie gegenwärtig auf einem historischen Höchststand, und einer Ausweitung der Kapazitäten stehen zunehmend Arbeitskräfteengpässe entgegen (vgl. Abb. 3.14).⁷ In Verbindung mit dem in urbanen Zentren knapper werdenden Bauland und den kräftig steigenden Materialkosten dürfte sich daher die zuletzt beobachtete starke Teuerung für Wohnimmobilien fortsetzen; der Deflator der Wohnungsbauinvestitionen legte im Durchschnitt des Jahres 2018 mit 4,5% so stark zu wie seit über zehn Jahren

ist deutlich geringer als im Vorjahr.

⁷ Seit ca. einem Jahr berichten bis zu 20% der vom ifo Institut befragten Bauunternehmen von Produktionsbehinderungen durch Arbeitskräftemangel.

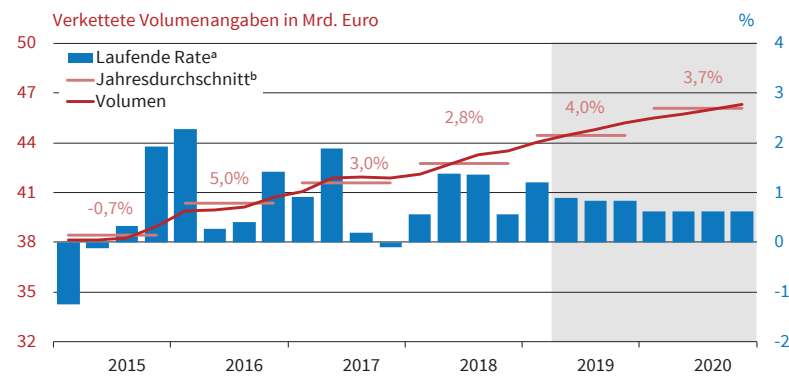
Arbeitstagen ergibt sich eine Zunahme um 1,5% für das Jahr 2020 (vgl. Abb. 3.13).

3.7 WOHNUNGSBAU BLEIBT STÜTZE DER DEUTSCHEN KONJUNKTUR

Nach einer moderaten Ausweitung der Wohnungsbauinvestitionen im Schlussquartal des vergangenen Jahres kam es zu Jahresbeginn 2019 wieder zu einer spürbaren Expansion um (saison- und kalenderbereinigt) 1,2% gegenüber dem Vorquartal. Im laufenden Vierteljahr dürfte sich diese Expansion bei etwas verminderter Dynamik fortsetzen. So liegt die Bauproduktion am aktuellen Rand über dem Durchschnitt des Vorquartals. Insbesondere das für den Wohnungsbau wichtige Ausbaugewerbe konnte die Produktion dabei jüngst deutlich ausweiten. Dahingegen gaben die Auftragseingänge für Wohnbauten im ersten Quartal zwar kräftig nach, jedoch befinden sie sich noch auf hohem Niveau. Überdies dürften auch die Investitionen in Wohnbauten kurzfristig von

Abb. 3.15

Reale Wohnungsbauminvestitionen Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;

ab 2. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

nicht mehr. Dieser Preisaufrtrieb wird im Prognosehorizont voraussichtlich einer noch deutlicheren Ausweitung der Investitionsausgaben für Wohngebäude entgegenstehen.

Insgesamt dürften die Investitionen in Wohnbauten im laufenden Jahr äußerst kräftig um 4,0% gegenüber dem Vorjahr zulegen und somit eine Stütze der deutschen Konjunktur bleiben. Für das kommende Jahr ergibt sich voraussichtlich eine schwächere Expansion um 3,7% (kalenderbereinigt 2,9%) gegenüber dem Vorjahr (vgl. Abb. 3.15). Die konjunkturelle Dynamik zeigt sich dabei vor allem in den Jahresverlaufsraten. Diese beträgt für das Jahr 2018 3,9% und wird voraussichtlich für die Jahre 2019 und 2020 auf 3,8% bzw. 2,5% fallen. Darüber hinaus bleibt die Teuerung für Wohnbauten auf hohem Niveau. Für die Jahre 2019 und 2020 wird der Wohnungsbaudeflator voraussichtlich um 4,7% und 4,2% gegenüber dem Vorjahr zulegen.

In Folge des kräftigen Zuwachses im vergangenen Jahr hat sich der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP abermals erhöht und überschreitet nunmehr das Niveau der Jahre vor Ausbruch der Finanzkrise. Im Prognoseverlauf wird sich dieser Anteil wohl weiter erhöhen. Neben der Zunahme der privaten Investitionstätigkeit werden auch die Investitionen seitens der öffentlichen Hand merklich zu dieser Entwicklung beitragen. Dabei machen sich sowohl die gesteigerten Militärausgaben des Bundes als auch die anziehende Bautätigkeit der Gebietskörperschaften bemerkbar. Somit werden die Bruttoanlageinvestitionen im Prognoseverlauf voraussichtlich spürbar zulegen, obschon sich das Expansionstempo wohl etwas ver-

ringert. Für das Jahr 2019 ergibt sich eine Zunahme um 3,0% gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tab. 3.9). Im kommenden Jahr ergibt sich einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 2,8% (kalenderbereinigt 2,0%). Wie bei den Wohnungsbauminvestitionen zeigt sich die tatsächliche konjunkturelle Dynamik jedoch in den Jahresverlaufsraten. Diese fallen nach 3,0% im Jahr 2018 auf 2,9% und 1,8% in den Jahren 2019 und 2020.

3.8 KRÄFTIGE KONSUMKONJUNKTUR

Der private Konsum hat im zweiten Halbjahr 2018 nahezu stagniert; in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres war er saisonbereinigt mit einer Rate von 0,5% noch recht zügig gestiegen. Zwar expandierten die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den Sommer- und Herbstmonaten weiter kräftig, der vergrößerte reale Ausgabenspielraum wurde aber durch eine ähnlich starke Zunahme der Sparquote nahezu aufgezehrt. Im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Zertifizierungsverfahren WLTP war es zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Auslieferung von neuen Pkw gekommen; zudem dürfte die Diskussion um die Ausweitung von Diesel-Fahrverboten bei potenziellen Neuwagenkunden Kaufzurückhaltung ausgelöst haben.

Nach der Jahreswende kam es zu einem Nachholen von Pkw-Käufen; zudem traten umfangreiche fiskalische Entlastungen für die privaten Haushalte in Kraft: So wurden im Januar der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag erhöht, auch wurde der Steuertarif zum Ausgleich der kalten Progression nach rechts verschoben. Zudem wurden der Beitragsatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozent

Tab. 3.9

Reale Bruttoanlageinvestitionen

Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in % ^a	2017	2018	2019	2020
Bauten	46,2	2,9	2,4	4,4	3,0
Wohnungsbau	28,1	3,0	2,8	4,0	3,7
Nichtwohnungsbau	18,2	2,9	1,8	4,9	1,9
Gewerblicher Bau	12,8	3,1	0,6	4,9	1,7
Öffentlicher Bau	5,4	2,4	4,7	4,9	2,5
Ausrüstungen	35,0	3,7	4,2	2,4	3,1
Sonstige Anlagen	18,8	1,3	0,4	0,2	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	100	2,9	2,6	3,0	2,8

nachrichtlich:

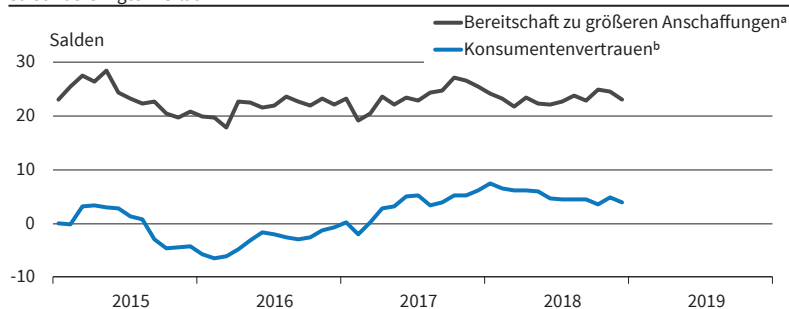
Unternehmensinvestitionen^b 61,2 2,6 2,2 3,5 2,0

^a Bezogen auf das Jahr 2017. ^b Investitionen des nicht-staatlichen Sektors, d.h. private Ausrüstungsinvestitionen und sonstige Anlagen zuzüglich gewerblicher Nichtwohnungsbau.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.16

Indikatoren zur Konsumkonjunktur
 Saisonbereinigter Verlauf


^a Gegenwärtig. ^b Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden zwölf Monaten), Arbeitslosigkeitserwartungen (in den kommenden zwölf Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden zwölf Monaten).
 Quelle: Europäische Kommission.

© ifo Institut

punkte und der durchschnittliche Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,1 Prozentpunkt gesenkt; allerdings wurde der Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte angehoben. Zeitgleich erfolgte in der gesetzlichen Krankenversicherung die Rückkehr zur paritätischen Beitragsfinanzierung. Die seit Jahresmitte 2005 von den versicherten Arbeitnehmern allein geschuldeten Zusatzbeiträge werden nunmehr wieder hälftig von den Arbeitgebern mitgetragen. Bei den monetären Sozialleistungen wirkte sich im ersten Quartal 2019 aus, dass die Mütterrente weiter ausgebaut wurde (Mütterrente II), zudem wurde die Erwerbsminderungsrente erhöht. Alles in allem stieg der reale private Konsum im ersten Vierteljahr 2019 saisonbereinigt um 1,2%, eine höhere Rate (+ 1,7%) wurde zuletzt im Jahresendquartal 2006 (also vor der Mehrwertsteueranhebung 2007) registriert. Zum Konsumplus nach der Jahreswende trug auch bei, dass die Kaufkraft der privaten Haushalte nicht durch steigende Verbraucherpreise geschmälert wurde und die Sparquote gegenüber dem Jahresendquartal zurückgenommen wurde.

Im zweiten Vierteljahr dürfte sich die Expansion des privaten Konsums nicht fortgesetzt haben. Zum einen sind von den zu Jahresanfang in Kraft getretenen fiskalischen Entlastungen keine größeren Impulse mehr ausgegangen, zudem dürfte das Nachholen von Pkw-Käufen, das im ersten Quartal die Verbrauchskonjunktur zusätzlich befördert hatte, wohl zum größten Teil abgeschlossen sein. So lag die Zahl von privaten Haltern neu zugelassenen Pkw saisonbereinigt im Mittel der Monate April und Mai unter dem Durchschnittswert des ersten Quartals. Die realen Einzelhandelsumsätze sind im April sogar eingebrochen; saisonbereinigt lagen sie um 1,9% unter dem Durchschnitt des vorausgegangenen Quartals. Das Konsumentenvertrauen und die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen sind aber nach wie vor auf hohem Niveau (vgl. Abb. 3.16).

In der zweiten Jahreshälfte 2019 dürfte der private Konsum wieder Schwung entfalten. Die gesetzlichen Altersrenten werden zur Jahresmitte erneut

um mehr als 3% erhöht.⁸ Außerdem erfolgt zu diesem Zeitpunkt die zweite Stufe der Angleichung der Ostrenten im Zuge des Rentenüberleitungs-Abschlussgesetzes. Zudem erhalten Familien zehn Euro mehr Kindergeld pro Kind. Für das erste und zweite Kind werden dann monatlich 204 Euro gezahlt, für das dritte Kind 210 Euro und für jedes weitere Kind 235 Euro. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt

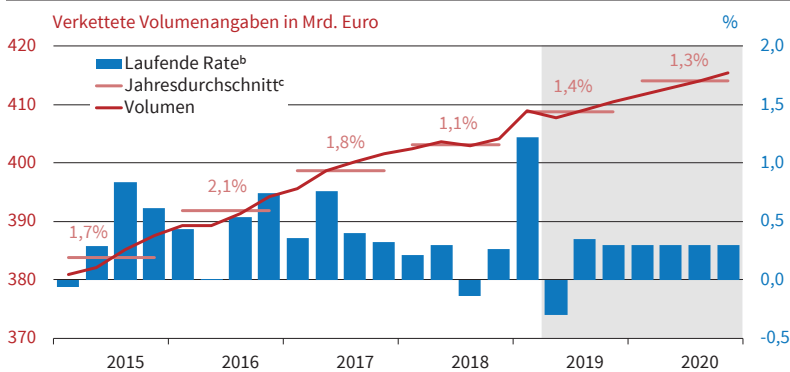
2019 um 3,1% expandieren, real um 1,7%. Bei einer leicht höheren Sparquote ist im Jahresdurchschnitt 2019 mit einer Zunahme des realen privaten Konsums um 1,4% zu rechnen, nach 1,1% im Vorjahr (vgl. Abb. 3.17). Die schnellere Gangart kommt besser in den laufenden Jahresraten zum Ausdruck: So dürfte der private Konsum im Verlauf des Jahres 2019 um 1,6% expandieren, das ist fast dreimal so rasch als im Vorjahr (0,6%).

Der Anstieg des privaten Konsums wird sich im kommenden Jahr aller Voraussicht nach fortsetzen, das Tempo dürfte sich dabei aber etwas verlangsamen. Die Bruttolöhne werden mit 3,2% nicht mehr ganz so dynamisch wie im laufenden Jahr (4,2%) expandieren. Zum einen nehmen die Löhne je Beschäftigten angesichts der etwas weniger schwungvollen Konjunktur mit 2,5% etwas weniger rasch zu als zuvor (3,0%), zudem verlangsamt sich der Beschäftigungsaufbau. Netto steigen die Löhne ebenfalls um 3,2%; so werden Anfang 2020 der Grundfreibetrag und der steuerliche Kinderfreibetrag erneut angehoben. Bei den Transferausgaben schlägt zu Buche, dass die Anpassung der Altersrenten zur Jahresmitte 2020 voraussichtlich nur wenig geringer als im laufenden Jahr ausfällt. Unter Einrechnung der wieder steigenden Gewinnentnahmen und Vermögenseinkommen dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,4% expandieren. Bei leicht steigender Sparquote dürften die Verbrauchsausgaben

⁸ Die für die Rentenanpassung 2019 relevante Lohnsteigerung beträgt 2,39% in den alten Ländern und 2,99% in den neuen Ländern. Neben der Lohnentwicklung schlägt bei der Rentenanpassung der »Nachhaltigkeitsfaktor« zu Buche, der die Veränderung des Verhältnisses von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern berücksichtigt. In diesem Jahr wirkt sich der Nachhaltigkeitsfaktor mit + 0,64 Prozentpunkten positiv auf die Rentenanpassung aus. Darüber hinaus wirkt in diesem Jahr der Faktor »Altersvorsorgeaufwendungen« rentenerhöhend, weil der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung im vergangenen Jahr um 0,1 Prozentpunkte im Vergleich zum Jahr 2017 gesunken ist. Bei der Rentenanpassung für die neuen Bundesländer ist schließlich zu berücksichtigen, dass der aktuelle Rentenwert Ost 2019 96,5% des Westwerts erreichen soll, was in diesem Jahr zusätzlich anpassungssteigernd wirkt. Spätestens am 1. Juli 2024 soll der aktuelle Rentenwert Ost 100% des Westwerts erreichen, so dass ab dann in ganz Deutschland ein einheitlicher Rentenwert gelten wird. Aus alledem folgt eine Rentenerhöhung zur Jahresmitte 2019 von 3,18% in den alten Ländern und von 3,91% in den neuen Ländern (2018 zum Vergleich: alte Länder 3,22%; neue Länder: 3,37%) (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2019).

Abb. 3.17

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte ^a
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^c Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

2020 um 3,2% zulegen, real um 1,3%. Im konjunkturellen Verlauf leistet der private Konsum damit weiterhin einen beträchtlichen Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts.

3.9 PREISE ZIEHEN WEITER AN

Die Verbraucherpreise sind im Frühjahr 2019, nach einer Stagnation im ersten Quartal, merklich gestiegen. Die laufende Rate dürfte im zweiten Quartal bei 0,8% gelegen haben. Maßgeblich hierfür war, dass die Heizöl- und Kraftstoffpreise, die zur Jahreswende eingebrochen waren, zwischenzeitlich wieder deutlich angezogen haben. Aber auch die Kerninflationsrate dürfte sich im zweiten Vierteljahr erhöht haben; hier schlug u.a. der späte Ostertermin im April zu Buche, der die Ticketpreise für Pauschal- sowie für Individualreisen per Bus, Bahn und Flugzeug temporär nach oben katapultierte. Im Durchschnitt des zweiten Quartals dürfte der Verbraucherpreisindex das Vorjahresniveau um 1,6% übertroffen haben; nach 1,4% im ersten Quartal. Ohne Energieträger gerechnet dürfte sich der Preisauftrieb in den Frühjahrsmonaten im Schnitt auf 1,5% belaufen haben, nach 1,2% im ersten Vierteljahr. Dämpfend wirkt sich im Vorjahresvergleich u.a. aus, dass in der zweiten Jahreshälfte 2018 in vier Bundesländern die Gebühren für Kindertagesstätten gänzlich oder teilweise gestrichen worden sind.

Im Prognosezeitraum werden die Preise weiter anziehen. Die Rohölnotierungen verharren annahmestimmig real auf dem zwischenzeitlich erreichten Niveau (vgl. Tab. 3.7), so dass hiervon keine nennenswerten Preis-

wirkungen ausgehen. Binnenwirtschaftlich dürften allerdings die Unternehmen den Lohnkostenschub, der insbesondere durch die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgelöst wurde, allmählich an die Verbraucher weitergeben. Zudem ist der gesetzliche Mindestlohn erhöht worden, Anfang nächsten Jahres steht ein weiterer Schritt bevor. Die Mieten werden angesichts des in Ballungsräumen herrschenden Wohnungsmangels weiter aufwärts tendieren. Bei den Dienstleistungspreisen schlägt zu Buche, dass das Briefporto deutlich angehoben wird. Im Durchschnitt aller Versandarten dürfte sich die Erhöhung auf knapp 11% belaufen. Alles in allem dürfte der Verbraucherpreisindex im Durchschnitt des laufenden Jahres um 1,5% steigen, im nächsten Jahr um 1,8% (vgl. Abb. 3.18). Ohne die Energiekomponente ergeben sich in beiden Jahren ähnliche Raten.

Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts, der die Kosten der inländischen Leistungserstellung misst, dürfte in diesem Jahr um 2,3% steigen, nach 1,9% im Jahr 2018. Maßgeblich für die beschleunigte Entwicklung ist, dass die Lohnstückkosten weiter kräftig zunehmen. Allerdings dürfte der Kostenschub wie schon im vergangenen Jahr von den Unternehmen zunächst durch eine Rücknahme der Stückgewinne teilweise aufgefangen werden, zumal angesichts des vielfach schwierigen Marktumfelds Spielräume für kompensierende Preisanhebungen auf breiter Front derzeit fehlen (vgl. Abb. 3.19). Im nächsten Jahr nimmt aufgrund der wieder steigenden Arbeitsproduktivität der von den Löhnen ausgehende Kostendruck ab, zudem dürften im Zuge der bes-

teigenden Arbeitsproduktivität der von den Löhnen ausgehende Kostendruck ab, zudem dürften im Zuge der bes-

Abb. 3.18

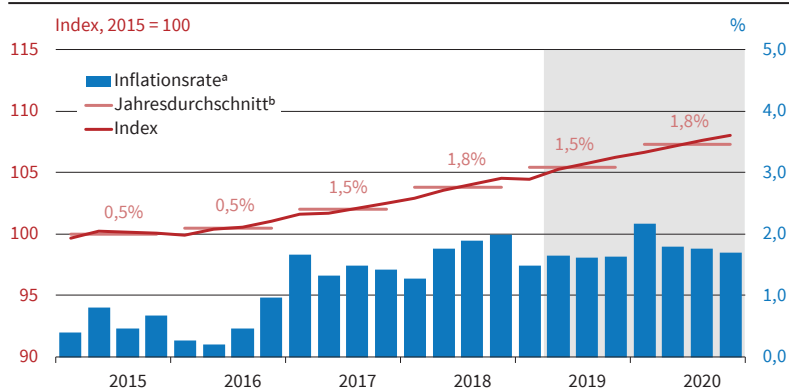
ifo Preiserwartungen der deutschen Wirtschaft^a
Saisonbereinigter Verlauf



^a Erwartete Verkaufspreise im Verarbeitenden Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel und den übrigen Dienstleistungsbereichen in den kommenden drei Monaten; Saldo der prozentualen Anteile "steigen" und "fallen".
Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Abb. 3.19

Verbraucherpreise in Deutschland
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 3.10

BIP-Deflator

Inflationsbeiträge der Komponenten des BIP-Deflators in Prozentpunkten

	2017	2018	2019	2020
BIP-Deflator^a	1,5	1,9	2,3	2,1
Arbeitnehmerentgelte (Inländer) ^b	1,0	1,6	1,9	0,8
Kosteneffekt der Bruttolöhne und -gehälter	0,8	1,4	1,5	0,7
Kosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge	0,2	0,2	0,4	0,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen ^b	0,3	-0,4	-0,6	0,7
Abschreibungen ^b	0,3	0,6	0,8	0,6
Prod.- und Importabgaben abz. Subventionen ^b	0,1	0,2	0,2	0,1
./. Saldo der Primäreinkommen übrige Welt ^b	0,2	0,1	0,1	0,0

^a Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. ^b Je Einheit reales Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

seren Konjunktur die Gewinnmargen der Unternehmen wieder ausgeweitet werden. Der BIP-Deflator dürfte im Jahr 2020 um 2,1% zulegen (vgl. Tab. 3.10).

3.10 WEITERHIN IMPULSE AUS DEM STAATSKONSUM

Im ersten Quartal des laufenden Jahres ging der reale Staatskonsum im Vorquartalsvergleich zurück. Dies dürfte vor allem auf das sehr starke vierte Quartal des vergangenen Jahres zurückzuführen sein, das maßgeblich von Nachholeffekten in Folge der vorläufigen Haushaltsführung zu Jahresbeginn geprägt war. Die Ausweitung der Lkw-Maut zu Jahresbeginn, die zu einem Zuwachs der Verkäufer führte, trug ebenfalls zu diesem Rückgang bei. Aufgrund der expansiven Maßnahmen der Bundesregierung wie beispielsweise dem Pfl-

gestärkungsgesetz und steigenden Ausgaben für Beschäftigte infolge der Parität in der Gesetzlichen Krankenversicherung sowie des im zweiten Quartal wirksamen TV-L-Abschlusses dürfte der Staatskonsum im laufenden Quartal wieder deutlicher steigen und eine Jahresrate von 1,6% erreichen. Für das Jahr 2020 wird mit einer weiteren Ausweitung der Ausgaben gerechnet.

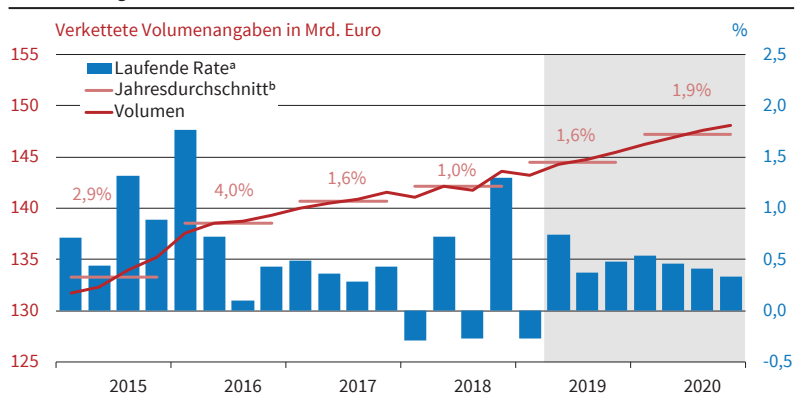
3.11 REZESSION IM VERARBEITENDEN GEWERBE HÄLT AN

Nach der verhaltenen konjunkturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres expandierte das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt zum Jahresauftakt 2019 mit 0,4% unerwartet kräftig (vgl. Tab. 3.11). Maßgeblich hierfür dürften vor allem temporäre Effekte im Nachgang der WLTP-Problematik des vergangenen Jahres sein. So weiteten die privaten Haushalte ihre zunächst im vergangenen Jahr verhaltenen bzw. ausgefallenen Konsumausgaben im ersten Quartal 2019 kräftig aus, was insbesondere die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Bereichs Handel, Verkehr, Gastgewerbe beflügelte (+ 1,4%). Darüber hinaus expandierte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Unternehmensdienst-

die privaten Haushalte ihre zunächst im vergangenen Jahr verhaltenen bzw. ausgefallenen Konsumausgaben im ersten Quartal 2019 kräftig aus, was insbesondere die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Bereichs Handel, Verkehr, Gastgewerbe beflügelte (+ 1,4%). Darüber hinaus expandierte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Unternehmensdienst-

Abb. 3.20

Reale Konsumausgaben des Staats
Saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

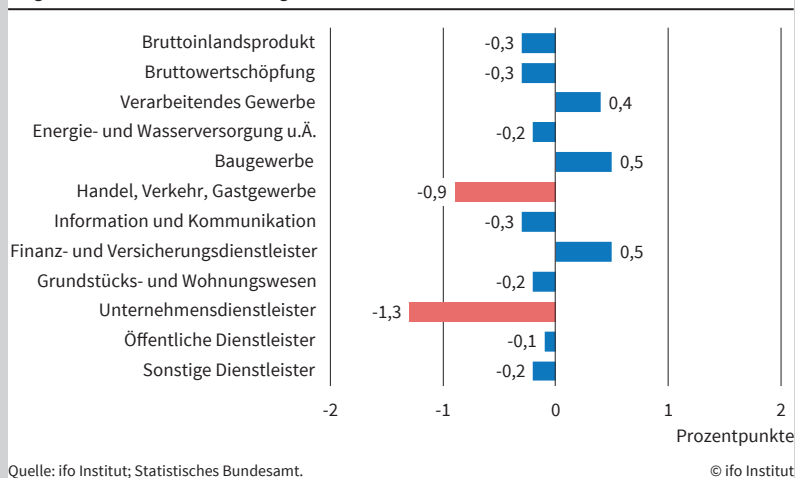
Prognosefehler des ifo Instituts für das erste Quartal 2019 und Erklärungen

In der ifo Konjunkturprognose vom März 2019 wurde der Verlauf des preis-, saison- und kalenderbereinigten BIP des ersten Quartals 2019 mit 0,1% zu pessimistisch eingeschätzt (vgl. Wollmershäuser 2019, sowie Kasten: Zur Revision der ifo Prognose vom März 2019). Die erste Fortschreibung des Statistischen Bundesamts ergab einen Zuwachs von 0,4%. Entstehungsseitig sind hierfür die Fehleinschätzungen der Wertschöpfungsentwicklung im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe und bei den Unternehmensdienstleistern verantwortlich (vgl. Abb. 3.21). Die Prognosefehler – berechnet als Differenz zwischen Prognose und erster Fortschreibung des Statistischen Bundesamts – beliefen sich auf – 0,9 Prozentpunkte im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe und auf – 1,3 Prozentpunkte bei den Unternehmensdienstleistern;¹ die beiden Prognosefehler schlagen damit erheblich auf das Gesamtergebnis beim BIP durch, da beide Wirtschaftsbereiche zusammen einen nominalen Wertschöpfungsanteil im Jahr 2018 von mehr als 27% auf sich vereinten.

Abb. 3.21

Prognosefehler der Entstehungsseite für 2019 -Q1

Vergleich zur ersten Fortschreibung des Statistischen Bundesamts



Beim Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe hat das ifo Institut zwar einen Zuwachs (+ 0,5%) erwartet; dieser wurde aber nach Maßgabe der ersten Fortschreibung deutlich unterschätzt (+ 1,4%). Bei den Unternehmensdienstleistern kam der vom Bundesamt veröffentlichte kräftige Zuwachs (+ 1,0%) unerwartet, da in der ifo Frühjahrsprognose von einem Rückgang ausgegangen wurde (– 0,3%). Überraschend ist dieses Ergebnis insbesondere deshalb, weil die Wert-

schöpfung der deutschen Industrie, die in der Regel eng mit der Wertschöpfung der Unternehmensdienstleister korreliert ist, gleichzeitig kräftig gesunken ist, was in der ifo Frühjahrsprognose weitgehend vorhergesagt wurde (Prognose: – 0,5%, erste Fortschreibung: – 0,9%).

Der Prognosefehler beim Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe ist eng verbunden mit dem zu niedrig eingeschätzten Wachstum der Konsumausgaben der privaten Haushalte, die mit 1,2% sogar mehr als doppelt so stark expandierten als in der ifo Frühjahrsprognose veranschlagt (0,5%). Beide Aggregate werden – im Zusammenspiel mit der industriellen Entwicklung – aufeinander abgestimmt, um ein plausibles Bild zwischen Verwendungs- und Entstehungsrechnung abzuleiten. Zur kräftigen Ausweitung der privaten Konsumausgaben dürfte insbesondere ein temporärer Effekt im Nachgang der WLTP-Problematik beigetragen haben. Die aufgrund des fehlenden WLTP-Zertifikats im Lager aufgelaufenen Kraftfahrzeuge (Wachstumsbeitrag der Vorratsveränderungen in Q3-2019: 0,8 Prozentpunkte) konnten im Verlauf des vergangenen Winterhalbjahres allmählich verkauft werden, wofür auch der kräftige Lagerabbau von – 0,6 Prozentpunkten im ersten Vierteljahr 2019 spricht. Spiegelbildlich lässt sich diese Entwicklung auch an der Sparquote ablesen, die von 10,0% im ersten Vierteljahr 2018 auf 10,8% im Schlussquartal stieg. Zu Jahresbeginn 2019 sank sie spürbar auf 10,5%, da die privaten Halter nunmehr ihre Kraftfahrzeugkäufe tätigen konnten. Folglich ist die Ausgabenkomponente Verkehr, Nachrichtenübermittlung derjenige Verwendungszweck, der zu Jahresbeginn am kräftigsten expandierte (3,1% gegenüber dem Vorquartal). Für die entstehungsseitige Berechnung sind u.a. die Umsätze in den beiden Handelsstufen Einzel- und Kfz-Handel maßgebend (vgl. Statistisches Bundesamt 2017). Auch hier zeigen sich zu Jahresbeginn 2019 kräftige Zuwächse, nach einer eher verhaltenen Entwicklung der realen Umsätze im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2018. So sind die realen Kfz- und Einzelhandelsumsätze zusammen im Durchschnitt des ersten Quartals des laufenden Jahres saison- und kalenderbereinigt um 1,9% gegenüber dem Vorquartal gestiegen, nach einem Rückgang im dritten Quartal (– 0,5%) und einem leichten Anstieg um 0,8% im vierten Vierteljahr 2018. Maßgeblich für die spürbare Expansion dieses Umsatzaggregats waren u.a. die Positionen Handel mit Kraftwagen sowie Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen). Die gesteigerten Handelsumsätze mit Kraftfahrzeugen spiegeln sich auch

¹ Der Fehler bei der Prognose der Bruttowertschöpfung der Unternehmensdienstleister ist sogar signifikant größer als die durchschnittliche historische Fehleinschätzung des ifo Instituts ist (vgl. Fobbe und Lehmann 2016).

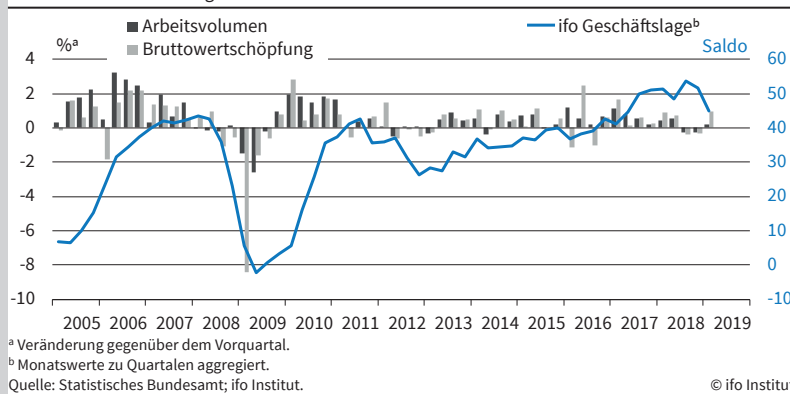
nachgelagert in den Kfz-Neuzulassungen privater Halter wider, die im ersten Quartal 2019 saisonbereinigt um 12,7% gegenüber dem Vorquartal zulegen.

Zusätzlich zu diesem temporären Effekt im Handel trug das Gastgewerbe zum Wachstum im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe bei. Trotz des geringsten Anteils von knapp 10% an diesem Wirtschaftsbereich schlug der Zuwachs der realen Gastgewerbeumsätze von 1,6% im ersten Quartal 2019 gegenüber dem Vorquartal erheblich zu Buche. Dabei kam der Impuls vielmehr aus der Beherbergung (realer Umsatzzuwachs um 2,1% mit einer kräftigen Expansion im Bereich Hotels, Gasthöfe und Pensionen) als aus der Gastronomie (realer Umsatzanstieg 0,8%). Dieser spürbare Anstieg im Gastgewerbe wurde in der ifo Frühjahrsprognose 2019 ebenfalls unterschätzt.

Um den Prognosefehler bei den Unternehmensdienstleistern zu verstehen, wird sich erneut der Methodenbeschreibung des Statistischen Bundesamts (2017) bedient. Demnach stehen bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich »keine direkten wirtschaftszweigspezifischen Output-Angaben zur Verfügung« (vgl. Statistisches Bundesamt 2017, S. 43). Vielmehr erfolgt die Fortschreibung der preisbereinigten Vorjahresergebnisse auf Basis des vom Institut für Arbeitsmarktforschung (IAB) ermittelten Arbeitsvolumens. Da in der Prognose in aller Regel Verlaufsdaten dargestellt sind, zeigt der Vergleich in Abbildung 3.22, dass die Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung und des Arbeitsvolumens gegenüber dem Vorquartal unmittelbar miteinander zusammenhängen und beide in den letzten Quartalen spürbar an Dynamik verloren haben. Die Abschwächung der Dynamik wird außerdem von der ifo Geschäftslage der Unternehmensdienstleister² angezeigt, die seit spätestens Juli 2018 rückläufig ist.

Abb. 3.22

Entwicklung ausgewählter Kenngrößen für die Unternehmensdienstleister
Saison- und kalendereinigter Verlauf



Die Darstellung der Verlaufsdaten sowie der ifo Geschäftslage suggeriert, dass die konjunkturelle Grunddynamik der Unternehmensdienstleister eher als schwach bezeichnet werden kann, so dass die kräftige Verlaufsrate bei der Bruttowertschöpfung im ersten Quartal 2019 einer Erklärung bedarf, zumal das Arbeitsvolumen nahezu stagnierte. Ein Blick in die Konjunkturstatistik im

Dienstleistungsbereich deutet darauf hin, dass der kräftige Anstieg wohl auch durch den beobachteten Sondereffekt im Nachgang der WLTP-Problematik erklärt werden kann. Hierbei zeigt sich im Aggregat der Unternehmensdienstleister³ keine erhebliche Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivität, gemessen an den nominalen saison- und kalenderbereinigten Umsätzen, zu Jahresbeginn 2019. Nach zweimaligem Zuwachs um 0,8% im dritten und vierten Quartal 2018, stieg der nominale Umsatz im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres um 1,0% gegenüber dem Vorquartal. Jedoch offeriert ein tieferer Blick in die Konjunkturstatistik, dass besonders ein Wirtschaftsbereich zum Jahresauftakt maßgeblich zum Umsatzwachstum beigetragen hat: WZ08-77 – Vermietung von beweglichen Sachen. Nach nominalen Umsatzrückgängen in Höhe von – 1,5% und – 0,4% im dritten bzw. vierten Quartal 2018, verbuchte dieser Bereich einen kräftigen Umsatzanstieg von 2,6% im ersten Quartal des laufenden Jahres.⁴ Im Zusammenhang mit dem bei den privaten Konsumausgaben aufgetreten Sondereffekt im Nachgang von WLTP kann es u.U. möglich sein, dass dieser Bereich ebenfalls positiv beeinflusst wurde aufgrund der Flottenerneuerungen diverser Autovermieter, die in diesem Aggregat enthalten sind. Dafür sprechen auch die Kfz-Neuzulassungen gewerblicher Halter im ersten Quartal 2019, die saison- und kalenderbereinigt um 13,6% gegenüber dem Schlussquartal 2018 gestiegen sind.

² Bei der Geschäftslage Unternehmensdienstleister handelt es sich um ein gewichtetes Mittel der Lagesalden für die Wirtschaftsbereiche M und N (WZ08-M: Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen; WZ08-N: Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen). Als Gewicht dienen die zwischen 2005 und 2017 durchschnittlich beobachteten nominalen Wertschöpfungsanteile der beiden Wirtschaftsbereiche an deren gemeinsamer Summe. Demnach entfällt 56,6% der Wertschöpfung auf den Wirtschaftsbereich M und die restlichen 43,4% auf den Bereich N.

³ Da seitens der amtlichen Statistik ein Umsatzaggregat für die Unternehmensdienstleister nicht explizit ausgewiesen wird, erfolgte die Gewichtung analog zur ifo Geschäftslage auf Basis der durchschnittlichen nominalen Wertschöpfungsanteile der Jahre 2005 bis 2017.

⁴ Auch die Umsätze für den Bereich Vermietung beweglicher Sachen mussten selbständig berechnet werden, da dieses Aggregat seitens der amtlichen Statistik nicht separat ausgewiesen wird. Hierfür wurden zunächst die Wachstumsbeiträge der übrigen Wirtschaftsbereiche – basierend auf nominalen Wertschöpfungsanteilen aus dem Jahr 2017 – berechnet und anschließend das Residuum als Wachstumsbeitrag des Bereichs WZ08-77 interpretiert. Auf diesen resultierenden Beitrag wurde dann der nominale Wertschöpfungsanteil angewandt, um die Verlaufsrate zu generieren.

Tab. 3.11

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen^a

Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2018				2019		
	Q1	Q2	Q3	Q4	I	II	III
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,5	- 0,2	0,0	0,4	- 0,1	0,3
darunter:							
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,3	0,3	- 0,1	0,1	0,4	- 0,1	0,3
darunter:							
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	- 0,5	0,2	- 0,9	- 0,8	- 0,7	- 0,9	- 0,1
darunter:							
Verarbeitendes Gewerbe	- 0,6	0,3	- 1,3	- 0,6	- 0,9	- 1,0	- 0,1
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	- 0,2	- 1,3	2,4	- 3,1	1,3	- 0,5	0,3
Baugewerbe	0,9	1,0	0,8	1,8	0,2	0,9	0,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,7	0,7	- 0,3	0,4	1,4	- 0,4	0,6
Information und Kommunikation	1,1	0,5	0,9	1,0	0,7	0,6	0,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 0,2	0,2	0,2	1,1	- 0,4	0,2	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	- 0,4	0,4	0,2	0,5	0,3	0,4
Unternehmensdienstleister	0,9	0,7	- 0,4	- 0,3	1,0	- 0,4	- 0,2
Öffentliche Dienstleister	0,6	0,0	0,7	0,2	0,6	0,5	0,4
Sonstige Dienstleister	- 0,1	0,6	0,0	- 0,1	0,3	0,1	0,1

^a Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt

Quelle: Statistisches Bundesamt; II/2019 und III/2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2019

leister mit 1,0% gegenüber dem Vorquartal spürbar, was bei anhaltender Rezession im Verarbeitenden Gewerbe (- 0,9%) ungewöhnlich erscheint. In der ifo Konjunkturprognose vom März 2019 wurde hingegen von einer verhaltenden Entwicklung (0,1%) der deutschen Wirtschaft ausgegangen, da eine Vielzahl von Indikatoren (z. B. der ifo Geschäftsklimaindex und die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe) diese langsame Grunddynamik andeuteten (vgl. Kasten: Prognosefehler des ifo Instituts für das erste Quartal 2019 und Erklärungen).

Grundlage für die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Leistung im zweiten und dritten Quartal 2019 sind monatlich verfügbare Frühindikatoren. Neben Angaben der amtlichen Statistik (z.B. Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe und der Produktionsindex) wird den Ergebnissen der ifo Konjunkturumfrage eine besondere Rolle beigemessen (vgl. Carstensen et al. 2009). Auf Basis des vom ifo Institut verwendeten Indikatorenansatzes dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Vierteljahr des laufenden Jahres um 0,1% schrumpfen und im dritten Quartal 2019 wieder um 0,3% zulegen. Abbildung 3.23 zeigt die Häufigkeitsverteilung der im Rahmen des Pooling-of-Forecasts-Ansatzes gewonnenen Quartalsschätzungen der BIP-Zuwachsrates, die sich in der Vergangenheit als äußerst treffsicher erwiesen hat (vgl. Fobbe und Lehmann 2016).

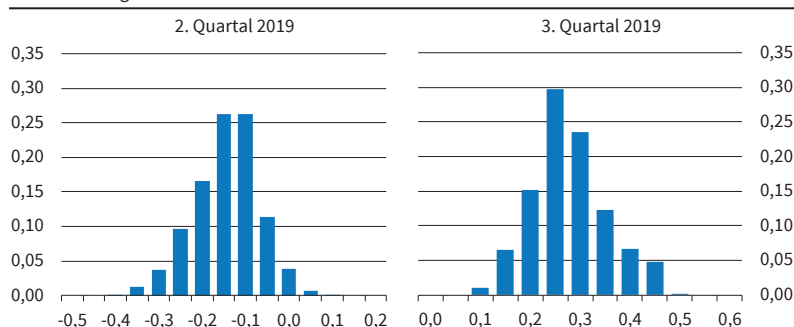
Im zweiten Quartal des laufenden Jahres dürfte es aufgrund des Auslaufens des Son-

dereffekts des ersten Quartals zum Ausbleiben zusätzlicher Wertschöpfungsimpulse kommen. Das Verarbeitende Gewerbe dürfte in der Rezession verbleiben und der Rückgang der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 1,0% recht kräftig ausfallen. Dafür sprechen mehrere Frühindikatoren. Zum einen ist nach aktuellem Rechenstand die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im April 2019 gegenüber dem Vormonat um 2,5% geschrumpft; dies entspricht in der Quartalsbetrachtung einem Rückgang um 2,1%. Der Rückgang manifestiert sich dabei über die wesentlichen Industriegüter hinweg. Mit - 5,0% fällt der Rückgang am kräftigsten in der Fahrzeugindustrie (ohne Sonstigen Fahrzeugbau) aus, gefolgt von der Metallindustrie mit - 2,3% und dem Maschinenbau, wo die Produktion um 1,8% gesunken ist. Da im Januar und Februar 2019 die Auftragseingänge auch kräftig gefallen sind, kann nicht davon ausgegangen werden, dass der Produktionseinbruch von April 2019 in den Monaten Mai und Juni wieder aufgeholt wird. Zum anderen deuten die ifo Befragungsindikatoren aus dem Verarbeitenden

Abb. 3.23

Verteilung der Modellprognosen für das reale Bruttoinlandsprodukt^a

Relative Häufigkeit

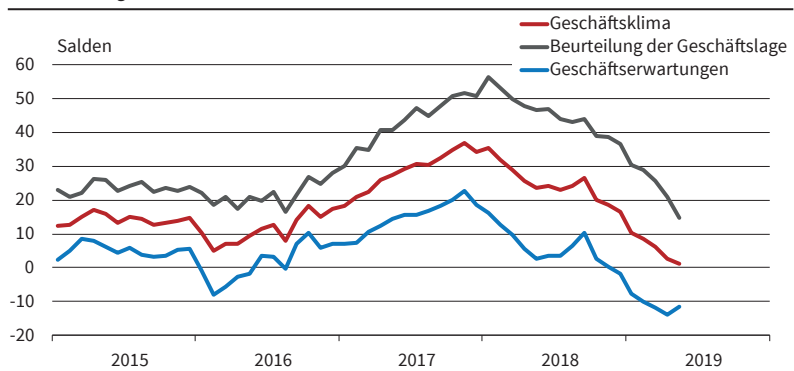
^a Verteilung der sich im Rahmen eines Kombinationsansatzes ergebenden Veränderungsrates des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorquartal; vgl. Carstensen et al. (2009).

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.24

ifo Konjunkturumfrage Verarbeitendes Gewerbe
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Gewerbe auf eine lahrende Industriekonjunktur hin. Abbildung 3.24 verdeutlicht die sich seit Anfang 2018 eintrübende Lageeinschätzung der deutschen Industriefirmen, wobei sich auch die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate bis April dieses Jahres verschlechterten.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Baugewerbe ist im ersten Quartal 2019 mit 0,2% nur sehr verhalten gestiegen, obgleich die Bauinvestitionen recht kräftig expandierten (1,9%). Möglicherweise handelt es sich dabei um einen Rückpralleffekt ausgehend von der starken Ausweitung der Wertschöpfung im Schlussquartal 2018. Die Indikatoren für das Baugewerbe deuten darauf hin, dass die Zuwächse bei der preisbereinigten Bruttowertschöpfung weiterhin kräftig ausfallen dürften, wenngleich die Dynamik im Jahresverlauf etwas nachlassen dürfte. Im April 2019 ist die Produktion mit 0,2% nur noch moderat gestiegen; im Vergleich zum Durchschnitt des Vorquartals entspricht dies einem Anstieg um 1,4%. Die ifo Geschäftslage im Bauhauptgewerbe liegt weiterhin auf sehr hohem Niveau. In der Gesamtschau der Indikatoren dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im zweiten Quartal 2019 um 0,9% expandieren.

Die diversen Dienstleistungsbereiche sind im zweiten Quartal 2019 durch unterschiedliche Entwicklungen gekennzeichnet. Durch das Auslaufen des Konsumimpulses des ersten Vierteljahres 2019 ist davon auszugehen, dass diese Konsumausgaben im zweiten Vierteljahr fehlen, wodurch die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe um 0,4% sinken dürfte. Darauf deutet auch die jüngste Entwicklung im Einzelhandel hin. Im April 2019 verbuchten die Einzelhändler einen realen Umsatzrückgang gegenüber dem Durch-

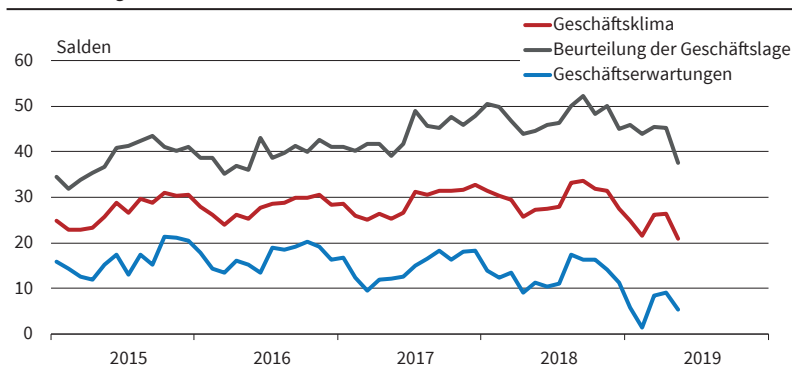
schnitt des ersten Quartals um 1,8%. Hinzu kommt, dass der Verkehrssektor weiterhin durch die schwache Industriekonjunktur gebremst wird. Darüber hinaus wird weiter an der Vorstellung festgehalten, dass die Unternehmensdienstleister durch die lahrende Industriekonjunktur mehr und mehr beeinträchtigt werden und die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich im zweiten Quartal um 0,4% sinken dürfte. Hierfür sprechen

auch die schwachen Zulassungszahlen gewerblicher Halter, die im April 2019 gegenüber der mittleren Zulassungszahl des ersten Quartals 2019 um 4,4% gesunken sind. Alle anderen Dienstleistungsbereiche werden ihre Wertschöpfung hingegen voraussichtlich ausweiten.

Im dritten Quartal 2019 dürfte sich die Zuwachsrate des preisbereinigten BIP wieder auf 0,3% beschleunigen, da insbesondere die zu Jahresbeginn beobachteten Rückgänge bei den Neuaufträgen im Verarbeitenden Gewerbe im März und April 2019 vorerst gestoppt wurden und die Geschäftserwartungen im Mai 2019 wieder gestiegen sind. Dennoch dürfte die deutsche Industrie die Rezession nur allmählich verlassen, da die Zuwächse bei den Aufträgen eher moderat ausfielen. Getragen werden die Neuaufträge aber ausschließlich durch die wieder anziehende Auslandsnachfrage; die Neuaufträge aus dem Inland fallen seit Jahresbeginn 2019. Das Baugewerbe dürfte weiterhin Impulse liefern, wenngleich die seit Januar 2019 rückläufigen Auftragseingänge eine moderatere Gangart vermuten lassen. Der Zuwachs bei den konsumnahen Dienstleistern dürfte sich normalisieren und die Entwicklung bei den Unternehmensdienstleistern wird voraussichtlich schwach bleiben. Insgesamt ist mit einer langsameren Gangart der Dienstleistungskonjunktur in Deutschland zu rechnen, da sich sowohl die

Abb. 3.25

ifo Konjunkturumfrage Dienstleistungen
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

ifo Geschäftslage als auch die ifo Geschäftserwartungen im Dienstleistungsbereich seit nunmehr Jahresmitte 2018 trendmäßig verschlechtern (vgl. Abb. 3.25).

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt dürfte damit im Jahresdurchschnitt 2019 um 0,6% expandieren (vgl. Abb. 3.5); kalenderbereinigt ergibt sich ein Zuwachs von 0,7% (vgl. Tab. 3.2). Für das Jahr 2020 wird der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung voraussichtlich 1,7% betragen, was aber durch einen Kalendereffekt in Höhe von 0,4 Prozentpunkten überzeichnet wird. Die konjunkturelle Grunddynamik, ausgedrückt als Jahresverlaufsrate, fällt mit 1,4% relativ schwach aus, so dass die deutsche Wirtschaft ohne Schwung in das kommende Jahr gehen dürfte. Damit wird die Auslastung der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr voraussichtlich spürbar abnehmen und im kommenden Jahr weitgehend unverändert bleiben.

3.12 BESCHÄFTIGUNGS-AUFBAU VERLIERT AN FAHRT

Im ersten Quartal 2019 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Vergleich zum Vorquartal um 148 000 Personen zu. Diese Beschleunigung im Vergleich zu den Vorquartalen ist auf einen kräftigen Anstieg der Erwerbstätigkeit im Januar zurückzuführen, dem ein vergleichsweise starker Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Baugewerbe und in den Dienstleistungsbereichen zugrunde liegt (vgl. Abb. 3.26). Mit Ausnahme des Baugewerbes, das sich einer weiterhin starken Baukonjunktur gegenüber sieht, hat sich das Tempo des Beschäftigungsaufbaus in den vergangenen Monaten allerdings verlangsamt. Zum einen hat sich in Folge der Schwäche der Industrie der Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe drastisch abgeschwächt, so dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im März saisonbereinigt sogar stagnierte. Zum anderen hat sich die Dynamik im Dienstleistungssektor merklich im Vergleich zu den hohen Zuwächsen der vergangenen Jahre verlangsamt.

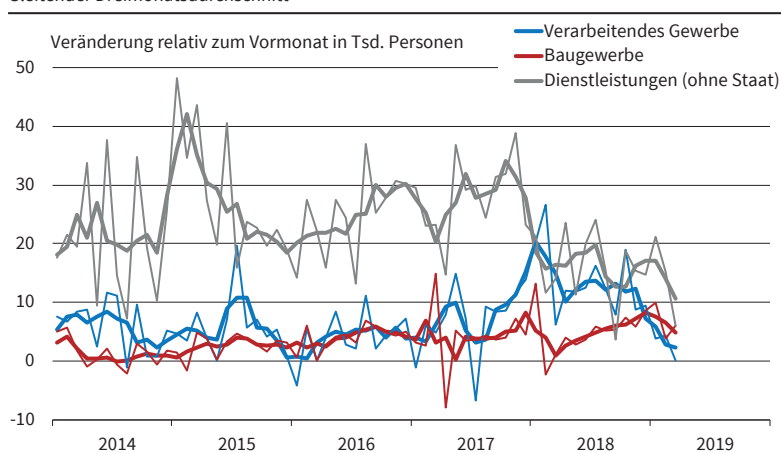
Die Frühindikatoren lassen für den Prognosezeitraum einen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich abgeschwäch-

ten Beschäftigungsaufbau erwarten (vgl. Abb. 3.27). Der Verlauf des ifo Beschäftigungsbarometers deutet darauf hin, dass die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen im Vergleich zum historischen Höchststand im Januar 2018 merklich zurückgegangen ist. Diesem Rückgang liegt vor allem eine starke Eindrückung im Verarbeitenden Gewerbe zugrunde, die in den vergangenen Monaten durch eine Abschwächung im Dienstleistungssektor verstärkt wurde. Der BA-X der Bundesagentur für Arbeit deutet auf eine weiterhin hohe Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften hin, die in den vergangenen Monaten nur wenig zurückgegangen ist. Im Mai lag die Zahl der zusätzlich gemeldeten offenen Stellen mit 169 000 allerdings 20% unter dem Zugang im Vorjahresmonat. Zeitgleich ist die durchschnittliche Vakanzzeit binnen Jahresfrist deutlich gestiegen.⁹ Dies deutet darauf hin, dass es für Unternehmen zwar weiterhin schwer ist, offene Stellen zu besetzen, die zusätzliche Nachfrage allerdings schwächer geworden ist. Im

⁹ Die durchschnittliche Vakanzzeit hat sich im Mai 2019 auf 126 Tage erhöht und liegt damit 17,7% über dem Niveau von Mai 2018, vgl. »Blickpunkt Arbeitsmarkt-Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Mai 2019« der Bundesagentur für Arbeit.

Abb. 3.26

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Sektoren Gleitender Dreimonatsdurchschnitt

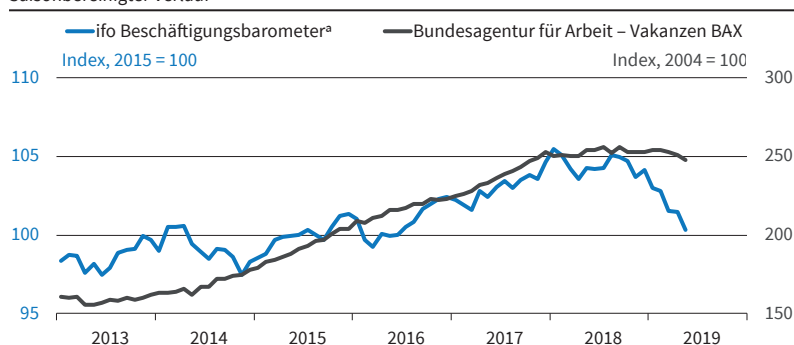


Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.27

Arbeitsmarktindikatoren für Deutschland Saisonbereinigter Verlauf



^a Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.

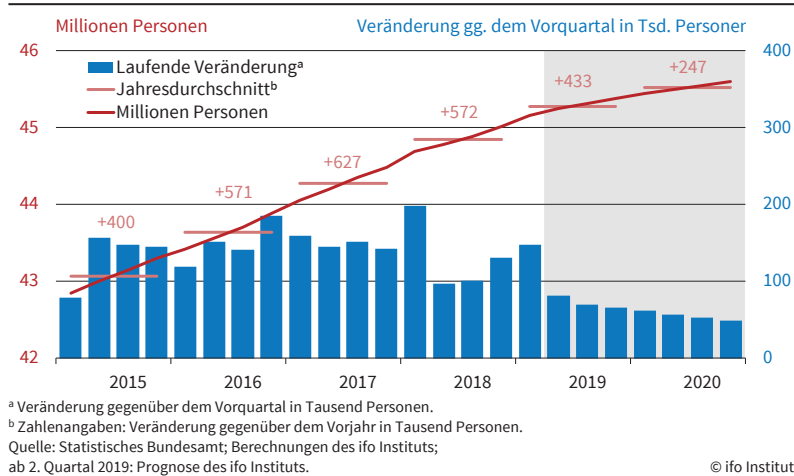
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Abb. 3.28

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



Prognosezeitraum dürfte sich der Beschäftigungsaufbau im Zuge des knappen Arbeitskräfteangebots und der deutlich weniger dynamischen Produktionsentwicklung abschwächen. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2019 mit voraussichtlich 433 000 Personen weniger stark zunehmen als im Vorjahr. Im Jahr 2020 dürfte der Zuwachs noch ca. 247 000 Personen betragen (vgl. Abb. 3.28).

Die für den Prognosezeitraum erwartete verringerte Dynamik des Beschäftigungsaufbaus folgt damit der Abkühlung der Konjunktur. Dies wird vor allem durch eine Zerlegung der Erwerbstätigkeit in eine Trend- und eine zyklische Komponente deutlich. Hierfür wird in Abbildung 3.29 die realisierte und prognostizierte Zahl der Erwerbstätigen mit ihrem zugrundeliegenden Trend verglichen, der im Rahmen der Potenzialschätzung in Kapitel 4 ermittelt wird. Die Abweichung der realisierten bzw. prognostizierten Erwerbstätigkeit vom Trend ist als konjunkturelle Komponente interpretierbar. In den vergangenen Jahren lag das Wachstum der Erwerbstätigkeit deutlich über Trend, sodass die Beschäftigung aktuell um über 400 000 Personen über ihrer Trendkomponente liegt. Resultierend aus dem relativ kräftigen Zuwachs im ersten Quartal dürfte die Zunahme der Erwerbstätigkeit im Jahr 2019 mit + 1,0% nur noch leicht über der Trendwachstumsrate von + 0,9% liegen. Im Jahr 2020 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen mit + 0,5% erstmals seit 2015 in geringerem Maße als der Trend zunehmen, der demographisch bedingt nur noch mit + 0,7% wächst. Dies führt zu einem Rückgang in der konjunkturellen Komponente der Erwerbstätigkeit auf etwas über 350 000 Personen.

Der Beschäftigungsaufbau ist weiterhin ausschließlich durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung getrieben, die in diesem und im kommenden Jahr um voraussichtlich 572 000 bzw. 369 000 Personen zunehmen wird (vgl. Tab. 3.12). Da die Aufnahme eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses zurzeit sehr attraktiv

ist, dürfte die Entwicklung der Selbständigkeit und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten weiterhin leicht rückläufig sein.

Die gesamtwirtschaftlichen Arbeitsstunden werden im Jahr 2019 kalenderbereinigt voraussichtlich nur noch um 0,5% zunehmen und damit wesentlich weniger stark expandieren als im Vorjahr (1,5%) (vgl. Tab. 3.12). Da die Anzahl der Arbeitnehmer weiterhin zunehmen dürfte, wird die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer in diesem Jahr um 0,4% zurückgehen (vgl. Tab. 3.14). Die ifo

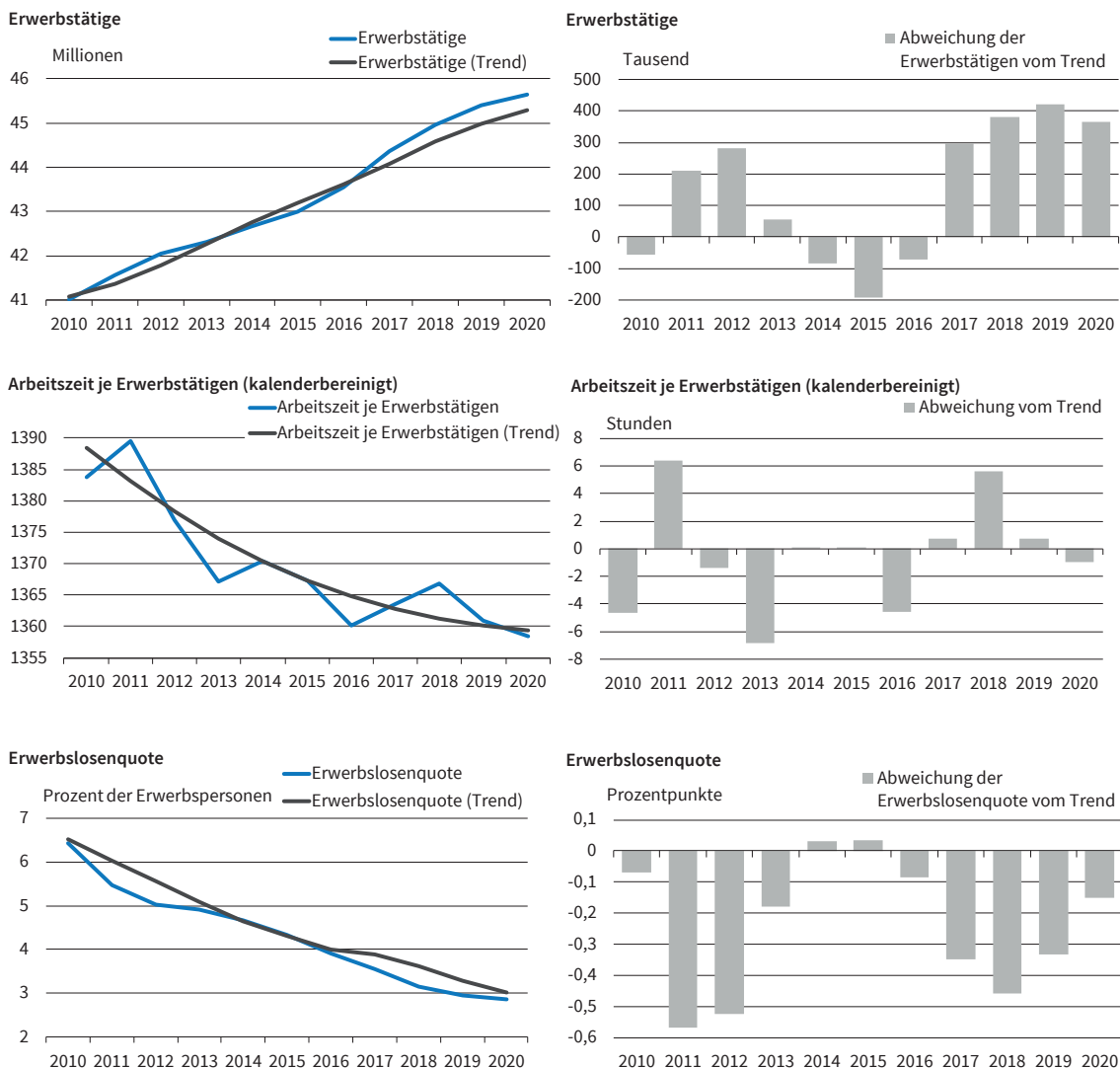
Konjunkturumfrage im Verarbeitenden Gewerbe weist darauf hin, dass das Ausmaß an Überstunden aktuell stark zurückgefahren wird. Angesichts der sich abkühlenden Konjunktur dürfte der Einfluss der Überstunden im laufenden Jahr weiter zurückgehen und vermehrt angesparte Guthaben auf Arbeitszeitkonten abgebaut werden. Dieser Rückgang dürfte sich im Jahr 2020 fortsetzen, aber durch eine höhere Anzahl an Arbeitstagen kompensiert werden. Die durchschnittliche Arbeitszeit dürfte daher in diesem Jahr wieder auf ihr Trendniveau zurückgehen und dieses im kommenden Jahr nach Bereinigung um die kalenderbedingte Mehrarbeit leicht unterschreiten (vgl. Abb. 3.29).

Im ersten Quartal 2019 ging die Zahl der Arbeitslosen um 33 000 Personen zurück. Damit war der Abbau der Arbeitslosigkeit zwar noch relativ kräftig, aber im Vergleich zum Vorjahr deutlich gebremst, als der Rückgang mit 193 000 Personen stärker als in jedem Jahr seit 2012 ausfiel (vgl. Abb. 3.30). Im Mai dieses Jahres ist die Anzahl der Arbeitslosen saisonbereinigt um 60 000 und damit stärker als in jedem Monat seit April 2009 gestiegen. Neben der konjunkturellen Eintrübung und schlechten Witterung ist dieser Anstieg im Wesentlichen auf Prüffaktivitäten zum Arbeitsvermittlungsstatus von Empfängern des Arbeitslosengeldes II (»Hartz IV«) zurückzuführen.¹⁰ Durch den statistischen Überhang beeinflusst der Sondereffekt des Monats Mai nicht nur die Quartalsänderung im zweiten, sondern auch im dritten Quartal 2019 (vgl. Abb. 3.30). Im weiteren Prognoseverlauf ist angesichts des deutlich gebremsten Beschäftigungsaufbaus mit einem gedrossel-

¹⁰ Seit April 2019 sind die Jobcenter verpflichtet, Bewerberdatensätze mit möglicherweise fehlerhaftem Arbeitsvermittlungsstatus regelmäßig zu überprüfen und zu aktualisieren. Die Überprüfung wirkte sich erhöhend auf die Arbeitslosigkeit aus. Die Bundesagentur für Arbeit schätzt, dass sich der Effekt der Prüffaktivitäten auf die Zahl der Arbeitslosen im Mai auf 30 000 bis 40 000 beläuft, siehe Bundesagentur für Arbeit (2019): »Auswirkungen von Prüffaktivitäten zum Arbeitsmarktstatus in den Jobcentern (gE) auf die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II«.

Abb. 3.29

Trend und Zyklus am Arbeitsmarkt



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

ten Tempo des Abbaus der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Insgesamt dürfte die Zahl der Arbeitslosen im laufenden und kommenden Jahr nur noch 93 000 bzw. 59 000 zurückgehen. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) wird in diesem Jahr und im kommenden Jahr voraussichtlich 5,0% und 4,8% betragen. Die Erwerbslosenquote (in Abgrenzung der Internationalen Arbeitsorganisation) beträgt in diesem und nächsten Jahr voraussichtlich 3,0% bzw. 2,9% und nähert sich damit wieder ihrem Trend, der im Zuge der

Tab. 3.12

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2017	2018	2019	2020
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	60 222	61 087	61 485	62 013
Erwerbstätige im Inland	44 269	44 841	45 274	45 521
Arbeitnehmer	39 975	40 620	41 116	41 407
darunter				
SV Beschäftigte	32 235	32 964	33 537	33 909
Geringfügig Beschäftigte	4 742	4 671	4 568	4 501
Selbstständige	4 294	4 221	4 158	4 114
Pendlersaldo	- 114	- 124	- 123	- 123
Erwerbstätige Inländer	44 155	44 717	45 151	45 398
Arbeitslose	2 533	2 340	2 247	2 188
Arbeitslosenquote BA ^a	5,7	5,2	4,9	4,8
Erwerbslose ^b	1 621	1 468	1 385	1 347
Erwerbslosenquote ^c	3,5	3,2	3,0	2,9

^a Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^b Definition der ILO; ^c Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

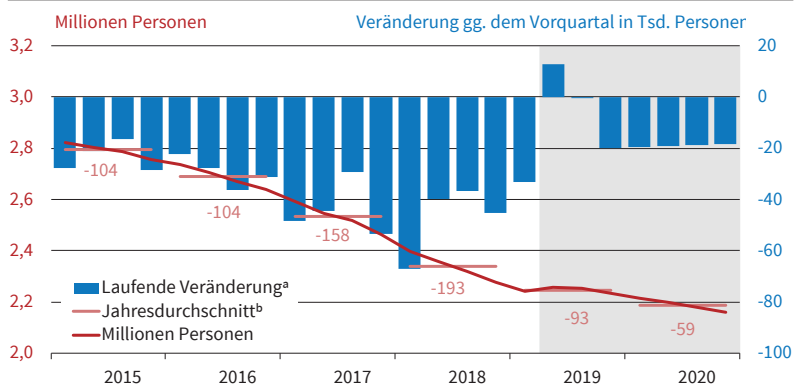
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2019 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.30

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Potenzialschätzung in Kapitel 4 auf 3,3% und 3,0% im Durchschnitt des laufenden und des kommenden Jahres geschätzt wird (vgl. Abb. 3.29).

3.13 KRÄFTIGER PRODUKTIVITÄTSSCHUB ZUM JAHRESAUFTAKT

Im Jahresverlauf 2018 ist die gesamtwirtschaftliche Stundenproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen, mit Ausnahme des ersten Quartals spürbar gesunken (vgl. Tab. 3.13). Maßgeblich hierfür ist die Rezession im Verarbeitenden Gewerbe, wenngleich die Stundenproduktivität auch in anderen gewichtigen Wirtschaftsbereichen wie dem Grundstücks- und Wohnungswesen, das eine überdurchschnittliche Stundenproduktivität aufweist (vgl. Lehmann und Wollmershäuser 2016), rückläufig war. In der Industrie dürften dabei vor allem zwei wesentliche Gründe eine Rolle gespielt haben.

achtung spricht für eine Abschwächung des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Aktivität und Beschäftigungsentwicklung, die insbesondere von Klinger und Weber (2019) betont wird. Beide Autoren argumentieren außerdem, dass der Beschäftigungsaufbau in den vergangenen Jahren nicht möglich gewesen wäre, wenn die Anspannungen am deutschen Arbeitsmarkt und die Zuwanderung nicht derart ausgeprägt gewesen wären. Dies spricht zumindest dafür, dass die deutschen Industriefirmen trotz der konjunkturellen Schwäche ihre derzeitige Belegschaft halten möchten.

Zu Jahresbeginn kam es zu einem regelrechten Produktivitätsschub um +0,6%. Diese Entwicklung ist abermals Ausdruck für den Sondereffekt des Aufholens im Nachgang der WLTP-Problematik, was sich unmittelbar im Anstieg der Stundenproduktivität um 1,7% im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr widerspiegelt. Die anhaltende Rezession im Verarbeitenden Gewerbe führt darüber hinaus dazu, dass die

Tab. 3.13

Stundenproduktivität nach Wirtschaftsbereichen^a

Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2018				2019
	I	II	III	IV	I
Bruttoinlandsprodukt	0,1	- 0,3	- 0,5	- 0,3	0,6
darunter:					
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,3	0,5
darunter:					
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	- 0,7	- 0,9	- 1,2	- 1,6	- 0,4
darunter:					
Verarbeitendes Gewerbe	- 0,8	- 0,7	- 1,6	- 1,3	- 0,6
Baugewerbe	0,3	0,3	0,6	1,3	- 0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,3	0,2	- 0,8	0,2	1,7
Information und Kommunikation	0,3	- 0,5	- 0,5	0,0	0,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,5	0,0	0,7	1,1	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	- 1,1	- 0,3	- 0,5	1,2
Unternehmensdienstleister	0,4	0,2	- 0,2	0,0	0,8
Öffentliche Dienstleister	0,6	- 0,9	0,2	- 0,3	0,7
Sonstige Dienstleister	- 0,3	0,4	- 0,2	- 0,4	0,5

^a Verkettete Absolutwerte je Erwerbstätigenstunde, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Stundenproduktivität in der deutschen Industrie das fünfte Quartal in Folge rückläufig ist.

Im Jahresdurchschnitt 2019 wird die Stundenproduktivität wohl nur stagnieren (vgl. Tabellenanhang in Abschnitt 7). Zum einen bleibt die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe schwach und der Beschäftigungsaufbau dürfte sich hier auch spürbar verlangsamen. Zum anderen ist davon auszugehen, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen weiterhin ausgeweitet wird, wenngleich in etwas geringerem Maße als in den vergangenen Jahren. Da diese Bereiche als eher unterdurchschnittlich produktiv gelten, bremst dies darüber hinaus die Produktivitätsentwicklung. Im kommenden Jahr ist damit zu rechnen, dass die Stundenproduktivität mit 0,8% wieder kräftiger expandiert, was in etwa dem durchschnittlichen Zuwachs der Jahre 2012 bis 2018 entspricht.

3.14 NACHLASSENDE LOHNDYNAMIK

Die Löhne sind in der jüngsten Vergangenheit ungeachtet der sich eintrübenden konjunkturellen Lage stark gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf kräftige Anstiege bei den Tariflöhnen zurückzuführen (vgl. Tab. 3.14). Darin spiegeln sich unter anderem die überdurchschnittlich starken Tariflohnhebungen in gewichtigen Branchen wie der Metall- und Elektroindustrie, dem Bauhauptgewerbe, dem öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen sowie der Länder und der chemischen und pharmazeutischen Industrie wider, die seit Anfang 2018 abgeschlossen wurden.

Im laufenden Jahr dürften die Tariflöhne um 2,8% und damit in ähnlichem Maße wie im Vorjahr steigen, als sie mit 2,9% expandierten. In einigen Sektoren wurden starke Tariflohnhebungen für 2019 vertraglich fixiert, die im Fall des öffentlichen Dienstes des Bundes und der Kommunen sogar über der letztjährigen Tarifierhöhung liegt. Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder aus dem Frühjahr dieses Jahres sieht ähnlich starke Lohnzuwächse vor. Darüber hinaus wurden in einigen gewichtigen Branchen wie der Metall- und Elektroindustrie, der chemischen und pharmazeutischen Industrie sowie im Bauhauptgewerbe Einmalzahlungen für 2019 anstelle von substantiellen Tariflohnsteigerungen vereinbart. Die im weiteren Jahresverlauf anstehenden Tarifverhand-

lungen im Einzelhandel und im Bank- und Versicherungsgewerbe dürften hingegen branchenbedingt eher unterdurchschnittlich ausfallen.

Im Jahr 2020 sind nur wenige Impulse auf die Tariflöhne zu erwarten. Neben der eingetrübten konjunkturellen Lage folgt dies vor allem aus der Struktur der aktuell bestehenden Tarifverträge. Zum einen sieht der bis August 2020 laufende Tarifvertrag im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen im März 2020 lediglich eine Erhöhung um ca. 1,1% vor. Zum anderen wirken sich die zuvor genannten Einmalzahlungen des Jahres 2019 dämpfend auf die Tarifentwicklung des Jahres 2020 aus. Im Jahr 2020 dürften die monatlichen Tarifverdienste daher voraussichtlich nur noch um 2,4% zunehmen.

Die tatsächlich gezahlten Löhne sind seit 2015 in der Regel deutlich stärker gestiegen als die Tariflöhne. Diese positive Lohndrift ist insbesondere durch die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften zu erklären, die Arbeitgeber dazu veranlasst höhere Löhne zu bezahlen, um freie Stellen besetzen und bestehendes Personal halten zu können. Außerdem spiegelt sie den Trend zu qualifizierteren und somit besser bezahlten Tätigkeiten wider.

Im Prognosezeitraum sollte die Entwicklung anhalten, dass die Effektivlöhne stärker steigen als die Tarifverdienste. Zwar ist die Einstellungsbereitschaft der Unternehmer aufgrund der schwächeren Konjunktur aktuell rückläufig (vgl. auch Abb. 3.27). Trotzdem dürfte die Arbeitskräfteknappheit in den kommenden Jahren vor allem demographisch bedingt eher zu- als abnehmen, weshalb die Lohndrift weiter positiv sein dürfte. Insgesamt dürften die tatsächlich gezahlten Verdienste je Arbeitnehmer im laufenden und im kommenden Jahr um 3,0% bzw. 2,5% zunehmen und somit um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte stärker steigen als die Tariflöhne.

3.15 WEITER HOHE HAUSHALTSÜBERSCHÜSSE TROTZ KONJUNKTURSCHWÄCHE

Im Jahr 2018 erzielte der Staat mit einem Finanzierungssaldo von über 57 Mrd. Euro einen neuen Rekordwert. Im Prognosezeitraum werden die Überschüsse ein ähnliches Niveau wie in den vergangenen Jahren erreichen, jedoch mit rückläufiger Tendenz.

Die Steuereinnahmen stiegen im vergangenen Jahr mit 4,5% stark an. Damit hat sich das Steueraufkommen noch günstiger entwickelt als es die gesamtwirtschaftliche Lage angezeigt hat. Im Prognosezeitraum wird diese Dynamik zum Erliegen kommen. Zwar stützt die immer noch kräftige Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter die Aufkommenentwicklung. Jedoch sind die Unternehmens- und Vermö-

Tab. 3.14

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2017	0,1	2,5	2,4	0,0	2,5
2018	0,4	3,2	2,8	0,3	2,9
2019	-0,4	3,0	3,3	0,2	2,8
2020	0,4	2,5	2,0	0,1	2,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

genseinkommen im laufenden Jahr deutlich rückläufig. Trotz der einsetzenden Erholung zum Ende des Prognosezeitraumes dämpft dies die Aufkommenentwicklung der gewinnabhängigen Steuern. Darüber hinaus senken die geplanten Einkommensteuersenkungen das erwartete Steueraufkommen im Prognosezeitraum. Im Jahr 2019 wird das Steueraufkommen voraussichtlich um 2,7% und 2020 um 2,4% steigen.

Nach einem Anstieg von 4,2% im vergangenen Jahr werden die Sozialbeitragseinnahmen im laufenden Jahr mit 4,4% leicht stärker expandieren. Während der Anstieg im Vorjahr durch die Senkung des Rentenbeitragssatzes gedämpft wurde, entfalten die Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung und die Erhöhung des Beitragssatzes in der sozialen Pflegeversicherung um jeweils 0,5 Prozentpunkte im laufenden Jahr eine gegenläufige Wirkung. Da der Personenkreis der Versicherten in der Pflegeversicherung größer ist, insbesondere da Rentner dort versichert sind, führt dies zu Mehreinnahmen. Diesen stehen Entlastungen durch die Ausweitung der Gleitzone bei Midijobs und die Senkung der Mindestkrankenversicherungsbeiträge für Selbständige entgegen. Im kommenden Jahr werden die Sozialbeiträge aufgrund der schwächeren Entwicklung am Arbeitsmarkt mit 3,8% etwas langsamer steigen.

Die staatlichen Verkäufe sind im vergangenen Jahr um 4,6% deutlich gestiegen und werden im laufenden Jahr voraussichtlich um 3,2% zunehmen. Dies ist insbesondere durch die Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesfernstraßen zur Jahresmitte 2018 und durch die Anhebung der Mautsätze zu Jahresbeginn 2019 bedingt. Für das Jahr 2020 wird ein Rückgang der Dynamik auf 2,4% erwartet, wobei unterstellt wird, dass die Pkw-Maut im kommenden Jahr noch nicht umgesetzt wird.

Die gesamtstaatlichen Vermögenseinkünfte nahmen im vergangenen Jahr mit fast 16% sehr kräftig zu. Hierfür ist in erster Linie die Rückkehr der Bundesbankdividende auf ihr früheres Niveau in Höhe von ca. 2,5 Mrd. Euro verantwortlich. 2017 fiel die Bundesbankdividende aufgrund von Rückstellungen sehr gering aus. Das Niedrigzinsniveau und die schlechte Entwicklung der Gewinneinkommen wirken sich im Prognosezeitraum dämpfend auf die staatlichen Vermögenseinkommen aus, die im Jahr 2019 um 0,1% zunehmen und dann 2020 um 4,1% zurückgehen werden.

Die empfangenen sonstigen Übertragungen des Staates legten im vergangenen Jahr mit 15,6% aufgrund von Sondereffekten stark zu. So musste Volkswagen eine Strafe in Höhe von ca. 1,2 Mrd. Euro an das Land Niedersachsen überweisen und Audi ca. 800 Mio. Euro an das Land Bayern. Im laufenden Jahr ist von einer Normalisierung dieses Postens auszugehen, weshalb sie 2019 voraussichtlich um 6,7% sinken werden. Im Jahr 2020 ist wieder von einem moderaten Anstieg in Höhe von 1,3% auszugehen.

Die empfangenen Vermögensübertragungen entwickelten sich im vergangenen Jahr aufgrund von Sondereffekten mit einem Anstieg von 27,2% ebenfalls sehr dynamisch. Hierfür war eine Strafzahlung von Toll Collect in Mrd.höhe verantwortlich. Nachdem im laufenden Jahr nicht mit ähnlichen Sondereffekten zu rechnen ist, werden die empfangenen Vermögenseinkommen im Jahr 2019 mit einem Rückgang um 11,5% zu ihrem Normalniveau zurückkehren und im kommenden Jahr mit 1,2% mäßig zunehmen.

Nach einer eher moderaten Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 2018 haben die Vorleistungen im zweiten Halbjahr deutlich an Dynamik gewonnen. Dies ist auch auf Nachholeffekte infolge der vorläufigen Haushaltsführung des Bundes zu Jahresbeginn zurückzuführen. Im Prognosezeitraum dürften die Vorleistungen mit 3,2% bzw. 3,8% weiter deutlich wachsen, was auch auf Maßnahmen wie den Digitalpakt und das Gute-Kita-Gesetz zurückzuführen ist.

Die Personalausgaben des Staates werden hingegen mit 4,2% im laufenden Jahr und 4,0% im Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 2018 etwas an Dynamik gewinnen. Hierzu tragen der im Frühjahr erzielte Tarifabschluss auf Länderebene, der Anstieg der Tariflöhne auf Ebene von Bund und Kommunen, der angestrebte staatliche Personalaufbau insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung sowie die Wiedereinführung der Parität in der Gesetzlichen Krankenversicherung bei, die den Staat als Arbeitgeber belastet.

Nach dem eher moderaten Anstieg des Vorjahres werden die monetären Sozialleistungen im Jahr 2019 mit 4,7% und im Jahr 2020 mit 3,8% deutlich zunehmen. Dies ist in erster Linie auf Ausgabenanstiege der Gesetzlichen Rentenversicherung zurückzuführen. So wurde die Mütterrente zu Jahresbeginn ausgeweitet, wobei die Zahlungen für Bestandsrentner im zweiten Quartal wirksam werden. Zur Jahresmitte werden die Renten in Westdeutschland um 3,2% und in Ostdeutschland um 3,9% steigen, und die Wiedereinführung der Parität in der Gesetzlichen Krankenversicherung führt zu höheren Krankenversicherungsbeitragszahlungen der Gesetzlichen Rentenversicherung. Der Anstieg der monetären Sozialleistungen wird ebenfalls durch die Kindergelderhöhung zur Jahresmitte sowie weitere Maßnahmen wie die Ausweitung des BAFÖG und das bayerische Familiengeld getrieben.

Ebenso werden die sozialen Sachleistungen im Prognosezeitraum mit 4,1% und 4,0% stärker expandieren als im Vorjahr. Hierzu tragen Leistungsausweitungen im Bereich der Sozialversicherungen wie das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und das Terminservice- und Versorgungsgesetz bei.

Die geleisteten Zinszahlungen des deutschen Staates waren im Jahr 2018 mit einem Rückgang in Höhe von 7,4% stark rückläufig. Im Prognosezeitraum wird sich dieser Rückgang voraussichtlich fortsetzen, wenn auch mit verminderter Intensität. So werden die geleisteten staatlichen Zinszahlungen in laufen-

den Jahr um voraussichtlich 2,3% und im kommenden Jahr um 2,5% zurückgehen.

Die gezahlten Subventionen sind im Jahr 2018 mit 3,4% moderat gestiegen und werden im Prognosezeitraum mit einer Wachstumsrate von 2,3% im Jahr 2019 und 3,6% 2020 weiterhin mäßig zunehmen.

Die geleisteten sonstigen Transfers haben im vergangenen Jahr um 10,4% zugelegt, da die geleisteten BNE- und Mehrwertsteuereigenmittelzahlungen an die Europäische Union stark gestiegen sind. Im Prognosezeitraum wird diese Tendenz zwar schwächer, aber weiter anhalten, sodass die geleisteten sonstigen Transfers im Jahr 2019 um 8% und im Jahr 2020 5,6% zunehmen werden.

Die geleisteten Vermögenstransfers sind im Jahr 2018 um 6,3% zurückgegangen. Ursächlich dafür ist der teilweise Wegfall von Sondereffekten aus dem Jahr 2017 (u.a. geleistete Zahlungsverpflichtungen durch die Übernahme der HSH Nordbank). Erst im laufenden Jahr ist mit einer Rückkehr zur Normalentwicklung zu rechnen, sodass die geleisteten Vermögenstransfers im Jahr 2019 um 11,7% sinken werden. Im Jahr 2020 ist dann wieder mit einem Anstieg in Höhe von 3,1% zu rechnen.

Die gesamtstaatlichen Bruttoinvestitionen sind im vergangenen Jahr um 8,5% gestiegen. Hier machen sich sowohl die gesteigerten Militärausgaben des Bundes als auch die gestiegene Bautätigkeit der Gebietskörperschaften bemerkbar. Insbesondere die hohe Bautätigkeit wird sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Das hohe Niveau der Ausrüstungsinvestitionen des Jahres 2018 wird im Prognosezeitraum nicht erreicht werden. So ist im laufenden Jahr mit einem

deutlichen Rückgang zu rechnen. Jedoch ist die Entwicklung im Jahr 2020 aufwärtsgerichtet, sodass die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2020 über dem Niveau von 2017 liegen werden. Die Preisentwicklung der Bauinvestitionen war im vergangenen Jahr sehr kräftig. Angesichts der stark ausgelasteten Kapazitäten der Bauwirtschaft dürfte sich dies im Prognosehorizont fortsetzen, sodass die realen Investitionen deutlich weniger dynamisch ausfallen als die nominalen. Damit werden die gesamtstaatlichen Bruttoinvestitionen im Jahr 2019 um 3% und im Jahr 2020 um 6,6% zulegen.

Insgesamt betrug der staatliche Finanzierungssaldo im vergangenen Jahr 57,3 Mrd. Euro (1,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt), was ein Rekordhoch darstellt. Im weiteren Prognosezeitraum werden sich die Ausgaben schwächer als die Einnahmen entwickeln, so dass im Prognosezeitraum weiterhin mit historisch hohen Finanzierungsüberschüssen zu rechnen ist, wenn auch nicht mehr im gleichen Umfang wie im Jahr 2018. So wird der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss im Jahr 2019 rund 49 Mrd. Euro (1,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) und im Jahr 2020 rund 32 Mrd. Euro (0,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) betragen (vgl. Tab. 3.15). Nachdem auch die Steuerquote im Jahr 2018 mit 23,7% in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einen Rekordwert erreicht hat, wird sie im Prognosezeitraum bis auf 23,3% zurückgehen. Zum einen wirken sich hier diverse eingestellte Steuerrechtsänderungen, wie die Einkommensteuersenkungen, aus. Zum anderen macht sich hier auch die Progression

Tab. 3.15

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren^a
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben		Finanzierungssaldo
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter: Zinsausgaben	
		Steuern	Nettosozialbeiträge			
2000	45,6	23,2	18,1	44,7	3,1	0,9
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	- 3,1
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	- 3,9
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	- 4,2
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	- 3,7
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	- 3,4
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	- 1,7
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	0,2
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	- 0,2
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	- 3,2
2010	43,0	21,4	16,5	47,3	2,5	- 4,2
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	- 1,0
2012	44,3	22,5	16,5	44,3	2,3	0,0
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	- 0,1
2014	44,5	22,7	16,4	44,0	1,6	0,6
2015	44,5	22,9	16,4	43,7	1,4	0,8
2016	44,8	23,2	16,6	43,9	1,2	0,9
2017	45,0	23,4	16,7	43,9	1,0	1,0
2018	45,6	23,7	16,9	43,9	0,9	1,7
2019	45,7	23,6	17,1	44,3	0,9	1,4
2020	45,3	23,3	17,1	44,4	0,8	0,9

^a In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2019 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

des Steuersystems bemerkbar. So sind die Gewinneinkommen insbesondere im Jahr 2019 stark rückläufig, was zu einem Rückgang der Steuerquote führt. Dieser Effekt wird in den Bereichen, in denen die Gewinne der Einkommensteuer unterliegen durch die Progressivität des Systems noch verstärkt. Hingegen steigen die Nettosozialbeiträge 2019 und 2020 auf 17,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Dies ist maßgeblich durch die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter bedingt, die kräftiger zunehmen als das Bruttoinlandsprodukt.

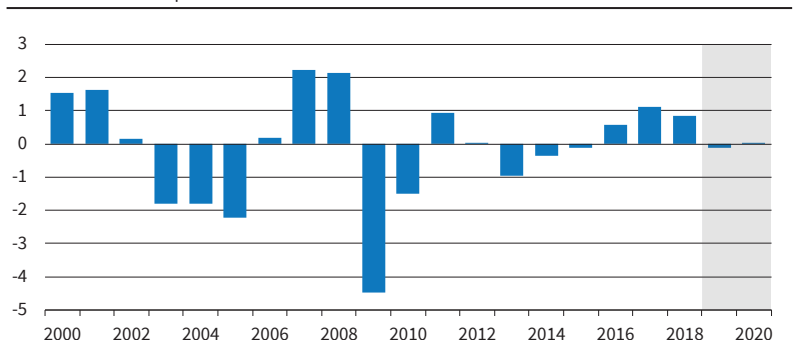
Die Maastricht-Schuldenquote betrug im vergangenen Jahr 60,9% und lag damit höher als der vorgegebene Referenzwert von maximal 60%. Im laufenden Jahr wird dieser Referenzwert mit voraussichtlich 58% unterschritten werden. Im Jahr 2020 wird die Maastricht-Schuldenquote dann ca. 56% betragen. Bei dieser Reduktion der Schuldenquote im Prognosezeitraum kommen mehrere Effekte zum Tragen. So reduzieren einerseits die staatlichen Finanzierungsüberschüsse den Bruttoschuldenstand. Andererseits wächst das nominale BIP in diesem und im kommenden Jahr um 2,9 bzw. 3,8%, was die Schuldenstandsquote für sich genommen um 0,6 Prozentpunkte sinken lässt. Allerdings wird dieser Effekt etwas gebremst, da ein Teil der Finanzierungsüberschüsse zum Aufbau von Finanzvermögen genutzt wird. Des Weiteren wirkt sich der Abbau der in Staatsbesitz befindlichen Bad Banks positiv auf den Bruttoschuldenstand aus.

4. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

Das Produktionspotenzial wird in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte Methodik geschätzt und bis zum Jahr 2023 fortgeschrieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016). Diese wiederum baut grundsätzlich auf dem Ansatz der EU-Kommission auf. Bei diesem wird der gesamtwirtschaftliche Output auf Basis einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Inputs werden der technische Fortschritt, Kapital und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitszeit bestimmt. Aufgrund der hohen Flüchtlingsmigration seit dem Jahr 2015 wird jedoch eine Anpassung der EU-Methodik vorgenommen, die insbesondere die Erwerbstätigkeit der Flüchtlinge explizit berücksichtigt. Wesentlicher Aspekt in der Modellierung ist, dass für Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge eine separate Partizipationsquote und strukturelle Erwerbslosenquote berechnet wird (vgl. Heinisch und Wohlrabe 2017). Die grundsätzlichen Parameter und Annahmen insbesondere mit Blick auf die Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf das Produktionspotenzial sind gegenüber der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2019 nahezu unverändert geblieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2019). Der Wanderungssaldo von 300 000 Personen im laufenden Jahr sinkt schrittweise auf 200 000 Personen im Jahr 2021 und bleibt dann bis zum Ende des Projektionszeitraums konstant.

Das Produktionspotenzial wächst bis zum Ende des Projektionszeitraums 2023 um durchschnittlich 1,3%. Der Treiber des Wachstums ist vor allem der technische Fortschritt (Solow-Residuum). Der Beitrag des Arbeitsvolumens nimmt nach dem Höhepunkt in 2018 kontinuierlich ab und wird 2022 sogar negativ. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der positive Beitrag der Partizipationsquote kleiner wird und die Erwerbsbevölkerung trotz Zuwanderung mittelfristig sinken wird. Dies spiegelt sich dann auch in einem

Abb. 4.1
Produktionslücke
In % des Produktionspotenzials



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
2019 und 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 4.1

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			In jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde		
Mill.	Stunden	Mrd. Euro	Euro		Mrd. Euro	2010 = 100		
2013	42,319	37,853	1362,7	2 700,8	63 820	47	2 826,2	104,6
2018	44,841	40,620	1362,3	2 974,3	66 330	49	3 386,0	113,8
2023	45,204	41,117	1360,3	3 145,2	69 578	51	3 931,3	125,0
Veränderung insgesamt in %								
2018/2013	6,0	7,3	0,0	10,1	3,9	4,0	19,8	8,8
2023/2018	0,8	1,2	-0,1	5,7	4,9	5,0	16,1	9,8
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2018/2013	1,2	1,4	0,0	1,9	0,8	0,8	3,7	1,7
2023/2018	0,2	0,2	0,0	1,1	1,0	1,0	3,0	1,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2023/2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 4.2

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	
Mrd. Euro							
2013	2 826,2	1 563,5	542,9	551,5	556,8	-5,3	168,4
2018	3 386,0	1 775,9	661,2	719,7	703,4	16,3	229,2
2023	3 931,3	2 046,2	783,9	857,5	864,8	-7,3	243,7
Anteile am BIP in %							
2013	100,0	55,3	19,2	19,5	19,7	-0,2	6,0
2018	100,0	52,4	19,5	21,3	20,8	0,5	6,8
2023	100,0	52,0	19,9	21,8	22,0	-0,2	6,2
Veränderung insgesamt in %							
2018/2013	19,8	13,6	21,8	30,5	26,3	-	-
2023/2018	16,1	15,2	18,6	19,1	22,9	-	-
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2018/2013	3,7	2,6	4,0	5,5	4,8	-	-
2023/2018	3,0	2,9	3,5	3,6	4,2	-	-

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2023/2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Rückgang der Erwerbsbevölkerung wider. Die Partizipationsquote stellt jedoch kurzfristig weiterhin den größten Beitrag zum Anstieg des Arbeitsvolumens dar. Die Wachstumsrate des Potenzials beträgt 2019 etwa 1,6% und wird bis Ende der Kurzfristprognose 2020 leicht auf 1,5% zurückgehen. Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke stieg seit 2013 kontinuierlich und erreichte 2017 mit 1,1% ihren Höhepunkt (vgl. Abb. 4.1). 2018 ging sie leicht zurück, und im laufenden Jahr schrumpfte sie deutlich. Die Produktionslücke ist minimal negativ und 2020 geschlossen. Die Kapazitäten der deutschen Wirtschaft sind somit ab diesem Jahr wieder durchschnittlich ausgelastet. Die Produktionslücke für den Prognosezeitraum hat sich damit im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2018 leicht verkleinert (vgl. Wollmershäuser et al. 2018). Dies ist insbesondere auf ein Absenken der Prognose für den Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr von 1,1% auf nunmehr 0,6% zurückzuführen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfe bis zum Jahr 2023 mit einer Jahresdurch-

schnittsrate von 1,1% zunehmen; sie steigt damit etwas schwächer als das Produktionspotenzial (vgl. Tab. 4.1). Die bereits 2020 de facto geschlossene Produktionslücke wird bis zum Jahr 2023 geschlossen bleiben. Mit Blick auf die Verwendungsseite zeigt sich, dass der Anteil des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt leicht abnimmt (vgl. Tab. 4.2). Im Gegenzug steigt der Anteil der Investitionen und der Staatskonsum leicht an.

5. Zur Finanzpolitik in Deutschland

Der um konjunkturelle Effekte und Einmaleffekte bereinigte gesamtstaatliche Finanzierungssaldo stieg im vergangenen Jahr auf 1,4% in Relation zum Produktionspotenzial und damit auf einen Rekordwert (vgl. Abb. 5.1). Im Jahr 2019 dürfte dieser strukturelle Finanzierungssaldo noch einmal leicht zunehmen, bevor er im kommenden Jahr auf 0,8% in Relation zum Produktionspotenzial sinkt. Der strukturelle Primärsaldo, der gegenüber dem strukturellen Finanzierungssaldo nicht die staatlichen Zinszahlungen beinhaltet, verzeichnet ein ähnliches Bild (vgl. Abb. 5.2). Hier betrug der Überschuss im vergangenen Jahr 2,3% in Relation zum Produktionspotenzial. Dies entspricht zwar einem der höchsten Werte seit 1991, aber keinem Rekordhoch, wie der strukturelle Finanzierungssaldo, da die Zinsausgaben auf einem historischen Tiefstand sind, der sich nur auf den strukturellen Finanzierungssaldo dämpfend auswirkt. Im Jahr 2019 wird der strukturelle Primärsaldo dann wie der strukturelle Finanzierungssaldo ansteigen und im Jahr 2020 ebenfalls deutlich zurückgehen. Die Veränderungsrate des strukturellen Primärsaldos, die als Indikator für die finanzpolitische Ausrichtung herangezogen werden kann, wird in diesem Jahr 0,0%, im kommenden Jahr -0,6% in Relation zum Produktionspotenzial betragen. Im Vergleich zur Saldenmethode zeigt die Maßnahmenmethode für das Jahr 2019 einen deutlich stärkeren Impuls an (vgl. Tab. 3.6). Beide Methoden verfolgen grundsätzlich unterschiedliche Ansätze und kommen deshalb regelmäßig zu unterschiedlichen Einschätzungen (vgl. dazu Diskussion in Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2017).

Verglichen mit der Winterprognose des Jahres 2018 des ifo Instituts ist der realisierte gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Jahr 2018 etwas höher ausgefallen als prognostiziert (vgl. Tab. 5.1). Gleichzeitig ist die Einschätzung bezüglich der konjunkturellen Situation, der Konjunkturkomponente, in dieser Prognose unver-

ändert zum Winter.¹¹ Nachdem die Einmaleffekte höher als erwartet ausgefallen sind, sind der strukturelle Finanzierungssaldo und der strukturelle Primärsaldo etwas schwächer als noch im Winter 2018 eingeschätzt. Für das Jahr 2019 fällt die Einschätzung des strukturellen Finanzierungssaldos deutlich positiver aus als noch in der Winterprognose angenommen. Dafür ist in erster Linie eine geänderte Einschätzung bezüglich der diskretionären Maßnahmen des Staates verantwortlich, die sich dämpfend auf die konjunkturabhängigen Staatsausgaben und damit positiv auf den strukturellen Finanzierungssaldo und den strukturellen Primärsaldo auswirkt. Hingegen hat sich die konjunkturelle Einschätzung für den Prognosezeitraum eingetrübt, was sich auch in den Abwärtsrevisionen der Konjunkturkomponente ablesen lässt. Insgesamt fällt der prognostizierte Finanzierungssaldo für das Jahr 2019 in Folge der Korrekturen der Konjunkturkomponente und des strukturellen Finanzierungssaldos deutlich größer aus als in der Winterprognose. Allerdings ist bei dem hier angewandten Konjunkturbereinigungsverfahren für den staatlichen Finanzierungssaldo der EU nach Moure et al. (2014)

¹¹ Die zur Berechnung der Konjunkturkomponente herangezogene Semielastizität betrug im Winter 2018 0,55 und in dieser Prognose 0,504. Diese Veränderung ist jedoch zu vernachlässigen.

Abb. 5.1
Finanzierungssaldo

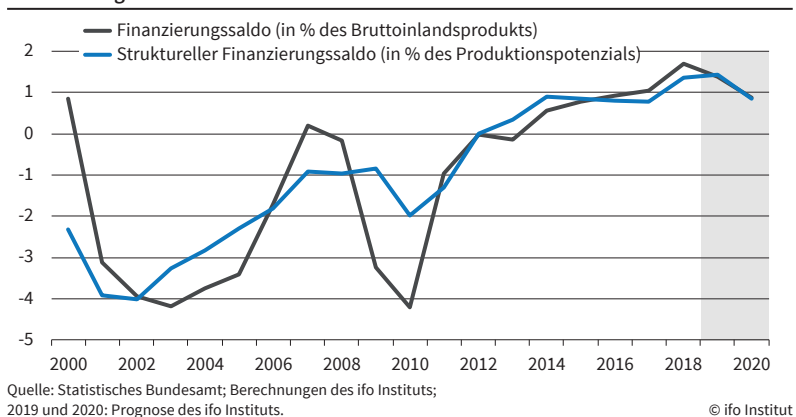
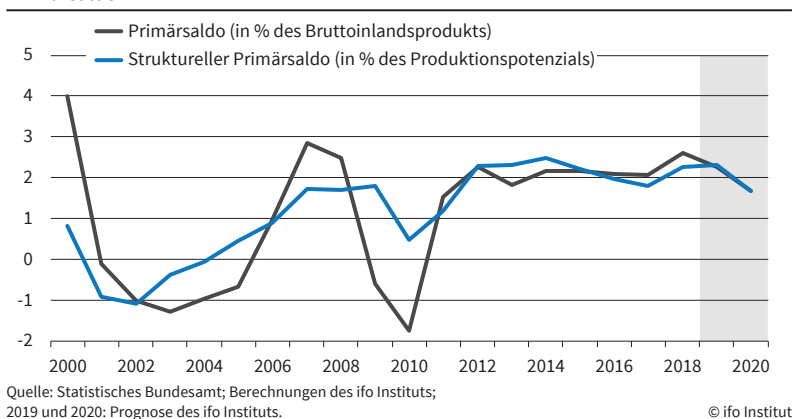


Abb. 5.2
Primärsaldo



Tab. 5.1

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates 2018–2020
 in Mrd. Euro

	Winter 2018			Sommer 2019		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	53,8	32,5	26,8	57,3	48,7	31,7
Konjunkturkomponente ^a	12,7	3,6	4,4	12,7	- 1,6	0,5
struktureller Finanzierungssaldo	46,5	28,8	21,3	45,3	50,7	31,1
struktureller Primärsaldo	77,7	59,5	51,3	76,4	81,3	60,9

^a Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2019 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

anzumerken, dass es in Echtzeit die Konjunkturkomponente unter- und den strukturellen Finanzierungssaldo überschätzt (vgl. Kempkes 2014). Demzufolge würde auch ohne eine geänderte Lageeinschätzung die Konjunkturkomponente für das Jahr 2019 in einigen Jahren größer und der strukturelle Finanzierungssaldo kleiner eingeschätzt werden. Grundsätzlich ist auch anzumerken, dass im Gegensatz zum unbereinigten Finanzierungssaldo oder auch dem Bruttoinlandsprodukt die Konjunkturkomponente sowie der strukturelle Finanzierungssaldo auch ex post nicht beobachtet, sondern nur geschätzt werden können.

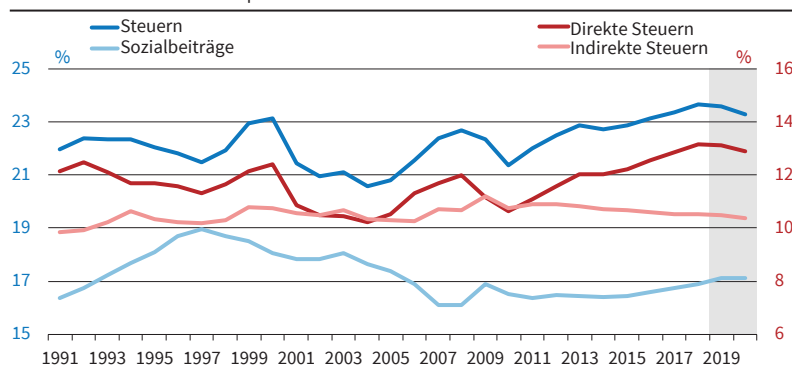
Das Ausmaß der Steuer- und Abgabenbelastung sowie der Umfang der Sozialleistungen stehen im Fokus der Debatte zwischen den politischen Lagern. Während einerseits Entlastungen der Steuer- und Beitragszahler gefordert werden, erfahren andererseits Forderungen nach Leistungsausweitungen eine gewisse Popularität. Ebenso steht das Spannungsverhältnis zwischen staatlichen Konsum- und Sozialausgaben und staatlichen Investitionen im Zentrum der öffentlichen Debatte. Zur besseren Einordnung der aktuellen Abgaben- und Ausgabenquoten werden daher im Folgenden die längerfristigen Entwicklungen seit der deutschen Wiedervereinigung skizziert. Dabei wird insbesondere auf die Steuer- und Sozialbeiträge sowie auf Investitionen, Sozialleistungen und konsumtive staatliche Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt eingegangen.

Die gesamtstaatliche Steuerquote (Steuern relativ zum Bruttoinlandsprodukt) befand sich im Jahr 2018 auf einem historischen Höchststand (vgl. Abb. 5.3). Vor dem aktuellen Anstieg hatte die Steuerquote ihren letzten Höchststand im Jahre 2000 und wurde dann durch diverse Maßnahmen des Kabinetts Schröder I und Schröder II bis auf 20,6% im Jahr 2004 gesenkt, was der niedrigste Wert seit 1991 war. Im Prognosezeitraum ist wieder

rum ein Absinken der Steuerquote bis auf 23,3% im Jahr 2020 unterstellt, was immer noch höher ist als jemals zwischen 1991 und 2016 realisiert wurde. Bei einer Zerlegung der Steuerquote in direkte und indirekte Steuern wird deutlich, dass die Quote der indirekten Steuern verhältnismäßig flach verläuft. Eine Ausnahme stellt der Anstieg von 10,7% 2006 auf 11,2% 2007 dar, was auf die Mehrwertsteuererhöhung des Kabinetts Merkel I zurückzuführen ist. Entsprechend wird die Quote der indirekten Steuer im Prognosezeitraum stagnieren. Deutlich volatiler stellt sich der Verlauf der Quote der direkten Steuern dar. Es ist auch deutlich zu sehen, dass die historischen Höchst- und Tiefststände mit dem Verlauf der Quote der direkten Steuern übereinstimmen. Nur folgerichtig steigt auch die Quote der direkten Steuern seit 2010 an und geht im Prognosezeitraum leicht zurück. Für den dauerhaften Anstieg sind sowohl die gestiegene Arbeitsmarktbeteiligung als auch die kalte Progression verantwortlich. Des Weiteren verursachte die starke Dynamik einiger direkter Steuern wie der Körperschaftsteuer, die die Entwicklung ihrer Basis deutlich überstieg, ebenfalls ein Ansteigen der Quote der direkten Steuern. Ab 2019 sinkt die Quote der direkten Steuern aufgrund des Rückgangs der Gewinneinkommen leicht (vgl. Abschnitt 3). Eine mögliche Senkung der gesamtstaatlichen Steuerquote sollte folgerichtig auch in jedem Fall die Quote der direkten Steuern senken und hier idealerweise die kalte Progression beseitigen.

Hingegen weist die Entwicklung der Sozialbeitragsquote eine geringere Volatilität auf. Nach einem

Abb. 5.3

Steuern und Sozialbeiträge
 In Relation zum Bruttoinlandsprodukt


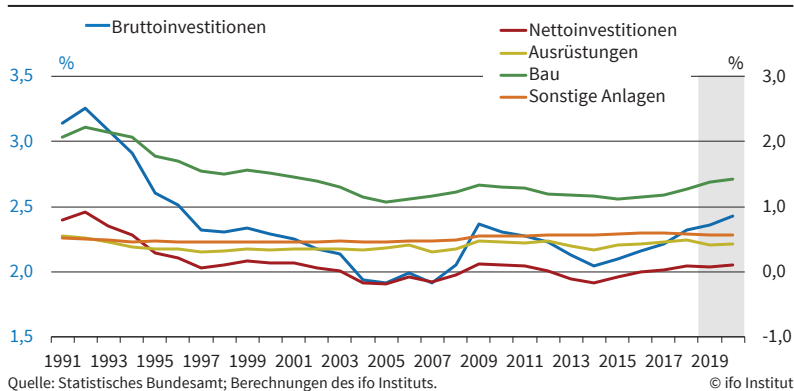
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 5.4

Investitionen

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Anstieg in der ersten Hälfte der 90er Jahre erreichten die Sozialbeiträge im Jahr 2007 ihren Höchstwert von 19,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Dieser Anstieg war maßgeblich durch die deutsche Wiedervereinigung bedingt, infolge derer den Sozialversicherungen Mehrausgaben entstanden, die zu einem bedeutenden Anteil durch Beitragszahler finanziert wurden. So wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung im Laufe des Jahres 1991 von 4,3 auf 6,8% erhöht und blieb bis 2006 auf einem Niveau von 6,5%. Ebenso stieg der Rentenversicherungsbeitrag nach einer Senkung im Jahr 1991 auf 17,7% in den Folgejahren auf einen Spitzenwert von 20,3% im Jahr 1997 an. Zudem trug die Einführung der sozialen Pflegeversicherung im Jahr 1995 zu einem Anstieg der Sozialbeitragsquote bei. In den zehn Jahren vor der Finanz- und Wirtschaftskrise war die Sozialbeitragsquote wieder rückläufig und blieb in den Folgejahren stabil. Hierbei trugen eine stärkere Steuerfinanzierung der Sozialversicherungen sowie Leistungskürzungen bei. Hervorzuheben sind hier Reformen in der Gesetzlichen Rentenversicherungen, infolge derer Altersgrenzen angehoben und Anpassungen an der Rentenformel vorgenommen, u.a. durch die Einfügung des Nachhaltigkeitsfaktors. Vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktreformen Mitte der 2000er Jahre und der anhaltend guten Lage am Arbeitsmarkt im letzten Jahrzehnt konnte der Arbeitslosenversicherungsbeitrag ab dem Jahr 2007 sukzessive gesenkt werden. In den vergangenen Jahren stieg die Sozialbeitragsquote jedoch wieder leicht an, was auch durch die Entwicklung der Bruttolöhne- und Gehälter relativ zum Bruttoinlandsprodukt und den Anstieg des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung bedingt ist. Aufgrund demografischer Ent-

wicklung, insbesondere dem Renteneintritt der Babyboomereneration, kann in den kommenden Jahren mit einem weiteren Anstieg der Sozialbeitragsquote gerechnet werden.

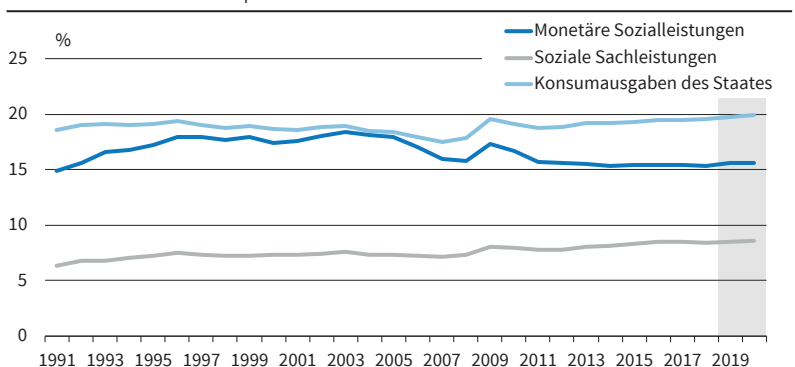
Die gesamtstaatliche Bruttoinvestitionsquote (Bruttoinvestitionen relativ zum Bruttoinlandsprodukt) sank ab dem Jahr 1991 von über 3% auf knapp unter 2% im Jahr 2004 (vgl. Abb. 5.4). Dies ist auch durch Privatisierungen (insbesondere der Deutschen Bahn) bedingt. So wurden Investitionen der Deutschen

Bahn vor ihrer Privatisierung dem Sektor Staat zugeordnet. Nach der Privatisierung wurde das Unternehmen dem privaten Sektor zugeordnet und anfallende Investitionen werden folgerichtig als private und nicht mehr als staatliche Investitionen verbucht, obzwar die Deutsche Bahn zu 100% in staatlichem Besitz ist. Allerdings scheinen die Gewinne der Deutschen Bahn als empfangene staatliche Vermögenseinkommen auf und staatliche Zahlungen, die letztlich zu Investitionszwecken genutzt werden, scheinen als staatliche Ausgaben auf. Dies bewirkt eine generelle Verringerung der staatlichen Investitionsquote, die zur Gänze durch ein Ansteigen der privaten Investitionsquote ausgeglichen wird. Zur genaueren Analyse, ob dies die Investitionsquote negativ beeinflusst hat, kann nur die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote Aufschluss geben. 2008 und 2009 verzeichnete die staatliche Bruttoinvestitionsquote einen positiven Trend, der durch die Große Rezession unterbrochen wurde. So sank ab 2010 die staatliche Bruttoinvestitionsquote bis 2014 wieder ab. Seit 2014 ist sie wieder aufwärtsgerichtet, was sich auch im Prognosezeitraum fortsetzt. So wird die staatliche Bruttoinvestitionsquote im Jahr 2020 mit 2,4% wieder zu ihrem Stand vor der Großen Rezession zurückkehren. Eine Zerlegung der Bruttoinvestitionsquote in die Komponenten der

Abb. 5.5

Staatsausgaben

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Bruttoanlageinvestitionen, ihrer drei Hauptkomponenten, gibt weiteren Aufschluss. So ist erkennbar, dass insbesondere die sonstigen Anlageinvestitionen eine sehr konstante Quote aufweisen. Die Quote der Ausrüstungsinvestitionen, die knapp unter der sonstigen Anlagen liegt, weist ebenfalls wenig Volatilität auf. Die staatliche Bauinvestitionsquote jedoch ist für einen großen Teil des Volumens der gesamtstaatlichen Bruttoinvestitionsquote und ihrer Volatilität verantwortlich. Beide Reihen weisen nahezu einen Gleichlauf auf. So sank die Bauinvestitionsquote von ihrem Niveau Anfang der 90er Jahre bis auf 1,1% im Jahr 2005. In den Folgejahren stieg die staatliche Bauinvestitionsquote bis zur Großen Rezession leicht an und sank dann bis zum Jahr 2016 erneut auf 1,1% ab. Seitdem ist die staatliche Bauinvestitionsquote aufwärtsgerichtet, was sich auch im Prognosezeitraum fortsetzt. Bezüglich der Investitionsquote ist die Nettoinvestitionsquote aufschlussreicher als die Bruttoinvestitionsquote, da sie die Abschreibungen berücksichtigt. Hier ergibt sich für die staatliche Nettoinvestitionsquote ein Verlauf, der dem der staatlichen Bruttoinvestitionsquote entspricht.

Ähnlich der Entwicklung bei den Sozialbeiträgen weisen die monetären Sozialleistungen des Staats einen Anstieg in den Jahren nach der Wiedervereinigung auf (vgl. Abb. 5.5). Nach einem Spitzenwert von 18,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 sind sie zunächst stark gefallen und verharren seit dem Jahr 2011 bei einem Anteil von ca. 15,5% am Bruttoinlandsprodukt. Hierbei spielen sowohl der relative Rückgang der Rentenausgaben in den 2000er Jahren sowie die gute Arbeitsmarktlage, die dämpfend auf die Ausgaben der Arbeitslosenversicherungen wirkt, eine Rolle. Hingegen ist kein vergleichbarer Effekt bei den sozialen Sachleistungen zu beobachten, zu denen beispielsweise öffentliche Gesundheitsleistungen zählen. Diese haben in den vergangenen Jahrzehnten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt fast kontinuierlich von 6,5% im Jahr 1991 auf 8,5% in aktuellen Jahren zugenommen. Die Konsumausgaben des Staates, die neben den sozialen Sachleistungen unter anderem Vorleistungen und staatliche Personalausgaben beinhalten, entfalten ebenfalls nur eine eher schwache Dynamik. Sie haben in den 2000er Jahren einen leichten Rückgang erfahren, sind aber im vergangenen Jahrzehnt u.a. infolge zunehmender Vorleistungen wieder etwas angestiegen.

Aufgrund der Leistungsausweitungen der Rentenversicherung sowie dem demografischen Wandel ist jedoch mittelfristig von einem deutlicheren Anstieg der monetären Sozialleistungen und der sozialen Sachleistungen auszugehen. Im kommenden Jahrzehnt werden die geburtenstarken Jahrgänge der zwischen 1955 und 1965 Geborenen in Rente gehen und damit nicht nur einen Ausgabendruck auf die Rentenversicherung entfalten, sondern ebenfalls als Beitragszahler der Sozialversicherungen ausfallen. Zudem führt die zunehmende Alterung der Bevöl-

kerung zu steigenden Gesundheitsausgaben, die ebenfalls die Sozialkassen belasten. Vor diesem Hintergrund ist es als problematisch einzustufen, wenn in Zeiten des aktuellen demographischen Zwischenhochs Leistungsausweitungen beschlossen werden, deren Finanzierbarkeit in kommenden Jahrzehnt an ihre Grenzen gerät.

Abgeschlossen am Freitag, 14. Juni 2019

6. Literatur

- Abberger, K. und W. Nierhaus (2010), »Markov-Switching and the Ifo Business Climate: The Ifo Business Cycle Traffic Lights«, *Journal of Business Cycle Measurement and Analysis* 7(2), 1–13.
- Boumans, D. und J. Garnitz (2019), »ifo Weltwirtschaftsklima erholt sich etwas – Ergebnisse des 144. World Economic Survey (WES) für das zweite Quartal 2019«, *ifo Schnelldienst* 72(10), 44–57.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2019), »Rentenanpassung 2019«, Pressemitteilung, 6. Mai.
- Çelik, S. und M. Isaksson (2019), *Corporate Bond Markets in a Time of Unconventional Monetary Policy*, OECD Capital Market Series, OECD Publishing, Paris.
- European Commission (2019), *European Economic Forecast, Spring 2019*, Institutional Paper Nr. 102, Brüssel.
- Fobbe, F. und R. Lehmann (2016), »Elektromotoren, Energieversorgung und Erziehung: Die Güte der entstehungsseitigen ifo-Kurzfristprognose«, *ifo Schnelldienst* 69(12), 58–63.
- Heinisch, K. und K. Wohlrabe (2017), »The European refugee crisis and the natural rate of output«, *Applied Economics Letters* 24(16), 1138–1142.
- Kempkes, G. (2007), »Cyclical Adjustment in Fiscal Rules: Some Evidence on Real-Time Bias for EU-15 Countries«, *FinanzArchiv/Public Finance Analysis* 70(2), 278–315.
- Klinger, S. und E. Weber (2019), »GDP-Employment Decoupling and the Slow-down of Productivity Growth in Germany«, IAB-Discussion Paper 12/2019.
- Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2016), »Zur Prognosegüte der gesamtwirtschaftlichen Stundenproduktivität«, *ifo Schnelldienst* 69(22), 57–61.
- Moure, G., C. Astarita und S. Princen (2014), »Adjusting the budget balance for the business cycle: the EU methodology«, *Economic Papers* 536.
- Nierhaus, W. (2007), »Wirtschaftskonjunktur 2006: Prognose und Wirklichkeit«, *ifo Schnelldienst* 60(2), 23–28.
- Office for National Statistics (2019a), *GDP first quarterly estimate, UK: January to March 2019*, 10 Mai, London.
- Office for National Statistics (2019b), *National Accounts articles: A Brief explanation of non-monetary gold in national accounts*, 13 März 2017, verfügbar unter: <https://cy.ons.gov.uk/economy/nationalaccounts/uksectoraccounts/articles/nationalaccounts/articles/abriefexplanationofnonmonetarygoldinnationalaccounts>.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (2019), *OECD Economic Outlook, Preliminary Version*, Mai 2019, OECD, Paris.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016), »Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert«, *ifo Schnelldienst* 69(8), 3–59.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2017), »Aufschwung festigt sich trotz weltwirtschaftlicher Risiken«, *ifo Schnelldienst* 70(8), 3–58.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2019), »Konjunktur deutlich abgekühlt – Politische Risiken hoch«, *ifo Schnelldienst* 72(7), 3–63.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Vierteljährliche Inlandsproduktberechnung nach ESVG 2010, Methoden und Grundlagen*, Ausgabe 2017, Wiesbaden 2017.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2019), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1, 1. Vierteljahr 2019*, Wiesbaden 2019.
- Wollmershäuser, T., M. Göttert, Chr. Grimme, C. Krolage, St. Lautenbacher, R. Lehmann, S. Link, W. Nierhaus, A.-C. Rathje, M. Reif, R. Sauer, T. Schuler, M. Stöckli, K. Wohlrabe und A. Wolf (2018), »ifo Konjunkturprognose Winter 2018: Deutsche Wirtschaft kühlt sich ab«, *ifo Schnelldienst* 71(24), 28–82.
- Wollmershäuser, T. (2019), »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2019: Deutsche Wirtschaft im Abschwung«, *ifo Schnelldienst* 72(6), 45–53.

7. Tabellenanhang

Hauptaggregate der Sektoren
 Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2018				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. F.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	3 054,0	2 075,6	328,0	650,4	–
2 – Abschreibungen	600,0	343,4	75,4	181,2	–
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 453,9	1 732,2	252,5	469,2	– 229,2
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 745,1	1 251,6	256,0	237,5	15,0
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,1	13,4	0,2	9,5	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	27,2	25,4	0,2	1,6	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	712,9	492,6	– 3,4	223,8	– 244,1
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 746,1	–	–	1 746,1	14,0
9 – Geleistete Subventionen	29,3	–	29,3	–	5,5
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	355,8	–	355,8	–	7,0
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	704,5	650,9	31,3	22,4	180,5
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	777,5	350,6	18,4	408,5	107,5
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 858,4	192,3	310,1	2 356,0	– 301,6
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	435,3	96,4	–	338,8	10,5
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	445,3	–	445,3	–	0,5
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	699,8	–	–	699,8	4,7
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	701,4	129,0	571,6	0,8	3,0
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	586,9	66,0	520,1	0,8	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	579,6	–	–	579,6	7,7
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	334,7	171,7	83,1	79,9	53,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	286,6	149,1	24,8	112,8	101,0
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 814,8	136,2	748,6	1 930,0	– 258,0
23 – Konsumausgaben	2 437,1	–	661,2	1 775,9	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 52,8	–	52,8	–
25 = Sparen	377,6	83,4	87,4	206,9	– 258,0
26 – Geleistete Vermögenstransfers	69,8	18,3	41,2	10,4	3,9
27 + Empfangene Vermögenstransfers	61,1	28,5	13,0	19,6	12,6
28 – Bruttoinvestitionen	719,7	419,8	78,6	221,3	–
29 + Abschreibungen	600,0	343,4	75,4	181,2	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,7	– 1,2	– 1,3	0,8	1,7
31 = Finanzierungssaldo	251,0	18,4	57,3	175,2	– 251,0
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 814,8	136,2	748,6	1 930,0	– 258,0
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	430,1	–	430,1	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	430,1	–	–	430,1	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 814,8	136,2	318,6	2 360,0	– 258,0
38 – Konsum 3)	2 437,1	–	231,1	2 206,0	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 52,8	–	52,8	–
40 = Sparen	377,6	83,4	87,4	206,9	– 258,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 und 2020: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2019				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	3 142,2	2 120,5	342,4	679,3	–
2 – Abschreibungen	629,5	359,7	79,7	190,1	–
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 512,7	1 760,8	262,7	489,2	– 224,0
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 821,3	1 306,2	266,7	248,4	15,5
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,3	13,5	0,2	9,6	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	27,6	25,9	0,2	1,6	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	695,7	467,0	– 4,0	232,7	– 239,5
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 823,0	–	–	1 823,0	13,8
9 – Geleistete Subventionen	30,0	–	30,0	–	5,5
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	365,6	–	365,6	–	7,1
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	685,3	634,3	30,6	20,4	177,8
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	759,8	343,6	18,4	397,8	103,3
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 928,8	176,2	319,4	2 433,1	– 298,6
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	447,0	96,6	–	350,4	10,7
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	457,3	–	457,3	–	0,5
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	727,1	–	–	727,1	4,8
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	728,8	131,0	596,9	0,9	3,1
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	612,3	66,7	544,7	0,9	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	605,0	–	–	605,0	7,8
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	348,8	175,2	89,7	83,9	54,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	300,2	162,1	23,1	115,0	102,6
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 884,8	130,8	762,3	1 991,7	– 254,6
23 – Konsumausgaben	2 516,3	–	688,9	1 827,4	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 53,6	–	53,6	–
25 = Sparen	368,5	77,3	73,5	217,8	– 254,6
26 – Geleistete Vermögenstransfers	65,9	18,7	36,3	10,8	4,0
27 + Empfangene Vermögenstransfers	57,7	26,3	11,5	20,0	12,1
28 – Bruttoinvestitionen	743,4	421,5	81,0	240,9	–
29 + Abschreibungen	629,5	359,7	79,7	190,1	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,6	– 1,2	– 1,3	0,9	1,6
31 = Finanzierungssaldo	248,1	24,1	48,7	175,3	– 248,1
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 884,8	130,8	762,3	1 991,7	– 254,6
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	447,6	–	447,6	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	447,6	–	–	447,6	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 884,8	130,8	314,8	2 439,2	– 254,6
38 – Konsum 3)	2 516,3	–	241,3	2 275,0	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 53,6	–	53,6	–
40 = Sparen	368,5	77,3	73,5	217,8	– 254,6

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 und 2020: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2020				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. F.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	3 265,2	2 198,9	357,4	709,0	–
2 – Abschreibungen	660,4	376,9	84,1	199,4	–
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 604,8	1 822,0	273,2	509,6	– 230,4
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 880,3	1 343,4	277,3	259,6	16,0
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,4	13,4	0,2	9,8	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	28,5	26,7	0,2	1,6	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	729,6	491,9	– 4,1	241,8	– 246,4
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 882,0	–	–	1 882,0	14,2
9 – Geleistete Subventionen	31,1	–	31,1	–	5,5
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	375,5	–	375,5	–	7,2
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	683,4	634,7	29,8	18,9	176,9
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	760,8	340,2	17,6	403,0	99,5
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 033,4	197,3	328,1	2 508,0	– 308,0
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	456,3	98,7	–	357,6	11,1
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	466,9	–	466,9	–	0,5
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	752,1	–	–	752,1	5,0
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	753,9	133,7	619,3	0,9	3,2
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	634,0	67,5	565,7	0,9	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	626,5	–	–	626,5	7,9
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	359,0	181,3	94,8	83,0	55,1
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	309,1	168,4	23,5	117,2	105,1
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 988,4	152,0	777,4	2 059,0	– 263,0
23 – Konsumausgaben	2 604,1	–	719,1	1 885,0	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 54,4	–	54,4	–
25 = Sparen	384,3	97,6	58,3	228,4	– 263,0
26 – Geleistete Vermögenstransfers	68,0	19,3	37,5	11,3	4,1
27 + Empfangene Vermögenstransfers	60,4	28,3	11,6	20,5	11,7
28 – Bruttoinvestitionen	781,7	435,1	86,3	260,3	–
29 + Abschreibungen	660,4	376,9	84,1	199,4	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,6	– 1,3	– 1,4	1,0	1,6
31 = Finanzierungssaldo	257,0	49,6	31,7	175,7	– 257,0
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 988,4	152,0	777,4	2 059,0	– 263,0
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	465,4	–	465,4	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	465,4	–	–	465,4	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 988,4	152,0	312,0	2 524,4	– 263,0
38 – Konsum 3)	2 604,1	–	253,7	2 350,4	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 54,4	–	54,4	–
40 = Sparen	384,3	97,6	58,3	228,4	– 263,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 und 2020: Prognose des ifo Instituts.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2019 und 2020

	2018 (1)	2019 (2)	2020 (2)	2018		2019 (2)		2020 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (1)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	1,3	1,0	0,5	1,4	1,2	1,1	0,9	0,6	0,5
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	0,1	-0,3	0,3	-0,1	0,4	-0,3	-0,3	-0,1	0,7
Arbeitsvolumen	1,4	0,7	0,9	1,3	1,6	0,8	0,6	0,5	1,2
Produktivität (4)	0,0	0,0	0,8	0,6	-0,6	-0,5	0,5	0,9	0,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,4	0,6	1,7	1,9	1,0	0,2	1,0	1,3	2,0

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2437,1	2516,3	2604,1	1193,5	1243,6	1229,2	1287,1	1273,4	1330,7
Private Konsumausgaben 5)	1775,9	1827,4	1885,0	873,0	902,9	895,4	932,0	924,6	960,4
Konsumausgaben des Staates	661,2	688,9	719,1	320,5	340,7	333,8	355,1	348,9	370,3
Bruttoanlageinvestitionen	703,4	747,8	789,4	338,0	365,4	358,6	389,2	377,6	411,8
Ausrüstungen	225,7	232,8	242,1	107,9	117,7	110,6	122,2	114,4	127,6
Bauten	350,6	384,1	412,2	168,1	182,5	184,2	199,9	197,3	215,0
Sonstige Anlagen	127,1	130,9	135,1	62,0	65,2	63,8	67,1	65,9	69,2
Vorratsveränderungen 6)	16,3	-4,4	-7,6	9,1	7,2	5,8	-10,2	2,5	-10,1
Inländische Verwendung	3156,8	3259,7	3385,9	1540,6	1616,2	1593,6	1666,1	1653,5	1732,4
Außenbeitrag	229,2	224,0	230,4	131,3	97,9	118,8	105,2	120,3	110,2
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	6,8	6,4	6,4	7,9	5,7	6,9	5,9	6,8	6,0
Exporte	1590,2	1626,9	1696,9	791,8	798,4	804,8	822,2	833,2	863,7
Importe	1361,0	1402,9	1466,5	660,5	700,5	686,0	716,9	713,0	753,5
Bruttoinlandsprodukt	3386,0	3483,7	3616,3	1671,8	1714,2	1712,4	1771,3	1773,8	1842,5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	2,8	3,2	3,5	3,0	2,6	3,0	3,5	3,6	3,4
Private Konsumausgaben 5)	2,5	2,9	3,2	2,8	2,2	2,6	3,2	3,3	3,0
Konsumausgaben des Staates	3,5	4,2	4,4	3,5	3,5	4,1	4,2	4,5	4,3
Bruttoanlageinvestitionen	5,7	6,3	5,6	5,3	6,0	6,1	6,5	5,3	5,8
Ausrüstungen	4,9	3,2	4,0	5,6	4,2	2,5	3,8	3,4	4,4
Bauten	7,3	9,6	7,3	6,1	8,5	9,6	9,5	7,1	7,5
Sonstige Anlagen	2,6	2,9	3,2	2,6	2,7	3,0	2,9	3,3	3,1
Inländische Verwendung	4,2	3,3	3,9	3,7	4,7	3,4	3,1	3,8	4,0
Exporte	3,1	2,3	4,3	3,8	2,5	1,6	3,0	3,5	5,1
Importe	5,2	3,1	4,5	3,8	6,5	3,9	2,3	3,9	5,1
Bruttoinlandsprodukt	3,3	2,9	3,8	3,7	2,9	2,4	3,3	3,6	4,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2181,3	2212,8	2245,5	1076,6	1104,6	1090,1	1122,7	1105,8	1139,7
Private Konsumausgaben 5)	1612,2	1634,7	1656,1	795,7	816,4	805,2	829,5	815,1	841,0
Konsumausgaben des Staates	568,6	577,6	588,7	280,7	287,9	284,7	293,0	290,3	298,3
Bruttoanlageinvestitionen	608,4	626,5	644,1	294,3	314,1	302,1	324,5	309,7	334,4
Ausrüstungen	216,4	221,6	228,6	103,4	112,9	105,1	116,6	107,8	120,7
Bauten	280,8	293,0	301,8	136,3	144,5	142,1	150,9	146,0	155,8
Sonstige Anlagen	112,1	112,3	114,2	54,9	57,2	54,9	57,4	55,8	58,4
Inländische Verwendung	2785,5	2818,1	2865,5	1374,6	1410,7	1393,2	1424,9	1413,3	1452,2
Exporte	1486,8	1506,7	1564,2	744,4	742,4	746,2	760,6	768,9	795,2
Importe	1299,9	1336,0	1392,0	635,1	664,8	653,7	682,3	676,8	715,2
Bruttoinlandsprodukt	2974,3	2992,5	3042,2	1483,8	1490,4	1486,9	1505,6	1506,9	1535,3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,1	1,4	1,5	1,4	0,8	1,3	1,6	1,4	1,5
Private Konsumausgaben 5)	1,1	1,4	1,3	1,5	0,7	1,2	1,6	1,2	1,4
Konsumausgaben des Staates	1,0	1,6	1,9	1,0	1,1	1,4	1,7	2,0	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	2,6	3,0	2,8	2,5	2,7	2,6	3,3	2,5	3,1
Ausrüstungen	4,2	2,4	3,1	5,1	3,4	1,6	3,2	2,6	3,6
Bauten	2,4	4,4	3,0	1,7	3,1	4,3	4,5	2,7	3,2
Sonstige Anlagen	0,4	0,2	1,7	0,4	0,4	0,0	0,3	1,7	1,7
Inländische Verwendung	1,9	1,2	1,7	1,7	2,2	1,4	1,0	1,4	1,9
Exporte	2,0	1,3	3,8	3,2	0,8	0,2	2,4	3,1	4,6
Importe	3,3	2,8	4,2	3,1	3,5	2,9	2,6	3,5	4,8
Bruttoinlandsprodukt	1,4	0,6	1,7	1,9	1,0	0,2	1,0	1,3	2,0

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2018 (1)	2019 (2)	2020 (2)	2018		2019 (2)		2020 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (1)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,7	1,8	2,0	1,6	1,8	1,7	1,8	2,1	1,8
Private Konsumausgaben 5)	1,4	1,5	1,8	1,3	1,5	1,4	1,6	2,0	1,6
Konsumausgaben des Staates	2,5	2,6	2,4	2,5	2,4	2,7	2,4	2,5	2,4
Bruttoanlageinvestitionen	2,9	3,2	2,7	2,7	3,2	3,4	3,1	2,7	2,7
Ausrüstungen	0,6	0,7	0,8	0,4	0,8	0,9	0,6	0,8	0,8
Bauten	4,8	5,0	4,2	4,4	5,2	5,1	4,8	4,2	4,2
Sonstige Anlagen	2,2	2,8	1,5	2,2	2,2	3,0	2,5	1,5	1,5
Inländische Verwendung	2,2	2,1	2,2	2,0	2,4	2,1	2,1	2,3	2,0
Exporte	1,1	1,0	0,5	0,5	1,7	1,4	0,5	0,5	0,5
Importe	1,8	0,3	0,3	0,7	2,9	0,9	-0,3	0,4	0,3
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,3	2,1	1,8	1,9	2,2	2,3	2,2	2,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	2356,0	2433,1	2508,0	1165,9	1190,1	1207,3	1225,9	1245,2	1262,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	313,3	329,5	340,5	151,6	161,8	159,8	169,8	165,2	175,3
Bruttolöhne und -gehälter	1432,8	1493,5	1541,6	682,6	750,2	715,5	777,9	738,6	803,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	610,0	610,1	625,9	331,8	278,1	331,9	278,1	341,5	284,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	502,4	495,7	525,5	234,5	267,9	219,8	275,9	228,9	296,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2858,4	2928,8	3033,4	1400,4	1458,0	1427,0	1501,8	1474,1	1559,3
Abschreibungen	600,0	629,5	660,4	296,8	303,2	311,3	318,2	326,6	333,8
Bruttonationaleinkommen	3458,5	3558,3	3693,8	1697,2	1761,2	1738,4	1819,9	1800,7	1893,2
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2532,0	2593,2	2689,0	1237,1	1294,9	1259,6	1333,5	1302,2	1386,8
Arbeitnehmerentgelte	1746,1	1823,0	1882,0	834,1	912,0	875,3	947,7	903,7	978,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	785,9	770,1	807,0	403,0	382,9	384,3	385,8	398,5	408,5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,8	3,3	3,1	4,2	3,4	3,5	3,0	3,1	3,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,7	5,2	3,3	3,6	3,8	5,4	5,0	3,4	3,3
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,2	3,2	4,7	4,9	4,8	3,7	3,2	3,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,2	3,0	2,5	3,0	3,4	3,4	2,6	2,4	2,6
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,1	3,5	2,5	2,9	3,2	3,9	3,2	2,4	2,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,5	0,0	2,6	3,5	-0,8	0,0	0,0	2,9	2,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,2	-1,3	6,0	0,1	-0,4	-6,3	3,0	4,1	7,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,1	2,5	3,6	3,5	2,7	1,9	3,0	3,3	3,8
Abschreibungen	4,7	4,9	4,9	4,5	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9
Bruttonationaleinkommen	3,4	2,9	3,8	3,7	3,0	2,4	3,3	3,6	4,0
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,1	2,4	3,7	3,6	2,6	1,8	3,0	3,4	4,0
Arbeitnehmerentgelte	4,6	4,4	3,2	4,5	4,7	4,9	3,9	3,2	3,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-0,2	-2,0	4,8	1,7	-2,1	-4,6	0,8	3,7	5,9

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1400,3	1465,2	1514,8	673,1	727,2	705,4	759,8	729,9	784,9
Nettolöhne und -gehälter	945,4	990,4	1022,2	445,6	499,8	469,0	521,3	484,2	538,0
Monetäre Sozialleistungen	579,6	605,0	626,5	289,4	290,2	300,8	304,2	312,1	314,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	124,7	130,2	133,9	61,9	62,8	64,5	65,7	66,3	67,6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	610,0	610,1	625,9	331,8	278,1	331,9	278,1	341,5	284,4
Sonstige Transfers (Saldo)	-80,3	-83,6	-81,7	-42,1	-38,2	-43,9	-39,7	-42,6	-39,1
Verfügbares Einkommen	1930,0	1991,7	2059,0	962,9	967,1	993,4	998,2	1028,8	1030,2
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	52,8	53,6	54,4	26,1	26,8	26,4	27,1	26,9	27,5
Private Konsumausgaben 5)	1775,9	1827,4	1885,0	873,0	902,9	895,4	932,0	924,6	960,4
Sparen	206,9	217,8	228,4	115,9	91,0	124,5	93,3	131,1	97,3
Sparquote 7)	10,4	10,6	10,8	11,7	9,2	12,2	9,1	12,4	9,2

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	3,9	4,6	3,4	3,8	4,0	4,8	4,5	3,5	3,3
Nettolöhne und -gehälter	4,7	4,8	3,2	4,6	4,8	5,3	4,3	3,2	3,2
Monetäre Sozialleistungen	2,6	4,4	3,6	2,4	2,7	3,9	4,8	3,7	3,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,6	4,4	2,9	3,4	3,7	4,1	4,7	2,9	2,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,5	0,0	2,6	3,5	-0,8	0,0	0,0	2,9	2,3
Verfügbares Einkommen	3,2	3,2	3,4	3,4	3,0	3,2	3,2	3,6	3,2
Private Konsumausgaben 5)	2,5	2,9	3,2	2,8	2,2	2,6	3,2	3,3	3,0
Sparen	9,0	5,3	4,9	7,4	11,1	7,4	2,6	5,3	4,3

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2018 (1)	2019 (2)	2020 (2)	2018		2019 (2)		2020 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (1)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates

a) Mrd. EUR

Einnahmen									
Steuern	801,0	822,9	842,4	404,4	396,6	416,1	406,9	425,1	417,3
Nettosozialbeiträge	571,6	596,9	619,3	276,7	294,9	289,9	307,0	300,9	318,5
Vermögenseinkünfte	18,4	18,4	17,6	11,4	7,0	11,7	6,7	11,3	6,3
Sonstige Übertragungen	24,8	23,1	23,5	11,6	13,2	10,6	12,6	10,7	12,7
Vermögensübertragungen	13,0	11,5	11,6	5,5	7,4	5,6	5,9	5,6	6,0
Verkäufe	115,9	119,6	122,5	54,4	61,6	56,6	63,0	58,0	64,5
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Einnahmen insgesamt	1544,9	1592,6	1637,2	764,1	780,8	790,5	802,1	811,8	825,4
Ausgaben									
Vorleistungen	163,0	168,3	174,6	73,9	89,1	76,7	91,5	80,0	94,6
Arbeitnehmerentgelte	256,0	266,7	277,3	123,1	132,9	128,1	138,6	133,1	144,2
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	31,3	30,6	29,8	16,0	15,3	15,6	14,9	15,3	14,6
Subventionen	29,3	30,0	31,1	13,7	15,6	14,2	15,8	14,7	16,3
Monetäre Sozialleistungen	520,1	544,7	565,7	259,8	260,3	270,8	273,9	281,7	284,0
Soziale Sachleistungen	286,1	297,8	309,7	142,0	144,1	147,8	150,0	153,7	156,0
Sonstige Transfers	83,1	89,7	94,8	40,6	42,4	43,9	45,8	46,4	48,4
Vermögenstransfers	41,2	36,3	37,5	13,2	27,9	13,6	22,7	14,1	23,4
Bruttoinvestitionen	78,6	81,0	86,3	34,0	44,6	35,2	45,8	37,7	48,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,4	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7	-0,6	-0,8
Ausgaben insgesamt	1487,6	1543,9	1605,5	716,0	771,6	745,5	798,5	776,1	829,4
Finanzierungssaldo	57,3	48,7	31,7	48,1	9,2	45,1	3,6	35,6	-4,0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen									
Steuern	4,5	2,7	2,4	5,4	3,6	2,9	2,6	2,2	2,6
Nettosozialbeiträge	4,2	4,4	3,8	4,1	4,3	4,8	4,1	3,8	3,8
Vermögenseinkünfte	15,6	0,1	-4,1	31,6	-3,5	2,5	-3,6	-3,1	-5,7
Sonstige Übertragungen	13,8	-6,7	1,3	18,2	10,1	-8,7	-4,9	1,4	1,3
Vermögensübertragungen	27,2	-11,5	1,2	14,7	38,4	0,9	-20,8	1,3	1,0
Verkäufe	4,6	3,2	2,4	3,6	5,5	4,2	2,3	2,5	2,4
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	4,8	3,1	2,8	5,3	4,3	3,5	2,7	2,7	2,9
Ausgaben									
Vorleistungen	4,3	3,2	3,8	3,2	5,3	3,8	2,7	4,3	3,3
Arbeitnehmerentgelt	3,7	4,2	4,0	4,1	3,4	4,0	4,3	4,0	4,0
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-7,4	-2,3	-2,5	-9,7	-5,0	-2,1	-2,5	-2,5	-2,5
Subventionen	3,4	2,3	3,6	-0,9	7,5	3,0	1,7	4,0	3,2
Monetäre Sozialleistungen	2,8	4,7	3,8	2,6	3,0	4,2	5,2	4,0	3,7
Soziale Sachleistungen	2,8	4,1	4,0	2,8	2,7	4,1	4,1	4,0	4,0
Sonstige Transfers	10,4	8,0	5,6	2,1	19,9	8,1	7,9	5,7	5,6
Vermögenstransfers	-6,3	-11,7	3,1	-40,4	28,4	3,1	-18,7	3,1	3,1
Bruttoinvestitionen	8,5	3,0	6,6	9,2	8,0	3,6	2,6	7,0	6,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	3,3	3,8	4,0	1,5	5,1	4,1	3,5	4,1	3,9
nachrichtlich:									
Finanzierungssaldo in % des BIP	1,7	1,4	0,9	2,9	0,5	2,6	0,2	2,0	-0,2

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 3) Geleistete Arbeitsstunden.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).